

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Prämienantrag: Einzelheft 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustriertem Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.10 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1876.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die Leihzeitung „Vorwärts“ für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste Mal 30 Pf., (zweites Mal 20 Pf., drittes Mal 10 Pf.), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenanzeigen und Stellenangelegenheiten das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 7. Mai 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Koloniales Bauernlegen.

Die Enteignungsaktion gegen die Duala ist in ihrer Art eine famose Illustration unserer kolonialen Politik überhaupt. Ein dickes Buch von 253 Seiten hat die Regierung vorgelegt, um ihren Standpunkt zu rechtfertigen, daß die Duala gewaltsam von ihrem Grund und Boden vertrieben werden müßten, der ihnen doch durch einen Vertrag vom Jahre 1884 feierlichst zugesichert worden war. Das wesentlichste steht freilich nicht in dem Buche — es enthält nicht den Briefwechsel, dessen Abdruck die Kommission gefordert hatte, es enthält auch nicht die Originale der wichtigsten Dokumente. Als beweiskräftig kann deshalb die dickeilige Darstellung der Regierung nicht angesehen werden, sondern nur als eine einseitige Darstellung des beschuldigten Teils. Aber schon sind unsere bürgerlichen Parteien gern bereit, auf das Gewicht dieses Wägers und die energischen Forderungen der Regierung hin, die Rechte der Eingeborenen preiszugeben. Spielt doch die Kolonialregierung ein vernichtendes Argument gegen die Schutzgenossen aus: Daß nämlich diese Duala sich nur deshalb nicht enteignen lassen wollten, weil sie sich durch Bodenpekulation ohne Arbeit reichen Gewinn zu sichern „beabsichtigten“. Dieser Vorwurf ist durchschlagend. Spekulationsgewinne, Bodenwucher, kapitalistische Bereicherung kommt nur den weißen Grobherrn des Landes zu, ist das Monopol der weißen Herrscherklasse. Ein Duala als Bodenpekulant, der seine Gewinne auf Kosten der Weißen einstreicht und sie denen streitig macht, die sich doch als die Herren des Landes fühlen, das ist selbst für unsere liberalsten Gemüter etwas Ungehörliches.

Daß die Duala eine feine Bitterung für das „Geschäft“ haben und daß sie bei der Verwertung ihres Grund und Bodens auf fette Spekulationspreise rechnen, ist schon möglich. Denn gerade dieser Stamm versteht sich seit Alters her so gut auf das Handelsgeschäft, daß er es mit jedem politischen Juden aufnehmen kann. Andererseits aber ist nicht einzusehen, warum denn nicht auch einmal schwarze Grundeigentümer aus dem Herzogtum ihres Grund und Bodens Vorteile ziehen dürften. Mit Recht verpöndelt Rechtsanwalt Halpert, der die Forderungen der Duala als deren Rechtsbeistand vertritt, die „ethischen“ Anwendungen der „Norddeutschen Allgemeinen“, die die Expropriation der Eingeborenen damit zu rechtfertigen sucht, daß sie ihnen darvort, eine Bodenpekulation zu „beabsichtigen“. Mit beifühendem Hohn sagt er: „Zeit wann ist denn die „Norddeutsche“ unter die Bodenreformer gegangen? Die Antwort liegt auf der Hand: Erst dann und insofern, als es sich um die Expropriation — der Negere handelt. Zwar sind sie seit Jahrhunderten Eigentümer des Grund und Bodens, zwar sind sie die alleinigen in den Tropen verwendbaren Arbeiter, um die Kulturwerte mit ihrer Hände Arbeit zu schaffen, von denen der Boden profitiert. Aber um ihnen jede Neigung zur Spekulation zu entziehen, überträgt man ihren Boden im Wege der Enteignung den wenigen Weißen. Dann treiben wenigstens — die Weißen Bodenpekulation. So verlangt es die bodenreformistische Idee der „Norddeutschen“.

Daß wir Sozialdemokraten ebenso entschiedene Gegner der Bodenpekulation wie der anderen Methoden der kapitalistischen Ausbeutung sind, brauchen wir nicht erst zu betonen. Wir sind im Mutterland, wie in den Kolonien gern bereit, vernünftigen gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die ausbeuterische Vertaneignung durch die Bodenpekulation zuzustimmen. Aber eine Expropriation von Eingeborenen, deren Besitzrechte durch feierliche Verträge festgelegt sind, deren Vermögen wir deshalb noch lange nicht zu billigen, weil es Schwarz sind, denen die Vorteile einer Situation zugute kommen sollen, die man bei jedem Weißen für selbstverständlich und einwandfrei halten würde!

Aber nicht nur die den Duala zugesicherte Absicht der Bodenpekulation muß die Expropriation begründen, sondern ihre jetzigen Wohnungen werden auch als eine Gesundheitsgefahr für die Weißen dargestellt. Sie sollen von dem Flusse, wo sie als Händler ihre Boote liegen haben, weiter zurückweichen, damit das Terrain für die Weißen saniert werden kann. Man will aus Duala eine „gesunde Tropenstadt“ machen, in der man ohne Chinin und ohne Malaria leben kann. Die Eingeborenen aber, so behauptet die Denkschrift, bilden die gesundheitliche Gefahr für die Weißen. Demgegenüber ergrübt sich jedoch, daß die Schwarzen als Personen wirklich keine Gefahr für die Weißen bilden können. Wäre das wirklich der Fall, so würde auch durch die Zurückdrängen um angeblich nur einen Kilometer an der Gesundheitsgefährdung der Weißen durch die Schwarzen vermindert werden. Entgegenüber aber die Wohnungen der Duala nicht den hygienischen Anforderungen, so würde sich doch wohl durch energische Durchführung gesundheitspolizeilicher Vorschriften die notwendige Verbesserung schaffen lassen. Aber die Denkschrift spricht ja nicht von dem „Gesamt“, der von den Eingeborenenwohnungen ausgeht, sondern auch von dem Rauch, dem Geschrei und dem Trommeln, von Dingen also, die doch beim besten Willen nicht als Gesundheits-schädliche Faktoren in Betracht kommen können! Außer dem: Als Diener und — Peinlichkeitsfrauen werden die Schwarzen den Weißen gesundheitlich nicht gefährlich, nur als Eigentümer und Grundbesitzer! Höchst merkwürdig!

Der ganze Witz bei der Sache ist eben der, daß man die Duala loswerden, daß man sie die Unterjocherschaft einmal fühlen lassen will. Es poßt einfach den weißen „Herren“ nicht, mit Eingeborenen auf dem gleichen Terrain zusammenzuwohnen. Diese schwarze Bande, diese inferiore Klasse, dieses schwarze Gefindel gehört einfach in eine Eingeborenenvorstadt. Daß diese Kerle sich herausnehmen, Bodenpekulation treiben zu wollen, ist ein arges Stück. Aber es ist schon an sich unerhört, daß die Häuser der Weißen inmitten der Eingeborenenfiedelung liegen müssen. Die weiße Klasse soll nun einmal die Herrenrasse sein. Millionen von Eingeborenen lassen sich eben nur dann durch eine winzige Minderzahl von Weißen beherrschen und nach allen Regeln der Kunst ausbeuten, wenn die Weißen als die Herrenrasse bedingungslos gefördert und angestimmt wird. Bei zu engem Zusammenwohnen mit der beherrschten Klasse geht aber bei den allzu menschlichen Menschlichkeiten der weißen Herrenrasse dieser Nimbus nur zu bald verloren, und deshalb muß auf r a u m l i c h e T r e n n u n g gesehen werden.

Daß es sich im Grunde um die Sicherung der weißen Herrenstellung handelt und um nichts anderes, beweist auch die Tatsache, daß auch diejenigen Schwarzen expropriert werden sollen, die hygienisch so einwandfrei, saubere und stattliche Häuser besitzen, daß sie auch als Wohnungen der Weißen in Betracht kommen. Duala, die in stattlichen Steinhäusern wohnen und völlig europäische Wohnheiten angenommen haben, können doch unmöglich eine hygienische Gefahr für die Weißen bilden! Aber auch sie sollen weichen, sollen sich bescheiden in den Eingeborenenreservaten ansiedeln, weil man eben in keiner Form den Gedanken aufkommen lassen will, als ob jemals „Nigger“ als Gleichberechtigte angesehen werden könnten!

Daß man die Eingeborenen, und seien es selbst Leute, die die deutsche Sprache besser beherrschen als viele Millionen Deutsche selbst, und sich eine höhere Schulbildung erworben haben, gleichwohl nicht als Menschen betrachtet, beweist ja, daß man den Dualahäuptling Rudolf Vell verwehrte, zur Vertretung der Dualainteressen nach Deutschland zu reisen. Man beriet sich ihm gegenüber auf die Verordnung des Gouverneurs vom Jahre 1910. Dieses Auswanderungsverbot sollte angeblich verhindern, daß Schwarz ins Ausland vertrieben würden und dort in schlechte Hände gerieten. In Wirklichkeit handelt es sich natürlich nicht um einen Eingeborenenschutz, sondern um die Verhinderung einer unbequemen Aufklärung der Eingeborenen durch Kenntnis europäischer Verhältnisse, deutscher Rechts- und Kulturzustände. So verbot man einfach dem Duala Vell die Reise nach Deutschland, obwohl er dort die Weidwerde seines Stammes mit den amtlichen und parlamentarischen Persönlichkeiten vortragen wollte. Die Grundzüge des Reichsausschreibers wurden fast ausschließlich auf Menschen übertragen. Und als der Sekretär dieses Häuptlings Rudolf Vell, der Duala Din, ohne Erlaubnis nach Deutschland „entfloh“, wurde er vom Fleck weg bei seiner Ankunft verhaftet und 24 Stunden lang eingesperrt, obwohl das Reichskolonialamt bereits im März vorigen Jahres eine Entscheidung des Kammergerichts hatte veröffentlichen müssen, aus der hervorging, daß eine solche Flucht als Straftat in Deutschland nicht verfolgt werden könne!

Der Reichstag wird deshalb gut tun, die Behauptungen der Denkschrift einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und die einseitigen Informationen durch die Denkschrift nicht ohne weiteres als beweiskräftige Argumente anzuerkennen. Rechtsanwalt Halpert machte bereits darauf aufmerksam, daß die Behauptungen der Denkschrift höchst anfechtbar seien. Einseitige Behauptungen würden darin schlechweg für Tatsachen erklärt und die entgegenstehenden dann als „bemüht unwahr“ bezeichnet. Auch lasse schon die Tonart der Denkschrift auf eine höchst einseitige Stellungnahme schließen. Darum Vorsicht, um so mehr Vorsicht, je sorgloser und leichtfertiger unsere bürgerlichen Elemente der Kolonialverwaltung ins Gern zu gehen sich bereit zeigen!

Mir kann die ganze Kultur gestohlen werden.

Stürmische Heiterkeit auf der linken Seite des Hauses, die sich immer wieder erneuerte, und dann wieder empörte Jura, die den Redner häufig minutenlang am Sprechen hinderten — das war die Signatur der Rede, mit der gestern der Kriegsminister die an seinem Ressort geliebte Kritik zurückzuweisen suchte. Besonders die Rede des Genossen Schütz hatte es ihm angetan, und dann die teilweise recht insbriktieren Progen, mit denen der Fortschrittler Müller-Meinungen ihn behelligt hatte. Es waren die alten Klagen über die staatsrechtlich so völlig unbestimmte und schwer definierbare Stellung des preussischen Kriegsministers innerhalb der Verfassung, die übertragende Stellung des Militärkabinetts, die in der Verfassung nicht die geringste Etage findet, die zunehmende Zahl der Soldatenschildereien und ihre mangelnde Befähigung durch die preussische Heeresleitung. Herr Müller zitierte hier den bayerischen Erlass gegen die Soldatenschildereien und

forderte den preussischen Kriegsminister zu gleichen Taten auf. Da hatte dann freilich Herr v. Falkenhayn leichtes Spiel, denn an billigen Hebensarten hat es Woloch noch nie fehlen lassen, und wenn mit Erlassen und ein paar bedauernden Phrasen die systematische Soldatenschilderei zum Verschwinden gebracht werden könnte, so würde sie allerdings nicht mehr existieren. An ernsthafter Belämpfung dieser Zeit hat es jedoch der Militarismus noch sehr fehlen lassen. Nicht nur, daß diese uniformierten Schinder mit meist lächerlich geringen Strafen davonkommen, nein, auch bestraft werden sie noch, zuweilen sogar unter Ueberbringen zahlreicher Bordenmänner was einer Belohnung der Soldatenschilderei ähnlicher sieht, wie einer Bestrafung.

Ins Gebiet der niederen Komil geriet der Kriegsminister jedoch, als er dem „Vorwärts“ daraus einen Vorwurf machte, daß er zwar die Soldatenschildereien der Offiziere seinen Lesern mitteilen, nicht aber die Lebensrettungen, deren Soldaten Offiziere seien. Dugendlos kommt es vor, daß bei Unglücksfällen in Gruben und Bergwerken Proletarier ihre verschütteten Kameraden mit eigener Lebensgefahr heranziehen, ohne daß davon großes Aufsehen gemacht wird, oder ihnen die Rettungsmedaille verliehen wird. Wenn der Kriegsminister diese Lebensrettungen, begangen durch Offiziere, glaubte ganz besonders herauszuziehen zu können und sie gewissermaßen in Gegenrechnung zu setzen zu den Soldatenschildereien der Offizierskaste, so hat er damit dem Offizierium den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen.

Einmal ins Gebiet der Komil heruntergerückt, fühlte sich Herr v. Falkenhayn augenscheinlich sehr in seinem Element. So lohnte minutenlang Heiterkeit fast des ganzen Hauses seinen guten Witz, als er die „feistige Überlegenheit des Jardeoffiziers“ über die Offizierkorps der Divisionsregimenter feierte und sie mit der löstlichen Erklärung begründete, daß hier die militärische „Intelligenz“ erblich sei und vom Vater auf Sohn und Enkel wie eine Krankheit übergehe. Am unbezahlbarsten aber war der Herr, als er erklärte: wenn es wahr wäre, daß die Völker durch die steigende Kultur die Lust verlieren, sich auch in Zukunft gegenseitig zu bekriegen, dann könnte ihm die ganze Kultur gestohlen werden! Welch ein löstliches Eingeständnis dieses blankgeputzten Samtaschenschnops! Für ihn wird der Krieg zum Selbstzweck, und wenn die steigende Kultur etwa die Gefahr bringen würde, in Zukunft Kriege unmöglich zu machen und Streitigkeiten auf geistlichen und der Menschheit würdigerem Wege aus der Welt zu schaffen, dann zum Teufel mit der Kultur! Es lebe die Barbarei! — Es wäre schade, wenn dieses Eingeständnis des offenherzigen Mannes nicht recht gründlich von uns ausgenutzt würde. Was die anderen Kriegsnachte Flug im Busen verbergen, Herr Falkenhayn spricht es offen aus. Das wollen wir ihm danken.

Seine Verückung, die Behandlung des Falles Stöcker zu rechtfertigen, lief auf eine elende Sophistik hinaus. Gestützt auf eine apokryphe Redewendung auf einer Jugendkonferenz des Jahres 1907, von der Genosse Viehnecht sofort nachweisen konnte, daß sie im Protokoll überhaupt nicht existiert, erklärte der Kriegsminister, Stöcker habe nach der „Vorwärts“ dieser Rede vom Jahre 1907 Hohn gegen das Militär propagiert. Es wird unserem zweiten Redner, dem Gen. Stäcker, nicht schwer halten, dieses lässliche Entschuldigungsgeflöte in sein Nichts aufzulösen.

Bescheidene Anfrage an den Herrn Kriegsminister!

Mein Herr!

„Preisend mit viel schönen Reden“ unseres Heeres Kraft und Zahl haben Sie im Reichstage über die technische Ausführung der letzten großen Behravorlage Bericht erstattet. Ich will mich gegen Ihren offen zur Schau getragenen Stolz nicht wenden: Die nimmermüde Zufriedenheit unserer Bureaucratie mit ihren eigenen Leistungen ist so weltbekannt, daß es Euler nach Athen tragen hiesig darüber noch ein Wort zu verlieren. Uebrigens wäre es wahrhaftig eine für Deutschland recht beschämende Erscheinung, wenn die Verwaltung außerstande gewesen wäre, mit den überreichen, vom Parlament bewilligten Geldsummen wenigstens auch etwas Ordentliches zu schaffen. Ihre Leute haben doch nichts als ihre Pflicht getan, für die sie vom Staat bezahlt werden. Ist aber nicht doch bei dem Ruf der schnellen Arbeit, die in kurzer Zeit geleistet wurde, ein ganz klein wenig „Schamischlägerei“ mit dabei? — In diesen Ausdruck hier zu gebrauchen, der von dem wunderlichen Greise auf dem Präsidentenstuhle des Reichstages als unparlamentarisch erklärt wurde. Waren die nötigen Maßnahmen wirklich nicht schon vor der Bewilligung durch den Reichstag vorbereitet, deren man doch völlig sicher war? Meinen Sie nicht, daß außerhalb des Ministeriums auch Leute wohnen, die unsere Verhältnisse einigermaßen gründlich kennen? Und sich weniger generieren, als die „Sachverständigen“ gewisser liberaler Zeitungen, die mit Kinderfabeln Scheingefechte gegen die Militärverwaltung führen?

Aber für heute nur noch eine ganz kleine Anfrage! Sie haben mit besonderer Energie betont, daß man unter dem Erlog des Jahres 1913 nicht nur den vollen Regedbedarf des Heeres an Re-

kruten in Höhe von 83 000 Mann gefunden, sondern außerdem noch 88 000 vollkommen taugliche Mannschaften überzählig behalten habe. Dabei, fügten Sie hinzu, sind die Anforderungen an die Tauglichkeit in keiner Weise herabgesetzt worden! Rastlos ernteten Sie lebhaften Beifall von unseren kenntnisreichen Volkvertretern.

Wunderbar, höchst wunderbar!

Ich schlage nämlich die amtliche Statistik des Deutschen Reiches auf und finde da an Ueberzähligen (d. h. an vollkommen Tauglichen, die nur infolge der Staatsverhältnisse keinen Platz im Heere mehr fanden)

für 1908	11 008 Mann
1909	12 157
1910	10 626
1911	10 987

Die Zahl der Ueberzähligen zeigte also, worauf ich besonders hinweise, durchaus keine Neigung, zu steigen.

Kun wurden bereits im Jahre 1912 für das Heer rund 14 000 Rekruten und für die Marine auch über 3000 Mann mehr gebraucht (immer natürlich einschließlic der „freiwillig“ eingetretenen). Der volle Bedarf an Ueberzähligen mußte also — ich wiederhole: nach den amtlichen Nachweisen — bereits im Jahre 1912 aufgebracht sein, selbst dann, wenn man eine leichte Steigerung der Militärtauglichkeit dieses Jahrganges annehmen wollte. Nun aber sind im Jahre 1913 für das Heer 63 000 Mann Rekruten und für die Marine auch ein paar Tausend Mann mehr notwendig geworden, sagen wir rund 65 000 Mann. Und nicht nur diese 65 000 Mann, mein verehrter Herr Kriegsminister, sondern noch 88 000 vollkommen taugliche Ueberzählige, im ganzen also

103 000 Mann

wollen Sie gefunden haben, ohne auch nur um Haarsbreite die Bedingungen für die Tauglichkeit herabzusetzen? Wunderbar, höchst wunderbar! Sie sind natürlich zu Aug, um als Erklärung dieser seltsamen Tatsache die Ausführung eines liberalen Militärschrittstellers gelten zu lassen, daß die Militärtauglichkeit unserer Bevölkerung sich in aufsteigenden Bahnen bewege. So sprunghaft wächst die körperliche Tüchtigkeit einer Bevölkerung denn doch nicht; alle Erfahrungen der Geschichte und der Statistik widerlegen diese Annahme. Von einem Jahr zum andern liefert sie nicht anstatt 55,5 Proz. Tauglicher deren rund 74 Proz.! (In der Statistik der Heeresergänzung wird diese gewaltige Steigerung nur darum nicht völlig zum Ausdruck kommen, weil gleichzeitig natürlich die Zahl der endgültig Abgefertigten gestiegen sein muß.) Also, mein lieber Herr v. Falkenhayn, es bleiben nur zwei Schlußfolgerungen übrig! Entweder haben die Aushebungskommissionen unter dem Zwang der Verhältnisse rein automatisch ihre Anforderungen gegen das bisher festgehaltene Maß dennoch erheblich vermindert — die Bestimmungen zu diesem Zwecke zu ändern, ist durchaus nicht nötig, das wissen Sie ebenso gut wie ich! Oder aber die ganze frühere amtliche Statistik ist eitel Schwindel. Und dann natürlich auch alle darauf gegründeten Schlußfolgerungen! J. B. das Klagenlied Jeremia, daß die Tauglichkeit unserer Bevölkerung sich zusehends vermindere, und daß daran die bösen „Wasserlöcher“, die großen Städte, besonders der Sündenpfuhl Berlin schuld sei. So oft haben wir in langen Abhandlungen und darüber unterhalten, wie wir die abnehmende körperliche Tüchtigkeit unserer Bevölkerung heben könnten, und jetzt sehen wir auf einmal, daß unter uns anstatt 55 Prozent in Wahrheit 74 Prozent junger Männer leben, die bereits im Alter von 18 bis 22 Jahren den strengsten kriegerischen Anforderungen genügen; ein Verhältnis so wunderbar, wie es nicht einmal unsere stolzen Vorfahren zur Zeit der Völkerwanderung, die „Blonden Bestien“ Riegsches, werden aufgewiesen haben, wenn man wie bislang auch die Sklavenbevölkerung mitechnet!

Sie würden mich verbinden, Herr Kriegsminister, wenn Sie diese schweren Zweifel baldigt beheben und damit unter unabhängigen Männern das Vertrauen in die Behauptungen der Heeresverwaltung steigern wollten. Bis jetzt wird sich über Ihre Ausführungen besonders der Wehrverein freuen, der darauf gestützt in zwei Jahren eine abermalige Vermehrung des Heeres um 80 000 bis 90 000 Mann verlangen — und durchsetzen wird.

Ich bin mit schuldiger Hochachtung

Ihr früherer Kamerad
R. Gädte.

Der Preßknebel.

Weshalb hat die Kommission, die zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse eingesetzt war, ihre Beratung in zweiter Lesung beendet. In dem sogenannten Spionagegesetz waren bekanntlich Neuerungen vorgeschlagen, insbesondere in §§ 1 und 9, deren Annahme vornehmlich die Presse und die in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter der Diktatur des Kriegsministers ausgeliefert hätte. Dieser der deutschen Presse zugedachte Preßknebel ist beseitigt, desgleichen die ausnahmsrechtlichen Bestimmungen gegen die Arbeiter.

Von den Vorschlägen, die unter dem Vorwand, die Spionage zu treffen, in der Tat als Preßknebel gewirkt hätten, ist nur eine Bestimmung in § 12 geblieben, nach der möglicherweise z. B. die Mitteilung über die Verhaftung eines der Spionage Verdächtigen strafrechtlich verfolgt werden kann. Nach dem Vorschlage der Kommission soll aber eine Verfolgung in solchem Falle nur eintreten dürfen, wenn die Mitteilung über schwebende amtliche Ermittlungen wegen eines Spionagedelictes vorläufig in die Öffentlichkeit gebracht war.

In der Abwehr der gegen die Presse gerichteten Vorschriften herrichte in der zweiten Lesung Einstimmigkeit. Anders lag es mit den Forderungen, die gegen Arbeiter in der Rüstungsindustrie sich richteten. Noch in letzter Stunde versuchten die freisinnigen Abgeordneten Dr. Blund und Dr. Brand eine Vorarbeit zur Annahme zu bringen, die Arbeiter mit schwerer Strafe bedrohen sollte, wenn sie über ihre Arbeit an Kanonen, Geschützen usw., ohne die Absicht, die Sicherheit des Reiches zu gefährden, plauderten und dadurch fahrlässig ein militärisches Geheimnis verrieten.

Die Streichung der ausnahmsrechtlichen Vorschriften gegen die Presse und gegen die Arbeiterklasse ist vornehmlich den Bemühungen des Zentrums und der Sozialdemokratie zu danken. Sie hatten es auch in der ersten Lesung durchgesetzt, der eigenartigen Rechtsprechung des Reichsgerichts entgegenzutreten. Die auf Grund des bestehenden Gesetzes sich für berechtigt erachtete, auch Gegenstände, die öffentlich wahrnehmbar sind, unter Umständen als Gegenstände zu erklären, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist. So hat das Reichsgericht die Formen der Rufe, die Insel Helgoland, die Insel Vorkum, als „militärisches Geheimnis“ erachtet, wenn diese „Gegenstände“ auch nur in den öffentlich wahrnehmbaren Teilen so genau wiedergegeben waren, daß ein militärischer Sachverständiger alles für seinen Zweck dienende daraus entnehmen konnte. Die in der ersten Lesung beschlossene Begriffsverbesserung ist leider gefallen, weil nach dem Austritt des Abgeordneten Dr. Lijst aus der Kommission die freisinnigen Abgeordneten

Blund und Brand ihrer Militärfrömmigkeit keinerlei Zügel mehr anlegten und weil schließlich alle bürgerlichen Parteien sich auf ein Kompromiß einigten.

Der Entwurf in seiner jetzigen Form enthält ganz ungeheuerliche Strafverschärfungen gegenüber dem bestehenden Rechtszustand. So ist Festungshaft für den Fall mildernder Umstände gestrichen und Zuchthaus in noch höherem Maße, als nach dem Gesetz angedroht, ja es soll sogar auf Lebenslanges Zuchthaus erkannt werden können, wenn der Verrat einen schweren Schaden für die Sicherheit des Reiches zur Folge gehabt hat und der Täter dies vorausgesehen und gegen Einigkeit gehandelt hat. Ebenso sind die Tatbestände, die künftig als Spionagedelict gelten sollen, ganz erheblich erweitert. Die Spionageverbrechen können diese Bestimmungen natürlich nicht und bleiben eine Gefahr für harmlose Fälle, in denen es dem Täter durchaus fern lag, Verrat zu treiben. Moralisch eigenartig ist, daß Deutschland Handlungen, die es selbst anderen Staaten gegenüber begehrt, mit drakonischen Strafen belegt. Die Spionage ist eine natürliche Folge der von Deutschland in erster Linie gehegten Rüstungskreisläufe.

Bislang war für die Spionageverbrechen das Reichsgericht in erster und letzter Instanz ausschließlich zuständig. Hierin ist nur die Aenderung eingetreten, daß nicht mehr die vereinigten Senate des Reichsgerichts entscheiden sollen, sondern daß für die Untersuchung und Eröffnung des Verfahrens der erste Strafjenat, für das Hauptverfahren der zweite Strafjenat künftig zuständig sein sollen.

Politische Uebersicht.

Im Seniorentenvent des Reichstages

machte der Präsident am Mittwoch Mitteilungen über die Unterredung zwischen ihm und dem Reichskanzler über die Frage, ob der Reichstag verlagert oder geschlossen werden solle. Der Reichskanzler hat erklärt, daß er prinzipiell wohl für den Schluß der Session sei; indessen sei er gewillt, harmonisch mit dem Reichstag zusammenzuarbeiten. Es komme nur auf den Stand der Gesesentwürfe an. Ueber diese Mitteilung entspann sich im Seniorentenvent eine längere Besprechung, aus der hervorging, daß alle Parteien ungehalten sind darüber, daß die Frage der Verlagerung seit längeren Jahren immer mit der Fertigstellung von Gesesentwürfen und mit der Erledigung von Wünschen der Regierung verknüpft werde. Die beste Lösung sei, daß die Fahrarten, wie der Reichstag bereits beschlossen habe, für die ganze Legislaturperiode gültig gemacht würden. Dann würde die Frage der Fahrarten nicht, wie es jetzt immer, besonders auch in der Presse, geschehe, mit der Verlagerung oder Schließung des Reichstages verknüpft werden.

Der Seniorentenvent kam überein, daß man unbeschadet der Frage, ob der Reichstag verlagert oder geschlossen wird, sich schlüssig machen müsse über das, was der Reichstag noch zu tun gedenkt. Dabei wurde festgestellt, daß am Mittwoch in der Budgetkommission alle Parteien einstimmig die vorliegenden Anträge der Budgetkommission zur Besoldungsvorlage angenommen haben, woraufhin der Schatzsekretär Kühn im Namen der Regierung diese Gestaltung des Gesetzes als für die Regierung unannehmbar bezeichnet habe. Dessenungeachtet soll nun die Besoldungsvorlage am Donnerstag im Plenum beraten werden. Sie werde nicht viel Zeit in Anspruch nehmen und jedenfalls mit den Anträgen, die einstimmig von der Kommission beschlossen worden sind, schnell verabschiedet werden. Dann stehe es bei der Regierung, ob die Besoldungsvorlage Gesetz werde oder nicht.

Das Kennwettgesetz, das erst neuerdings vorgelegt worden ist, soll in dieser Session nicht mehr erledigt werden. Zum Ausbruch kam, daß der Reichstag nicht geneigt ist, mit dem Kennwettgesetz ein Gesetz zu schaffen, das Steuern auf Vorrat bringt, sofern die Regierung den Besoldungsgesesentwurf nicht Gesetz werden läßt. Ferner kam man überein, sobald der Etat des Kriegsministers erledigt ist, den Etat des Auswärtigen Amtes und des Reichskanzlers auf die Tagesordnung zu setzen, so daß diese Etatspositionen nicht an den Schluß der zweiten Lesung des Etats kommen.

Ferner soll versucht werden, die Postdampfervorlage in dritter Lesung zu verabschieden, außerdem das Konkurrenzaußengesetz, der Entwurf über Bürgerhaft für den Kleinwohnungsbaun, das Militär-Strafgesetz, das Spionagegesetz, die Vorlage über Gebühren für Zeugen und Sachverständige, den Gesesentwurf über den Kolonialgerichtshof, und endlich soll die Dualfrage erledigt werden.

Die Budgetkommission wird jedenfalls am Donnerstag mit ihren Sitzungen zu Ende sein; dann sollen die Sitzungen des Plenums um 10 Uhr morgens beginnen, damit alle diese Vorlagen erledigt werden können.

Schulstenausgleich.

Das Abgeordnetenhaus erörterte am Mittwoch in der Fortsetzung der zweiten Lesung des Kultusetats die Frage des Schulstenausgleichs und überwies einen hierzu vorliegenden Antrag der Fortschrittler auf Regelung des Schulstenausgleichs an die Unterrichts-Kommission.

Zu dem Kapitel „Elementar-Unterrichtswesen“, dessen Beratung Johann begann, lagen eine große Reihe von Anträgen vor, die die verschiedensten Materien betreffen, darunter auch der bekannte Antrag betreffend den Religionsunterricht an Dissidentenkindern. Aus durchsichtigen Gründen waren die Mehrheitsparteien dahin übereingekommen, gerade diesen Antrag aus der Debatte auszuscheiden. Vergebens erhob Genosse Hirsch namens unserer Fraktion Einspruch gegen diesen Plan, die große Majorität setzte sich über unsern Einspruch hinweg. Hiernach ist es ungewiß, ob der Antrag überhaupt noch in der laufenden Session zur Besprechung kommt.

Dagegen wurden die Anträge, die sich auf den Schulstenausgleich beziehen, vor der Generaldebatte über das Elementar-Unterrichtswesen in einer besonderen Diskussion behandelt. Die Frage der Belastung der Gemeinden hat das Abgeordnetenhaus schon wiederholt beschäftigt, immer und immer wieder hat man auf die zunehmenden Schulschulden und auf die ungleiche Belastung der Gemeinden aufmerksam gemacht, und auch die Budgetkommission hat dies Thema eingehend besprochen und ihre Wünsche in einem Antrag geäußert, der die Regierung erucht, mit tunlichster Beschleunigung eine Gesesentvorlage zu machen zur Beseitigung des untraglichen Drucks, welchen die Schulschulden teils wegen ihrer Höhe, teils wegen ihrer Ungleichmäßigkeit auf eine große Anzahl Gemeinden und Gutsbezirke ausüben. Mit zur Debatte stand außerdem ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei, die zur Erreichung jenes Zieles die Gewährung von erhöhten Staatsbeiträgen und weiter die Veseitigung der Ungleichheiten im Lehrerbefoldungswesen durch entsprechende Erhöhungen verlangt.

Die Redner aller Parteien, die bisher zu Worte kamen, d. h. der beiden konfessionellen Parteien, des Zentrums und der National-Liberalen, sind sich darüber einig, daß die Klagen über die Belastung der Gemeinden berechtigt sind und daß es Pflicht der Regierung ist, diesen Zuständen ein Ende zu machen. Ueber den einzuschlagenden Weg freilich gehen die Ansichten auseinander, und auch die Regierung,

die die Berechtigung der Klagen zugibt, ist sich noch nicht schlüssig, welche Maßnahmen zur Beseitigung des Schulens die ergreifen soll. Denn darüber besteht kein Zweifel, daß diese Belastung letzten Endes der Volksschule selbst zum Schaden gereicht. Viel Aussicht auf Herbeiführung zufriedenstellender Verhältnisse bietet die Erklärung des Kultusministers, man solle der Regierung Zeit lassen, gerade nicht.

Die Beratung wird am Donnerstag fortgesetzt.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion beschloß in einer Sitzung vom Mittwoch, an dem russischen Dumaabgeordneten Genossen Tschidje, gegen den unter Bruch der Immunität Anklage erhoben worden ist, ein Sympathie-telegramm zu senden.

Zum Schutz der nationalen Arbeit.

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen, die in der badischen Ersten Kammer über den sogenannten kleinen Grenzverkehr gepflogen werden, das heißt über die Möglichkeit, Lebensmittel in kleineren Quantitäten für den Gebrauch der deutschen Grenzbevölkerung zollfrei hereinzubringen, macht die „Frankfurter Zeitung“ auf die Verhältnisse an der deutsch-holländischen Grenze aufmerksam. Sie stellt fest, daß beispielsweise in Emmerich, einer Stadt von etwa über 10 000 Einwohnern, nicht weniger als 1500 holländische Arbeiter tätig sind, die täglich über die Grenze hereinströmen und hauptsächlich in den Oel- und Margarinewerken beschäftigt werden. Da für Emmerich vor einigen Jahren der kleine Grenzverkehr beseitigt worden ist und die Stadt heute Lebensmittelpreise hat, die denen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks nicht nachstehen, ist für die deutschen Arbeiter in Emmerich die Konkurrenz mit den holländischen unmöglich, und ein großer Teil von ihnen wandert infolgedessen ab.

Es gibt in der Tat kaum eine schönere Illustration zu dem System des Schutzes der nationalen Arbeit als gerade die Zustände, die an der Grenze zwischen dem schauzöllnerischen Deutschland und dem freihändlerischen Holland herrschen. Was die „Frankfurter Zeitung“ von Emmerich erzählt, wiederholt sich an anderen Orten. Ganz ähnlich so ist es beispielsweise in Gronau, wo ebenfalls eine große Anzahl von Holländern arbeitet. Die Lebensmittelpreise sind in dem Städtchen nicht unbedeutlich höher als in dem gegenüberliegenden holländischen Orte Eusebe. Schon vor einigen Jahren wurde auf einem internationalen Handelskongreß in London an der Hand einer genau geführten Tabelle auf diese Differenz aufmerksam gemacht und berechnet, daß in Emmerich pro 1/2 Kilogramm des Brotes um 3/4 Pf., das Rindfleisch um 5 Pf., das Schweinefleisch um 10 Pf. und die Butter um 27 Pf. billiger seien als in Gronau. Inzwischen hat sich der Preisunterschied zweifellos noch sehr beträchtlich zuzunehmen des deutschen Ortes verschoben, und so ist es nicht wunderbar, daß auch dort die deutschen Arbeiter die Konkurrenz der holländischen Kollegen nicht aushalten können. Wollten sie nicht das Grenzgebiet vollständig verlassen, so bleibt ihnen nichts übrig, als sich auf der holländischen Seite anzusiedeln, wo auf diese Weise ganz neue Dörfer entstehen, in denen zum Teil die deutschen Unternehmer für die bei ihnen beschäftigten Leute Arbeiterkolonien errichten.

Das alles hindert natürlich die Anhänger der „bewährten“ Schuttpolitik nicht, sich selbst als die einzigen Träger des nationalen Gedankens und ihre Gegner als Agenten des Auslandes zu bezeichnen.

Ersatz Kopp.

Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Breslau gemeldet wird, soll sich die preussische Regierung und das Breslauer Domkapitel auf Dr. Bettram, Bischof von Hildesheim, als Nachfolger des Kardinals Kopp geeinigt haben. Dr. Bettram ist derjenige Bischof, der seinerzeit einen Artikel über die Engländer „Singulari quadam“ in der „Kölnischen Volkszeitung“ veröffentlichte, bevor die offizielle Bekanntheit der Engländer erfolgt war. Er bemühte sich dabei, diese Engländer als völlig harmlos hinzustellen. Dr. Bettram ist entschiedener Vertreter der christlichen Gewerkschaftsbewegung und der hervorragendste Theoretiker der Kölner Richtung. Er steht völlig auf Seiten des Professors Rausbach in Münster, dessen Anschauungen seinerzeit von Rom aus ausdrücklich beanstandet wurden. Bekanntlich war Dr. Bettram schon bald nach dem Tode des Kardinals Kopp als derjenige Kandidat bezeichnet worden, der die größte Aussicht habe, Kardinal Kopp's Nachfolger zu werden.

Ob trotz dieser Haltung des Bischofs Dr. Bettram seine Erwählung ein großer Erfolg für die „Kölnerer“ sein wird, ist recht zweifelhaft; denn Herr Bettram wird sicher nicht die große Rolle spielen, die Kopp lange Jahre gespielt hat. Die Hauptrolle wird im deutschen Episkopat aller Wahrscheinlichkeit nach dem Münchener Erzbischof Dr. Wettinger zufallen, der sich jetzt in Rom den Kardinalnähut holt.

Ein Vorstoß gegen die kommunale Reaktion in Sachsen.

In der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags kam am Dienstag ein sozialdemokratischer Antrag zur Beratung, der die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts für alle Einwohner vom 20. Lebensjahre an für die Gemeinderatswahlen fordert. Mit diesem Antrage unternahm unsere Genossen im sächsischen Landtage einen Vorstoß gegen das herrschende Gemeinderatswahlrecht und die Vorherrschaft der Hausbesitzer, denen in den meisten Landgemeinden eine Dreiviertelmehrheit, aber auch in den Industrieorten, wo die Mietbewohner oft die zehn- und zwanzigfache Mehrheit der Einwohner bilden, mindestens eine Zweidrittelmehrheit in den Gemeinderäten gesichert ist. Das schlimmste aber ist, daß das vorkommliche durch Landesgesetz festgelegte Wahlsystem durch lokale Wahlrechtsmischungen noch fortwährend verschlechtert wird, indem man noch Klassenwahlssysteme einführt, und dadurch, daß man auch die Mietbewohner nach der Größe des Welsacks in Gruppen teilt, den Arbeitern die seitherigen Sitze in den Gemeinderäten zu entreißen oder zu reduzieren sucht.

Der sozialdemokratische Antrag sollte eine Streik- und -gebung gegen die kommunalen Wahlrechtsräuber sein. Er wurde vom Genossen Wilde begründet, der die Entzerrung der Gemeinderatswahl und die dadurch bewirkte Rückständigkeit mit kräftigen Worten kennzeichnete. Natürlich war auf eine Annahme des sozialdemokratischen Antrages nicht zu rechnen. Man hätte aber doch erwarten können, daß wenigstens die Liberalen einige Vereitwiltigkeit zeigen würden, den kommunalen Wahlrechtsmischungen mit entgegenzutreten und damit auch der Interessenspolitik der Hausbesitzermehrheit einigermaßen Grenzen zu ziehen. Aber nichts von alledem. Die bürgerlichen Parteien fanden einschließlich der Fortschrittler hinter dem Minister des Innern, der erklärte, die Regierung lehne es ab, dem sozialdemokratischen Antrage in irgendeiner Form näher zu treten. Bei der Abstimmung erhoben sich alle bürgerlichen Vertreter gegen den Antrag und dokumentierten auf diese Weise, daß in Sachsen die Sozialdemokratie allein gegen die kommunalen Wahlrechtsmischungen und die rückständige Interessenspolitik in den Gemeinden kämpft.

Untaugliches Mittel.

Bei der Vergebung der für den Bundesrat bestimmten Vorlagen soll fortan, wie die „Berliner Volkszeitung“ erfährt, mit größerer Vorsicht als bisher zu Werke gegangen werden. Ganz frei zu behandelnde Sachen werden nur in einer kleinen Zahl von Abdrucken verschickt. Jeder Abdruck ist mit einer Nummer versehen, und es wird verzeichnet, wer diese und wer jene Nummer erhalten hat. Erforderlichenfalls werden dann die Abdrücke zurückgefordert, um festzustellen, ob etwa einer in unbedenkliche Hände gelangt ist. Bei der Kalligraphie hat sich bis jetzt allem Anschein nach eine solche Feststellung nicht treffen lassen.

Das ist auch ganz erklärlich, denn man kann solche Vorlagen nicht abschreiben und dann die Abschrift weitergeben. Den Mitarbeitern der Budgetkommission gegenüber wird übrigens längst in der Weise verfahren, daß geheime Schriftstücke mit Nummern versehen und nur gegen Unterschrift ausgehändigt werden. Nach kurzer Zeit werden sie dann wieder eingefordert. Der Inhalt ist freilich meist so nichtsagend, daß die Abgeordneten derartige Schriftstücke kaum wieder zurückschicken.

Ein drakonisches Militärgerichtsurteil.

Das Oberkriegsgericht zu Freiburg i. Br. hat eine Strafe von fünf Jahren Gefängnis gegen den Musiker Vertig in Billingen wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten (Sonntagskammer) befähigt.

Der mexikanische Konflikt.

Zusammentritt der Friedenskonferenz.

Washington, 6. Mai. Staatssekretär Bryan gibt bekannt, daß die Vermittler am 18. Mai in Niagara Falls in Kanada zusammentreten werden.

Die Kämpfe um Tampico.

Washington, 6. Mai. Die Vertreter der mexikanischen Rebellen erklären, daß ihre Artillerie, bis zu deren Ankunft sie mit dem Angriff auf Tampico gewartet hätten, vor Tampico eingetroffen sei.

Wie Admiral Razo meldet, dauern die täglichen Gefechte zwischen den Bundesstruppen und den Konstitutionalisten bei Tampico fort. Razo hat dem Marinedepartement mitgeteilt, er werde keine Schwierigkeiten haben, mit den ihm zur Verfügung stehenden Streitkräften Tampico zu nehmen, wenn dies für ratsam gehalten werde.

Lloyd Georges neues Budget.

London, 5. Mai. (Fig. Ver.) Das neue Budget des englischen Schatzkanzlers mit seiner Weiterentwicklung der Besteuerung großer Einkommen und seiner Neubewertung der Staats- und Gemeindefinanz ist kaum weniger bedeutsam als das berühmte Budget des Jahres 1909, das die Lords zum Kampfe reizte. Auch mit diesem letzten Budget scheint man politische Zwecke zu verfolgen. Nach den Ausführungen der liberalen Presse zu urteilen, erwartet die Regierung, daß die Konservativen nun das Weisheit über Mäße verlernen lassen und sich der Verleumdung ihrer durch die stärkere Heranziehung des Grundbesitzes zu den Gemeindesteuern bedrohten Interessen zuwenden werden. Der Schatzkanzler entlastet die kleinen Einkommen und ladet ein Defizit von fast 10 Millionen Pfund auf die kräftigen Schultern der Leute mit den höchsten Einkommen. Die Einzelheiten des sehr komplizierten Budgets zeigen davon, daß die Regierung nach dem höchsten Zurückweichen vor den Konservativen des Bedürfnis empfindet, sich in den Augen ihrer linksstehenden Anhänger und der Arbeiterschaft zu rehabilitieren. Mit der viel und lange behandelten Gemeindesteuereffektivität wird jetzt endlich ein Anfang gemacht. Seit vierzig Jahren ist kaum ein Jahr verstrichen, in dem das Parlament den Gemeinden nicht neue Aufgaben zugewiesen hätte, ohne sich sonderlich darum zu kümmern, ob die Gemeinden — und namentlich die Arbeitergemeinden — die Mittel aufbringen können. Jetzt will der Staat namentlich den ärmeren Gemeinden unter die Arme greifen und ihnen jährlich Zuschüsse zur Steuererleichterung und zur Ausführung der mannigfaltigsten Aufgaben zuwenden. Die Arbeiterschaft wird namentlich den Kosten im Budget, der für die Ernährung hungrierer Schulkinder bestimmt ist, willkommen heißen. Es ist berechnet worden, daß täglich in Großbritannien 600 000 Kinder hungrig zur Schule kommen. Auf Betreiben der Arbeiterpartei kam vor einigen Jahren ein Gesetz zustande, das den Gemeinden erlaubt, eine gewisse Summe für die Ernährung dieser Kinder auszugeben. Nach dem neuen Budget soll der Staat den Gemeinden die Hälfte der entstehenden Kosten. Bei der Verteilung der verschiedenen Staatszuschüsse soll darauf gesehen werden, daß solche Gemeinden am kräftigsten unterstützt werden, die ihren sozialen Pflichten am gewissenhaftesten nachkommen und den höchsten Gemeinwohl entwickeln. Auch die liberalen Landreformer bekommen ihren Teil ab, und zwar in einer Reform der Gemeindesteuereinsparung, bei der in Zukunft der Kaufkraftwert des Landes berücksichtigt werden soll.

Das Defizit, das sich fast zur Hälfte aus neuen Ausgaben (Staatszuschüsse für die Gemeinden, die Sozialversicherung, das Schulwesen und Aufbesserung der Gehälter der Postbeamten) zusammensetzt, soll durch eine höhere Erbschaftsteuer und eine neue Progression der Einkommensteuer und eine höhere Ertragsinkommensteuer, die die Einkommen über 3000 Pfund trifft, aufgebracht werden. Der glückliche Besitzer eines Einkommens von 100 000 Pfund hätte zum Beispiel von jedem Pfund 2 Schilling (Mark) und 7½ Pence (70 Pf.) an Einkommensteuer zu entrichten. Zum ersten Male wird auch der Versuch gemacht, die ausländischen Einkommen englischer Bürger, die von diesen im Ausland wieder investiert werden, durch die Einkommensteuer zu erfassen. Sollten sich diese Einkommen der Steuerpflicht entziehen, so will man sie bei der Entziehung der Erbschaftsteuer fassen. Man kann sich keine gerechtere Steuer vorstellen als diese Steuer auf das Einkommen von im Ausland angelegten Kapitalien, für die periodisch das Land mit seiner ganzen Wehrmacht eintrittet muß. Die Idee zu dieser Steuer hat der Schatzkanzler von den Sozialisten übernommen, wie er denn auch vor fünf Jahren den Gedanken einer besonderen Besteuerung der hohen Einkommen von unseren Genossen vortrug. Die neuen Steuern werden 8 500 000 Pfund einbringen, und der Rest des Defizits soll dem Amortisationsfonds des Staatsschuldenwesens entnommen werden. Was an den englischen Budgets der letzten Jahre besonders auffällig ist, das beständige gewaltige Steigen der Ergebnisse der Einkommensteuer und der Erbschaftsteuer, die der Schatzkanzler regelmäßig zu tief angesehen hat. Das zeigt von einer phänomenalen Prosperität der bestehenden Klasse und gibt einem die Gewißheit, daß ein sozialistischer Schatzkanzler auf der Suche nach Mitteln zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Hebung der Volksmassen nicht die geringsten Schwierigkeiten haben würde.

Frankreich.

Die Agitation der Offiziere.

Paris, 6. Mai. Durch einen Erlaß des Kriegsministeriums werden die Leutnants Vienne und Giron im 2. Infanterieregiment in Verdun in den inaktiven Stand berufen, weil sie während der Wahlkampagne Flugblätter zugunsten des republikanischen Kandidaten, Generals Maillot, verbreitet hatten, die scharfe Angriffe gegen das republikanische Regime enthielten.

Amerika.

Die Schandtat in Colorado.

London, 6. Mai. Daily Chronicle meldet aus New York vom 5. d. M.: Hauptmann Carlson, der in den Kämpfen mit den Bergleuten bei Ludlow eine Kompanie der Staatsmiliz von Colorado befehligte, erklärt, daß seine Mannschaften zu 90 Proz. Angestellte der Grubengesellschaften waren. Die Kompanie war erst eine Woche vor den Kämpfen formiert worden, sie war nicht ordnungsmäßig organisiert und die Offiziere waren nicht in der hergebrachten Weise gewählt worden. Die Leute traten in die Miliz ein, ohne auf eine Löhnung vom Staate zu rechnen; sie erwarteten eine Entschädigung von den Bergwerksgesellschaften. Eine eingehende Untersuchung der Vorgänge ist angeordnet worden.

Albanien.

Eine unglaubliche Nachricht.

Ducassa, 6. Mai. Der Regierung sind heute Drahtnachrichten zugegangen, wonach in Harmona, südlich von Tepeleni, 200 mohammedanische Albanesen, die vor den Scleraten nicht geflüchtet waren, gefangen genommen und in das benachbarte Dorf Stobra geschleppt worden sind. Dort seien sie in die orthodoxe Kirche gebracht und sämtlich gekreuzigt worden. Die Kirche sei dann in Brand gesetzt worden, und albanische Gendarmen, die zwei Tage später Stobra besahen, hätten die verfallene Leichname der Unglücklichen vorgefunden.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

In den linksrheinischen Kreisen, die der holländischen Grenze vorgelagert und wo noch die Schwarzgen Trümpfe sind, hat unsere Parteiorganisation im letzten Jahre tüchtige Fortschritte gemacht. Besonders trifft das für Krefeld zu. War doch, wie auf der kürzlich stattgefundenen Jahresgeneralversammlung festgestellt wurde, im Wahlkreis Krefeld in der Zeit vom 1. April 1913 bis 1. April 1914 die Mitgliederzahl um 539 gestiegen, und zwar auf 2216, darunter 398 Genossinnen. (1913 insgesamt 1077, darunter 251 Genossinnen.) Es bedeutet das eine Zunahme um mehr als 32 Proz. Innerhalb konnte die Zahl der organisierten Parteigenossen und Genossinnen in Anbetracht der etwa 8000 freigeistlich organisierten Arbeiter, die dem Gewerkschaftsverband angeschlossen sind, noch größer sein. Der Massenabschluß ergab einen Massenbestand von 2271,000 M. Kassierer und Gesamtvorstand wurden entsandt und zum 1. März wiedergewählt.

Auch im Kreis Kempen, wo die Genossen ebenfalls kürzlich ihre Jahreskonferenz abhielten, waren im verflochtenen Geschäftsjahr tüchtige Fortschritte zu verzeichnen. Etwa 100 Mitgliederzahl in dieser Zentrumskommune am 13. Landtagswahl und Gemeinderatswahlen brachten uns erheblichen Stimmengewinn, obwohl wir erst an drei Orten des Kreises über Lokale verfügen können.

Am schwierigsten ist die Arbeit noch immer im Kreis Cleve-Gelebren. Wie der vorliegende Bericht zeigt, ist auch in diesen Kreisen, in deren Mitte der bekannte Ballfabrikant Kessler liegt, ein tüchtiger Fortschritt erzielt worden. Der Mitgliederzuzug betrug hier 20, darunter 10 Frauen; für den schwarzen Winkel, wo man unsere Genossen bei Wahlen noch mit Hunderten hebt und mit Steinen und Knütteln zu bearbeiten pflegt, genügt ein achtenswerter Fortschritt.

Konferenz der Bildungsausschüsse im Bezirk Nordwest.

Die örtlichen Bildungsausschüsse hielten am Sonntag, den 3. Mai, in Bremen eine Konferenz ab. Sie war von 20 Vertretern besetzt. Vom Zentralbildungsausschuss nahm Genosse Fiedl. Berlin daran teil. Aus dem Bericht über die Bildungsarbeit im Bezirk ergab sich, daß in den einzelnen Orten noch mit mancherlei Ungenügensstellen zu kämpfen ist. Es mangelt namentlich in den meisten Orten an den nötigen Geldern, trotzdem sind in dem Bezirk eine Reihe Veranstaltungen und auch Kurse arrangiert worden. Genosse Fiedl. Berlin sprach über Organisation und Vorbereitung der Bildungsarbeit und gab dabei recht beachtenswerte Hinweise aus der langen und umfassenden Erfahrung der Berliner Bildungszentrale. Sodann hielt noch Genosse Sonnemann in Bremen einen für die Praktiker im Bildungswesen bestimmten Vortrag über: Projektionsapparat und Kinematograph als Bildungsmittel. Redner verbreitete sich über die Organisation der Lichtbildvorträge usw. Es soll versucht werden, das wertvolle Material für Lichtbildvorträge in der Berliner Zentrale noch mehr als bisher für den Bezirk Nordwest nutzbar zu machen.

Aus Industrie und Handel.

Ausbau des Stahlwerksverbandes.

Bei der letzten Erneuerung des Stahlwerksverbandes wurden nur die A-Produkte (Halbzeug, Eisenbahnmaterial, Formeisen) in die Kontingentierung hineingezogen. Seither haben die Bestrebungen, auch wieder die B-Produkte (Stabeisen, Walzdraht, Nägel, Bleche) der Produktionsbeschränkung zu unterwerfen, nicht nachgelassen. Sie wurden akut in der jüngsten Zeit durch den Antrag der Rheinischen Stahlwerke, die Verlängerung des Kohlenindulgas von der Neubildung der Verbände in der Eisenindustrie abhängig zu machen. Die Rheinischen Stahlwerke haben diesen Antrag in der Rechenschaftsversammlung des Kohlenindulgas gestellt und gleichzeitig auch im Stahlwerksverband den Ausbau des Stahlwerksverbandes angeregt. Offiziell wird dazu gemeldet: In der am Mittwoch in Düsseldorf abgehaltenen Hauptversammlung des Stahlwerksverbandes wurde die von den Rheinischen Stahlwerken ausgegangene Anregung zum Ausbau des Stahlwerksverbandes hinsichtlich der Sandierung der B-Produkte und Verlängerung des Stahlwerksverbandes bis zum 31. März 1921 eingehend beraten und einstimmig die Bereitwilligkeit dazu zum Ausdruck gebracht.

Dann auch von einem Beschluß mit praktischen Zielen abgesehen wurde, ist doch damit die Frage der Erneuerung auf erweitertes Wasser in Fluß gekommen.

Die Geschäftslage am Eisenmarkt hat sich nach dem Aprilausweis des Stahlwerksverbandes wieder verschlechtert, nachdem der März eine geringe Besserung gebracht hatte. Der Aprilertrag stellte sich auf 305 000 Tonnen gegen 360 000 Tonnen im März d. J. und 366 200 Tonnen im April 1913.

Konkurs B. Wertheim.

Nach den Mitteilungen des Konkursverwalters im Konkurs B. Wertheim betragen die Aktiven nur 1,50 Millionen Mark, von denen etwa 1 200 000 Mark auf die Waren entfallen. Die Passiven betragen dagegen 23 491 410 Mark, und davon sind vorrechtlose Forderungen etwa 22 Millionen Mark. Allein an Rente ist die Firma 1 300 000 Mark schuldig, für Waren schuldet sie 3½ Millionen Mark, und die Kapital- und Kontoforrentverbindlichkeiten belaufen sich auf 2 725 000 Mark. Sehr hart urteilt der Verwalter über den Verkauf der Lagerbestände aus den Geschäften in der Potsdamer Straße und am Dönhofsplatz; er nennt diesen Verkauf eine „Verschleuderung“, bei der an „verschiedene interessierte Persönlichkeiten“ 100 000 Mark Provision gezahlt worden seien. Zur Verteilung an die Gläubiger sind nur 50 000 Mark vorhanden. Aber auch sie werden den Gläubigern verlorengehen, da sie wahrscheinlich zur Deduktion gerichtlicher Kosten aufgebraucht werden müssen.

Die Taktik der Deutschen Bank.

Uns wird geschrieben: Ein überaus klägliches Ergebnis weist für das abgelaufene Geschäftsjahr die A. Goerz u. Co., Limited, welche der Deutschen Bank nahesteht, auf; einen Verlust von 6½ Millionen Mark hat die Verwaltung dieser einmals glänzend rentierenden Gesellschaft für 1913 herausgemerkelt.

Bekanntlich repräsentiert die Goerz-Gesellschaft die bedeutenden afrikanischen Mineninteressen der Deutschen Bank und die Deutsche Bank hat die Anteile der mit einem Riesenkapital und nach englischem Gesetz gegründeten Aktiengesellschaft in den weitverzweigten Kreisen ihrer Kundenschaft placent und zwar zu Kurien, die man rühmlich als phantastisch bezeichnen kann. Heute wird das Papier mit 10 Schilling (bei 1 Pfd. Sterl. Nominalwert) gehandelt, während es in seiner Blütezeit mit 7 Pfd. Sterl. bezahlt wurde, d. h. der Kurs ist von 700 Proz. auf 50 Proz. zurückgegangen, es läßt sich also leicht erweisen, welche enormen Beträge die Deutsche Bank daran „verdient“ haben muß. Bezeichnend ist nur, daß die gesamte bürgerliche Presse, die sich in ähnlichen Fällen, wenn es sich um einen kleineren Bankier handelt, an Enttäuschung nicht genug tun kann, jetzt, wo es sich um die gefürchtete Deutsche Bank handelt, keine Worte findet, deren Verhalten zu geißeln. Die Annahme, daß von den großen Verlusten nur Großkapitalisten betroffen würden, entspricht auch keineswegs den Tatsachen, denn gerade im Rheinlande haben die Depotiten der früheren Bergisch-Märkischen Bank, jetzt Deutschen Bank, zahlteils Goerz- und sonstige Minenanteile in ihrer Kundenschaft, die zum großen Teil aus Wetzlar besteht, zu hohen Kurien untergebracht. Daß ein derartiges Publikum, das natürlich von solchen Papieren keine Ahnung hat, sich lediglich auf die Empfehlungen und Anpreisungen des betreffenden Bankvorstandes verlassen muß, ist ja ganz klar, und meistens genügt auch schon der Hinweis auf die hohe Dividende sowie darauf, daß es sich um Goldminen handelt, dem Kunden den Mund wässrig zu machen. Die Bank erleichtert dadurch ihr Effektenportefeuille zu hohen Kurien und der Käufer sitzt dann fest auf seinen Goldpapieren, um nach wenigen Jahren hoher Dividenden einzusehen, daß er der Gevralte ist.

Jede Goldmine hat eine eng begrenzte Lebensdauer, die sich auf höchstens 20 bis 25 Jahre beschränkt; ist dieselbe abgelaufen, dann ist natürlich das investierte Kapital verloren, weil die Grubenfelder und das, was hineingebaut ist, wertlos geworden sind. Derjenige, welcher solche Grubenanteile erwirbt, mußte also wissen, welche Lebensdauer eine Grube noch hat, um danach festzustellen, auf wie lange hinaus die Anteile (Shares) noch einen Kapitalwert besitzen. Diese Angaben werden seitens der Bank den Käufern natürlich nicht auf die Nase gebunden; es wird ihnen nur gesagt, die Aktien verdienen sich so und so hoch und das genügt dann meistens schon. Die Empfehlung ist ja auch übrigens nicht von einem kleinen unbedeutenden Bankier gegeben, sondern von der großen allmächtigen Deutschen Bank.

Die Erklärungen, welche die Goerz-Gesellschaft für den Riesenverlust gibt, sind recht sadenheilig. Denn die angeführte Arbeiterfrage und sonstigen Unwesentlichkeiten fallen keineswegs ausschlaggebend ins Gewicht; die meisten Gruben sind eben ausgebaut und die Anteile dieser ausgebauten Gruben stehen bei der Goerz-Gesellschaft mit viel zu hohen Kurien zu Buch. — Die Verströmungen und Mitteilungen über die Ruwaufschüsse sind lediglich Zukunfts-musik und die Aktionäre sollten vernünftig genug sein, einzusehen, daß das Kapital futsch ist und sie von der Zukunft nichts mehr zu erwarten haben.

Daß auch die geologischen Verhältnisse ihren Anteil am Rückgang der Ergebnisse haben, gibt der Geschäftsbericht selbst zu. Es heißt darin:

Das verarbeitete Erzquantum hat sich um eine Kleinigkeit erhöht, aber die Gesamtmenge kommt nur auf 37 Proz. niedriger aus; die Ausbeute pro verarbeitete Tonne ist ungefähr auf die Ziffer des Jahres 1911 zurückgegangen. Es läßt sich nicht bestritten, daß mit zunehmender Tiefe eine merkliche Abnahme im Durchschnittsgehalt eintritt. Ihre Wirkung wird sich, wie schon im letzten Jahre, hauptsächlich in der Schmelzung weiterer Gruben mit niedrigeren Goldgehalt bemerkbar machen, sofern sich nicht die Betriebskosten ermäßigen lassen.

Letzte Nachrichten.

Eine Niederlage der albanischen Truppen.

Wien, 6. Mai. Nach einer Meldung der „Neuen freien Presse“ aus Tirana wurden die albanischen Truppen bis südlich von Koznja zurückgeschlagen. In Tirana werden zehntausend Mann mobilisiert und gehen sofort in den Kampf.

Das Frauenwahlrecht vom englischen Oberhaus abgelehnt.

London, 6. Mai. Nach zweitägiger Beratung lehnten die Lords heute mit 140 gegen 60 Stimmen den von Lord Selborne eingebrachten Gesetzentwurf ab, der denjenigen Frauen das Parlamentwahlrecht geben will, welche das Kommunalwahlrecht besitzen. Dies ist das erste Mal, daß im Oberhause das Frauenwahlrecht zur Beratung stand.

Schülerdemonstrationen gegen einen Lehrer.

Frag, 6. Mai. Gestern hatte der Höchische Handelsakademiker Gajel vor den Augen seiner Kameraden im Schulgebäude Selbstmord verübt. Die Mitschüler bezeichnen den Lehrer der Anstalt, Professor Liebscherin als den Schuldtragenden. Heute nach Schluß veranfahten 300 Schüler und Schülerinnen vor der Anstalt große Kundgebungen und bedrohten und beschimpften den Professor. Die Polizei schritt ein, verhaftete zwei Schüler und vertrieb die Demonstranten. Abends wiederholten sich die Kundgebungen.

Schwerer Unfall beim Erzgießen.

Hiesbaden, 6. Mai. Auf dem Forchheimer Erzgießereisplatz überschlug sich heute mittag beim Gießereizugieren ein Gefäß der 6. Batterie des hier garnisonierenden 27. Artillerieregiments und begrub mehrere Kanoniere unter sich. Zwei Kanoniere wurden schwer und zwei andere leicht verletzt.

Generalsirei der spanischen Seeleute.

Bilbao, 6. Mai. Der in Bilbao ausgebrochene Aufstand von Offizieren und Matrosen der Handelsmarine hat sich auf Barcelona, Gijon, Santander, Sevilla und andere Häfen ausgedehnt. Dadurch wird die Ausreise vieler Schiffe verhindert.

Im Passage-Kaufhaus Friedrichstr. = 110-112 =

W. Wertheim G. m. b. H.

Konkursmassen-Ausverkauf

Ermässigung 20 bis 50 Prozent.

Verkauf: 9-1 Uhr und 3 1/2-8 Uhr, Sonnabends bis 9 Uhr.

Für das photographische Atelier werden Aufträge nicht mehr angenommen!

Der Konkursverwalter

Gerätlichen Dank den Verbandskollegen sowie den Kollegen und Mitarbeiterinnen der Berliner Stadt-Bevölkerung für die Glückwünsche zu unserer Silberhochzeit.
Hermann Fröhke nebst Frau
Berlin-Weißensee, 1133

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis, Köpenicker Viertel, Bezirk 174.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Verstoß, der Vater
Paul Miethling,
Büchlerstr. 14, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 8. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Gammus-Archihofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
215/11

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zabihelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Verstoß, der Vater
Hermann Riedel
Reußhölz, Eichhauer Straße 20, im Alter von 51 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Zabihelle-Archihofes, Hermannstraße, aus statt.

Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unter Verstoß, der Bruder
Johann Käsehagen
Nieder-Schönhausen, Beuthstr. 28, im Alter von 59 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.
87/10

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unter Verstoß, der Bruder
Richard Hensel
Dirshauer Straße 6, am 4. Mai an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
117/18 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unter guter Vater, der Arbeiter
August Schönfeld
plötzlich verstorben ist. Dies zeigt sich durch ein im Namen der Hinterbliebenen
Auguste Schönfeld.
Die Beerdigung findet heute Donnerstag nachmittags 3 Uhr von der Halle des Legier-Gemeinde-Friedhofes aus statt.

Am 4. Mai verschied nach kurzem Leiden unser
Chef, der Töpfermeister
Otto Frohmann.
Wir verlieren in ihm einen guten und gerechten Arbeitgeber.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Wilmersdorfer Gemeinde-Friedhofes, Berliner Straße, aus statt. 1987b
I. A.: Gebr. Kellermann.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
Nachruf.
Am 29. April verstarb unser Mitglied, der Schlosser
Ernst Seiffert
Süßenstr. 27. 250/15
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Nachruf.
Am 2. d. M. verstarb unser Kollege, der Dreher
Paul Reibert
an Lungenerkrankung im Alter von 21 Jahren. 1981b
Er war uns ein lieber Kollege.
Ehre seinem Andenken.
Die Kolleginnen und Kollegen der Firma H. Hauptner.

Gleichwohl die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser treuer, sorgender Vater
Hermann Riedel
Montag abend 7 Uhr nach langem, schmerzlichen Leiden im Alter von 51 Jahren verstorben ist.
Dies zeigen tiefbetruert an
Pauline Riedel geb. Kuhl
Frida 1133
Erich
Margarete
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen St. Jakob-Archihofes aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters
Max Fehse
sagen wir allen Beteiligten unseren aufrichtigsten Dank. 1239f
Emma Fehse und Sohn.
Dankagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres einzigen Sohnes
Charlotte Kanowski
sagen wir allen, besonders dem Verein der Arbeiterkollegen und den Kollegen der Tischlereiwerkstatt unseren besten Dank.
Hans Kanowski und Frau.

Größtes Spezial-Geschäft sämtlicher Gastwirts-Artikel.
L. Katz & Co.,
Spandauer Str. 20 am Molkenmarkt.
Filialen: Neukölln, Bergstraße 65, am Ringbahnhof u. Hermannstraße 23, Ecke Wansilikstraße.

Roberes großes
Saal- und Garten-Etablissement
(Fräulein-Rudolph) im Norden Berlins, umständlicher sofort günstig zu übernehmen. Erforderlich 10 000 R. eigenes Kapital. - Offerten von ersten Referenzen unter **B. V. 9196** an **Haasenstein & Vogler A.-G., Berlin W 8,** erbeten. 218/18

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch **Pichelswerder,** an der neuen Seebrücke beim **Alten Freund.**

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 16/26.

Wir empfehlen:

Ia Roggenbrot 50, 60, 75 Pf. und 1 M.
Schlüterbrot 50 Pf.
Angeschobenes Brot 30 "
Kommißbrot 50 "
Weizenbrot (Ersatz für Frühstück) 20 u. 30 "

Freitags und Sonnabends:

Kasseler Kuchen im Ganzen 7,20 M., im Ausschnitt 10 Pf. per Stück
Braunschweig. Kuchen " 2,00 " " 10 " " "
Kranzstangen " 1,20 " " 10 " " "
Mohnstollen " 2,00 " " 10 " " "
Torten " von 2,50 " an, " 10 " " "
Plunderkränze " 25 " " "
Bienenstich " 30 " " "

Täglich zu haben:

Melonen 4 Stück 10 Pf.
Teegebäck 4 " 10 "
Biskuit 5 " 10 "
Ia Delikateßzwieback i. Paket 10 " 20 "
Feinster Milchzwieback per " 1 "
Englische Kuchen " " 5 "

Bestellungen auf alle Sorten Kuchen, Torten usw. werden in unseren Verkaufsstellen entgegengenommen.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in unserer Bäckerei und Konditorei Beschäftigten sind tariflich geregelt. Unsere Bäcker und Konditoren arbeiten **nur 6 Schichten** in der Woche, die tägliche Arbeitszeit beträgt einschließlich der Pausen 8 Stunden. Allen Angestellten werden je nach der Beschäftigungsdauer bis zu 14 Tagen Ferien gewährt.

Unsere Verkaufsstellen sind geöffnet von morgens 8 bis mittags 1, nachmittags von 3 bis 8 Uhr, Sonnabends 9 Uhr. **Sonntags geschlossen.**

Der Vorstand.

Horw. in. Blom
leiden, Ausfluß etc. sind in vielen Fällen heilbar d. Sanotalkapseln (Paracop. Bals.). Es. 2 R. d. besonders m. Sanotalkes (Goldblätter v. Peru). Col. I R., gebraucht, selbst bei älteren verschleppten Leiden, wie auch weiblichen Unverleibbarkeiten (Weichheit), sehr wirksam sind. Wenn in Drogerien nicht erhältlich, d. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

Spezialarzt
i. Haut-, Horn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintraube jeder Art, Ehrlich'sche Gata-Kuren in u. G. Lang-Laborat. | Unternehmung, Jäden i. Harz u. m. Friedrichstr. 81, gegenüber Ept. 10-2, 3-9, Sonn. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Restaurant Schwarzer Adler
Werder a. O., Fischerstr. 98. Telefon Nr. 150. Erstes freies Lokal, am Wasser gelegen. Eigener Dampfanlagebetrieb, deutscher Garten. Saal 800 Pers. Jährlich. Bereiten Vorkaufspreise. Kaffee in Rahmen. Familien können Kaffee kochen. Tel. Karl Meiner.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Radfahrerarten Wanderarten
hält Reis vorräufig
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 68 (Caden)

Bewerkschaftliches.

Zehn Jahre Techniker-Gewerkschaft.

Deute sind zehn Jahre verfloßen, seitdem durch die Gründung des Bundes technisch-industrieller Beamten der Versuch gemacht wurde, die angestellten Ingenieure, Architekten, Chemiker, Techniker usw. zu einer modernen Berufsorganisation zusammenzuschließen.

Die Organisation der Privatbeamten wird dadurch außerordentlich erschwert, daß die Angestellten sich zu neunzig Prozent aus den Kreisen des kommerziellen oder gewerblichen Mittelstandes und aus der höheren und mittleren Beamtenenschaft rekrutieren.

Wir erinnern uns noch an den letzten großen Streik in den Berliner Elektrizitätswerken, bei dem zahlreiche Ingenieure der A. E. G. sich nicht gescheut haben, im Interesse des Unternehmertums zur Kohlenkuppe zu greifen und die Plätze der ausständigen Arbeiter einzunehmen.

Von da bis zu dem Streik der Berliner Eisentonnenarbeiter im Jahre 1911 ist ein gewaltiger Schritt. Daß dieser Schritt überhaupt getan werden konnte, ist zweifelhaft das Verdienst des Bundes, der mit vorbildlicher Energie an der Erziehung der technischen Angestellten zu gewerkschaftlicher Solidarität gearbeitet hat.

In gewohnter Spekulation auf die in bürgerlichen Kreisen weitverbreitete Angst vor dem revolutionären Charakter der Sozialdemokratie hat man den Bund als „rot“ bezeichnet.

Kleines Feuilleton.

Ein Dichter, der sich zum Volk bekennt. Man schreibt uns aus Brüssel: In einer Zeit, in der die Dichter, volkstreu geworden, den Zusammenhang mit einer Partei als Odium abtun und sich zum größten Teil in einem wegmüden Aesthetizismus verfangen oder eine nervöse Romanistik gegen das grobe Leben ausspielen.

Pierre Broodcoorens fühlt sich dem Stamme der Remonniez, Gekhouls und Streubels verbunden und wenn er neben diesen „ein kleines, bescheidenes Plätzchen“ begehrt, so ist das Zeugnis, das der verstorbene Remonniez selbst dem jungen Dichter ausgestellt, ein Beweis dafür, daß ihn auch der größere Meister dessen nicht für unwert hielt.

demokratischen Partei an, obwohl sie dazu unseres Erachtens allen Grund hätten. Was die Unternehmer an dem Bund anzufehen haben, ist auch gar nicht die angeblich parteipolitische Signatur seiner Bestrebungen, sondern einfach die Tatsache, daß er seine Aufgabe wirklich ernst nimmt und bei der Wahrnehmung der ihm anvertrauten Interessen nicht davor zurückschreckt, von allen Mitteln gewerkschaftlicher Kampfführung Gebrauch zu machen.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten hat durch solidarische Aktionen in zahlreichen industriellen Betrieben erfolgreich an der Verbesserung der Berufsverhältnisse gearbeitet und dadurch wiederholt die Scharfmacher zu einer rücksichtslosen Verfolgungspolitik veranlaßt. Bekannt ist das Vorgehen des Verbandes Baherischer Metallindustrieller im Jahre 1908, der durch einen Kundensloß an die ihm angeschlossenen Firmen erreichen wollte, daß künftig in keinem gewerblichen Unternehmen mehr ein Mitglied des Bundes angestellt oder beschäftigt würde.

Bei all diesen Gelegenheiten hat der Bund eine erfreuliche Tatkraft bewiesen und sich damit nicht bloß bei der Arbeiterschaft, sondern in allen sozialgefenneten Kreisen große Sympathien erworben. Das ist ja auch ganz natürlich, denn in einer Schicht, deren organisatorische Bestrebungen längst zum Tummelplatz von Halbheiten und Disziplinlosigkeiten geworden sind, muß es wohlwollen wirken, wenn nur ein einziger Verband sich durch eine ebenso radikale wie charaktervolle Politik auszeichnet.

Auch in den engeren Grenzen des technischen Berufes hat sich der Einfluß des Bundes nicht auf seinen unmittelbaren Mitgliederkreis beschränkt. Vor allem ist ihm gelungen, den zwanzig Jahre älteren Technikerverband in fortschrittlichere Bahnen zu drängen, wenngleich hier ersichtlichweise nicht von einer vollständigen Wandlung gesprochen werden kann und durch den jüngst vollzogenen Direktorenwechsel manches in Frage gestellt erscheint.

Kann es somit keinem Zweifel unterliegen, daß der Bund der technisch-industriellen Beamten in seinen ersten zehn Lebensjahren eine wertvolle und notwendige Pionierarbeit in der Angestelltenbewegung ausgeführt hat, so ist es andererseits doch auch klar, daß noch vieles zu tun übrig ist.

Die erste deutsche Redakteurin. Als solche ist wohl Therese Huber anzusehen, deren hundertfünfzigjähriger Geburtstag auf den 7. Mai fällt. Als Tochter eines bedeutenden Mannes, Gattin zweier bedeutender Menschen und Mutter eines Sohnes von Bedeutung wäre diese Frau auch der Erinnerung wert, wenn sie es nicht selbst durch ihre Leistungen verdient haben würde.

Ludwig Ferdinand Huber kennen, der die geistreiche Frau bald so schätzte, daß er seine Verlobung mit Dora Stod rückgängig machte. Doch konnten sich die beiden erst nach Forsters Tode, der 1794 erfolgt war, verheiraten. Vorher schon hatte Frau Therese, um sich und ihre Kinder zu ernähren, während Forster im Interesse der französischen Republik wirkte, sich literarischen Arbeiten zu widmen begonnen, was sie auch fortsetzen mußte nach ihrer zweiten Verheiratung, da Huber, der in Stuttgart in die Dienste des Cotta'schen Verlages getreten war und die „Allgemeine Zeitung“ redigierte, nicht die große Familie allein zu ernähren vermochte.

Volks-Sinfonieconcerte des Blühner-Dr. Gesters. Nach Abschluß seiner am musikalischen Talen so überreichen Winterkampagne hat das Blühner-Orchester wieder mit der regelmäßigen Veranstaltung von Sinfonieconcerten für das weniger bemittelte Publikum begonnen.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Streik bei Goldacker und Hanke u. Co.

Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, verhandelt Goldacker mit einer Anzahl Bäckereien über Lieferung von Backwaren! Ganz besonders mit einer größeren Brotfabrik soll er in Verhandlung stehen.

Wir fordern unsere Kollegen, besonders aber unsere Verbandsmitglieder, dringend auf, keine Streikarbeit zu liefern! Ebenso bitten wir unsere Kollegen in allen Bäckereien Berlins und der Vororte, ein außerordentlich wachsame Augenmerk darauf zu richten, wo die in der Bäckerei hergestellte Ware bleibt, ob sie nicht in irgendwelcher Weise für Goldacker oder für Hanke u. Co. geliefert wird.

In diesem Falle müssen unsere Kollegen die Herstellung solcher Waren verweigern!

Ebenfalls fordern wir unsere Kollegen auf, uns sofort Mitteilung zu machen, wenn in ihrer Bäckerei solche Ware hergestellt wird, damit wir dagegen die erforderlichen Schritte unternehmen können.

Es ist schon anzunehmen, daß Goldacker und auch Hanke u. Co. verhandelt werden, Streikarbeit zu bekommen. Die dort beschäftigten Arbeitswilligen mögen vielleicht außerordentlich nützliche Elemente für den Staat sein, es ist jedoch zweifelhaft, ob sie auch die Arbeit liefern können, die von den Streikenden bisher verlangt wurde.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren, Ortsverwaltung Berlin.

Lohnbewegung der Ballschuhmacher.

Durch Einwirkung der Mode ist der Geschäftsgang in der Ballschuhbranche seit einigen Jahren einen ziemlich günstigen. Die luftfreien Röcke der Damen bedingen einen besonders sauber gearbeiteten Schuh. In die Qualität der Ware werden darum hohe Ansprüche gestellt. Aus all diesen Gründen ist aus den Kreisen der Ballschuhmacher der Wunsch laut geworden, eine prozentuale Lohnerrhöhung zu fordern.

Von der Tarifbewegung der Freiseurgehilfen ist zu berichten, daß die Forderungen nunmehr den Arbeitgebern einzeln unterbreitet worden sind. Die Frist ist bis zum 12. Mai festgesetzt worden. Die Korporationen lehnen ein Verhandeln mit dem Gehilfenverband ab. In den Bezirksversammlungen der Freien Vereinigung selbständiger Barbier wird die Parole ausgegeben, daß keiner die Forderungen anerkennen soll, obgleich im neuen Vertrage Lohnerrhöhungen nicht vorgesehen sind.

Nicht mehr tariflich geregelt sind die Betriebe der Herren Steinhoff, Schivelbeiner Str. 44; Hasselbarth, Reustelstraße 47, Hagen, Culmstr. 20.

Verband der Freiseurgehilfen.

Der Berliner Vertreter der Firma H. C. König, Brennerel in Steinhagen, behauptet der Kundschaft gegenüber, es beständen keine Differenzen zwischen dem Inhaber der Brennerel und den dort beschäftigten Arbeitern. Demgegenüber sei festgestellt, daß der von der Bielefelder Arbeiterschaft auf Anlaß von Differenzen verhängte Boykott über die Erzeugnisse der Firma H. C. König nicht aufgehoben ist, sondern nach wie vor besteht.

Achtung! Gastwirtsgehilfen. Für organisierte Gastwirtsgehilfen ist das Lokal Friedrichstr. 207, Inhaber Franz Göy, gesperrt. Herr Göy bezahlt seinem Kellner nicht nur keinen Gehalt, sondern läßt sich sogar jeden Tag 1 M. von seinem Kellner bezahlen, um dafür eine Person halten zu können, welche das Lokal

würdig eingeleitet. Damit wurde auf die Bedeutung des ersten Reformators der Oper, dessen 200. Geburtstag wir im Juli feiern, vorbereitend hingewiesen. Kapellmeister Max Bachmann eröffnete hierauf einen Impuls zur Entwicklung der Sinfonie von ihren frühesten schüchternen Anfängen bis auf die Gegenwart.

Die Sinfonie verdanken wir bekanntlich der Oper, wo wir ihr in dreifacher Gestalt als Vorspiel, als Einleitung begegnen. Ihre Heimat ist Italien, wie die der Oper auch, mit der sie fast gleichzeitig im 17. Jahrhundert entstanden ist. Bachsmann machte mit einer Sinfonie zu einem Oratorium kirchlichen Anstrich von Leonardo Leo (1684-1746) für Streichorchester den Anfang.

Es ist recht eigentlich eine Art fugiertes Frage- und Antwortspiel der Instrumente, mit etwas anders gewendeten Themen und Zeitmaßen, schaukelnd zwischen Volk und Dur. Wesentlich freier, flüchtiger, lebendiger mutet seines Zeitgenossen Johann Sebastian Bachs Suite D-dur an. Die Suite oder Partita, auch Partita, kann als das älteste mehrstimmige Konstitut weltlichen Charakters angesehen werden. Rühmte Konzerte bringen die Fortsetzung des Entwicklungsganges der Sinfonie. Als keiner Sologeiger von sicherer Technik und meist ausgeglichener Tongebung trat diesmal Beccos Amar in Mendelssohn-Bartholdys Violinconcert e-moll hervor. Den Beschluß machten Stücke aus Wagnerischen Aufstücken, glänzend vorgetragen. Die Püßgähre in der Tannhäuser-Ouverture schienen mir jedoch zu rasch im Tempo genommen.

Notizen.

Theaterchronik. Das Schiller-Theater wird in der nächsten Woche eine Uraufführung bringen: das dreitägige Lustspiel „Klein Edo“ von der dänischen Schriftstellerin Olga Lit, deutsch von J. Josephson.

Die Aufführungen des „Mirakels“. Die Direktion des Deutschen Theaters hat das Gastspiel im Zirkus Busch um sieben weitere Abende bis inklusive Montag, den 18. Mai, verlängert.

Antoine in Berlin. Antoine, der große Regisseur der modernen französischen Bühne, der jetzt wegen mangelnden Kassenerfolges die Leitung des staatlichen Odeon-Theaters niedergelegt hat, wird in der nächsten Saison im Deutschen Theater einige französische Dramen inszenieren. Es werden Crainquebille von France und L'assommoir von Zola genannt. Dem letzteren würden wir Poil de carotte vorziehen, eine der besten Inszenierungen Antoines.

Eröffnung der Waagewerbeausstellung. In Leipzig wurde Mittwochnachmittag die Internationale Ausstellung für Waagewerbe und Graphik Leipzig auf dem Gelände der vorjährigen internationalen Waagewerbeausstellung eröffnet. Der Präsident feierte die Ausstellung als ein Dokument der geistigen Kultur aller Völker und Zeiten und als ein Friedenswerk. In dem langen Bericht, den das Wäufige Bureau verfaßt, ist nur noch bemerkenswert, daß der König von Sachsen an einem feierlichen Frühstückspünlich erfreut teilnahm.

Musik.

rett zu halten hat, was Herr Göb sonst dem Restler zumuten würde.

Herr Göb lehnt jede Verhandlung mit der Organisation ab. Der dort beschäftigte Restler wurde an demselben Tage, als der Vertreter der Organisation vorstellig wurde, entlassen.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsbüro. Berlin I.

Deutsches Reich.

Wer übt Terrorismus?

In den Duisburger Spektations- und Fuhrbetrieben lassen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aber auch alles zu wünschen übrig. Obgleich bereits 1912 ein dreiwöchiger Streik stattfand, durch den die Löhne um 1,50 bis 2,00 M. erhöht wurden, beträgt der heutige Durchschnittslohn nur 23,00 M. bei einer Arbeitszeit von dreizehn Stunden täglich. Leider ließen nach dem Streik die Arbeiter sich von den Unternehmern und ihren Trabanten, den blaugelben Fuhrmannsvereinen, deren es in Duisburg sechs gibt, verleiten, aus der Organisation auszutreten. Dadurch gelang es dem Unternehmertum, die Arbeiter nach und nach um die Früchte des Streiks zu bringen, so daß heute die Verhältnisse schlechter sind als im Jahre 1912 vor dem Streik. In der jüngsten Zeit wurde nun in einem Betriebe ein Tarif abgeschlossen, der für die dort Beschäftigten wesentliche Vorteile brachte. Dieser Vorgang weckte einen Teil der Transportarbeiter auf. Für Sonntag, den 3. Mai, hatte der Transportarbeiterverband drei Versammlungen in den verschiedenen Stadtteilen einberufen. Diese Tatsache brachte die stammorganisierten Unternehmer vollständig aus dem Häuschen. Sie verboten den Fuhrleuten den Besuch der Versammlungen bei Strafe der Entlassung. Ja, einer, Wegmann mit Namen, warf bereits am Tage vor den Versammlungen einige Fuhrleute schon deshalb aufs Pflaster, weil sie die Versammlungseinladungen angenommen (!) hätten; dabei gehörte keiner von diesen der Organisation an. Der Unternehmer Stöckel entließ am Montag früh zwei Fuhrleute, weil sie die Versammlungen besucht hatten, und er drohte allen denen mit Dinauswurf, von denen er noch feststellen würde, daß sie in den Versammlungen waren.

Außerdem haben die Unternehmer eine Versammlung abgehalten, wo sie über ihrem Kollegen, der den Tarif abschloß, ein Scherbenstück gehalten haben. Sie sollen beschlossen haben, den Unternehmer dadurch mißzu machen, daß sie versuchen wollen, die Preise bei seiner Kundschaft zu drücken.

Wie man sieht, nehmen die Fuhrleute für sich das Recht zum Zusammenschluß in vollem Maße in Anspruch. Aber ihren Arbeitsklassen wollen sie dasselbe Recht dadurch streitig machen, daß sie diese aufs Straßenpflaster werfen. Und solche brutalen Gesellen schreien nach Ausnahmegesetzen gegenüber den Arbeiterorganisationen!

Die christliche Landarbeiter-, Gewerkschaft.

Im Verlag des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ist soeben der erste Geschäftsbericht des christlich-nationalen Landarbeiterverbandes erschienen. Die Gründung des Verbandes führt, was von ihm selbst nicht bestritten wird, auf die energische Agitation des freigezwerglichen christlichen Landarbeiterverbandes zurück. Aus Rücksicht auf die freie Gewerkschaft hat man dem Verband auch eine Organisationsform gegeben, die eine Gewerkschaft vorzuziehen ist, während man bis dahin gehofft hatte, die Landarbeiter in den katholischen Arbeitervereinen festhalten zu können. Wiemeit aber der christlich-nationale Verband von einer wirklichen Gewerkschaft entfernt ist, legt er in seinem ersten Geschäftsbericht dadurch klar, daß er es weit von sich weist, das Streikrecht in Anspruch zu nehmen. Es wird des längeren erörtert, daß für einen Landarbeiterausstand in Deutschland die Vorbereitungen fehlen, eine Arbeitsniederlegung könne kaum anders als nur unter Kontraktbruch erfolgen. Solche Ziele aber lehnt die christlich-nationale Organisationsform ab. Derartige Streiks seien nur möglich, wenn es der Sozialdemokratie gelänge, die Landarbeiter für politische Ziele zu gewinnen. Der beste Schutz dagegen sei die christlich-nationale Landarbeiterbewegung, die grundsätzlich auf dem Boden der Wertarbeit stehe und keine Bewegung unterstützen werde, die unter Kontraktbruch begonnen wird.

Der „Westdeutsche Landwirt“ (Nr. 17), eine Beilage der „Ndn. Volkszeitung“, ist von diesen beiden Grundfragen so entzückt, daß er den christlichen Landarbeitern folgendes Zeugnis für gutes Wohlverhalten ausstellt:

Ihre Erziehungsarbeit wird wesentlich mit dazu beitragen, die Gefahr eines Generalstreiks der Landarbeiter einzudämmen oder zu beseitigen. Voraussetzung ist, daß man die wahrhaft konservativ-haltende Arbeit von Seiten der öffentlichen Gewalt und der beteiligten Interessentkreise anerkennt und dem Verband nicht hindernd in den Weg tritt, sondern seine Ausbreitung fördert. Es ist eben eine Lebensfrage für unsere Nation und für die einzelnen Parteien, ob es gelingt, frühzeitig die Landarbeiter einer christlich-nationalen Standesorganisation zuzuführen, oder aber ob die Sozialdemokratie auch hier wieder wie in der Industrie weit voraus eilen soll, um unter der Flagge der „neutralen“ Standesbewegung weite Kreise mit ihren verkehrten Ideen zu erfüllen. Also die alte Klause: Nicht Vertretung der Arbeiterinteressen, sondern Schutzwahl für das Kapital gegen die wahre Vertretung der Arbeiterklasse.

Das erste Geschäftsjahr des Verbandes schließt laut dem Bericht mit einer Mitgliederzahl von 3576 ab. Die derzeitige Mitgliederzahl wird auf etwa 4000 geschätzt. Die Einnahmen belaufen sich auf 50 515 M., die Ausgaben auf 46 101 M. Für Reichsschutz wurden 5500 M. und für Unterhaltungswecke fast 5000 M. ausgegeben. Als Erfolge lacht der Verband einige Tarifverträge mit Wein- und Obstbauern und einem freiherrlichen Großgärtner. Die paar Verträge sind nur in pechschwarzen Gegenden abgeschlossen.

Ausland.

Der Fortschritt der britischen Gewerkschaften.

London, 6. Mai. (Fig. Ver.) Reichlich spät veröffentlicht das englische Handelsamt die Zahlen über die Entwicklung und den Stand der britischen Gewerkschaften im Jahre 1912. Am Ende des Berichtsjahres bestanden in Großbritannien und Irland 1134 Gewerkschaften oder 59 weniger als im vorhergehenden Jahre. Die Zahl der Mitglieder betrug 3 281 008; sie war seit 1911 um 5,5 Proz. und seit 1910 um 23,4 Proz. gewachsen. Am stärksten nahmen die Organisationen der Handlungsgelassen zu, die die Zahl ihrer Mitglieder in dem Berichtsjahr um nicht weniger als 35 Proz. vermehrten und am Ende des Jahres 108 000 Mitglieder hatten. Dies ist wohl ausschließlich darauf zurückzuführen, daß die Handlungsgelassen die in dem Jahre eingeführte staatliche Krankenversicherung nützlich ausnutzten, indem sie Krankenkassen gründeten, denen die bis dahin meist nicht versicherten weiblichen und männlichen Ladenangestellten beitrugen; so wurden tausende der gewerkschaftlichen Organisationen zugeführt. Die Organisationen des Baugewerbes zeigen eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung. Lange Jahre verloren sie beständig an Mitgliedern; doch seit dem Jahre 1911 erholten sie sich wieder und zählten Ende 1912: 803 761 Mitglieder, womit sie beinahe wieder den Stand des Jahres 1906 (806 762) erreicht haben. Die Bergarbeiter zählten am Ende des Jahres, in dem sie ihren großen Kampf um den Minimallohn führten, 787 128 Mitglieder, nur wenige mehr als im Jahre 1911 (792 410). Nach dem Generalstreik, der die Massen der meisten ihrer Organisationen leerte und viele Verbände in Schanden ließ, war die Ausbesserung der organisatorischen Mängel die erste Sorge der Bergarbeiter. Diese Arbeit haben sie gründlich verrichtet und sich dabei auch mehr als bis dahin um die Oberarbeiter gekümmert, so daß die Mitgliederzahl ihrer Verbände am Ende des

Jahres 1912, wenn sie amtlich ermittelt und veröffentlicht worden ist, bedeutend mehr als 800 000 betragen dürfte. Die Gewerkschaften der Metallindustrie mit 478 091 Mitgliedern, die der Textilindustrie mit 477 840, die der Bekleidungsindustrie mit 91 855 und die der Eisenbahner mit 202 929 Mitgliedern weisen einen gefunden Aufstieg auf. Die Organisationen der Straßenbahner und anderer Landtransportarbeiter sind von 84 080 auf 63 668 Mitglieder zurückgegangen. Die Seeflote vermehrte die Zahl ihrer Mitglieder von 88 675 auf 104 908. Die Lohndarbeiter bühten, wohl infolge des unglücklichen Londoner Streiks, 24 000 Mitglieder ein und zählten am Ende des Berichtsjahres 140 070 Mitglieder. Die Buchdrucker verloren einige hundert Mitglieder und hatten 76 807 Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften der ungelerten Arbeiter stieg von 27 906 auf 231 787. Eine bemerkenswerte Tatsache ist, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder viel stärker wächst als die Gesamtzahl. Ende 1912 gab es 318 443 weibliche Gewerkschaftsmitglieder, von denen 75 Proz. den Verbänden der Textilindustrie angehörten. 230 460 organisierte Arbeiterinnen gehörten den Organisationen der Textilindustrie an, die im ganzen 477 840 Mitglieder hatten, so daß die weiblichen Mitglieder die Mehrheit bildeten. Die Ladenangestellten hatten 20 758 weibliche Mitglieder.

Die amtlichen Angaben über Vermögen, Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften im Jahre 1912 beziehen sich nur auf die hundert hauptsächlichsten Organisationen, denen etwa 60 Proz. aller Gewerkschaften angehören. Diese hundert Gewerkschaften hatten bei einer Mitgliederzahl von 2 000 102 eine Einnahme von 3 230 179 Pfund Sterling, eine Ausgabe von 3 823 277 Pfund Sterling und ein Vermögen von 6 001 505 Pfund Sterling. Das Gesamtvermögen ging um über eine halbe Million Pfund Sterling zurück und die Ausgaben überstiegen die Einnahmen um eine beträchtliche Summe. Der Generalstreik der Bergarbeiter, der mehr als eine Million Pfund Sterling verschlang, lieferte den Schlüssel zu dieser Erscheinung. Von den Ausgaben entfielen auf Streikunterstützung 36 Proz. (der zehnjährige Durchschnitt ist 14,4 Proz.), auf Arbeitslosenunterstützung 15,6 Proz. (der zehnjährige Durchschnitt ist 25,2 Proz.), auf andere Unterhaltungen und Schenkungen 30 Proz. (der zehnjährige Durchschnitt ist 39,8 Proz.), auf Verwaltungslohn und sonstige Ausgaben 18,4 Proz. (der zehnjährige Durchschnitt ist 20,5 Proz.). Auf das einzelne Mitglied berechnet, betragen die Einnahmen 32 Schilling und 3/4 Pence, die Ausgaben 38 Schilling und 2/4 Pence. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: Für Arbeitslosenunterstützung 5 Schilling und 1 1/2 Pence, Streikunterstützung 13 Schilling und 9 Pence, Kranken- und Unfallunterstützung 4 Schilling und 4 Pence, Pensionen 4 Schilling und 3 Pence, Sterbegeld 1 Schilling und 1/4 Pence, andere Unterhaltungen und Schenkungen 1 Schilling und 7/8 Pence, Verwaltung und andere Kosten 7 Schilling und 1/2 Pence.

Parlamentarisches.

Die Besoldungsnovelle gescheitert.

Die Budgetkommission des Reichstags erledigte am Mittwoch in zweiter Lesung die Besoldungsnovelle nach den Beschlüssen erster Lesung. Namens der Verbündeten Regierung erklärte Schatzsekretär Rahn, daß zwischen diesen Beschlüssen und der Stellung der Regierung eine unüberbrückbare Differenz bestehe, die es ihm unmöglich mache, besonders im Hinblick auf die Konsequenzen für Preußen, den Beschlüssen beizutreten. Darauf erklärte Genosse Eder, die Sozialdemokraten seien bereit, sich auf den Boden der Beschlüsse erster Lesung zu stellen; die Erklärung der Regierung komme um so überraschender, als die Regierung in vorangegangenen Besprechungen ihren grundsätzlich ablehnenden Standpunkt nie zum Ausdruck gebracht, sondern immer die Wahrscheinlichkeit offen gelassen habe, daß eine Verständigung zu erzielen sein werde. Die Verantwortung für die in Beamtenkreisen entstehende Beunruhigung und Mißstimmung läge auf die Regierung. Auch die übrigen Parteien gaben ähnliche Erklärungen ab. Darauf wurde die Besoldungsnovelle nach den Beschlüssen erster Lesung einstimmig angenommen; sie darf aber im Hinblick auf die Regierungserklärung als gescheitert angesehen werden.

Beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung, der alsdann nach den Vorschlägen des Referenten zur Erledigung kam, machte Schatzsekretär Rahn zwei bemerkenswerte Mitteilungen: einmal, daß die Vorarbeiten für ein Reichs-Zigarettenmonopol im Gange sind, sodann daß Preisermäßigungen über ein die Summe von 1200 Millionen Mark erheblich übersteigendes Ergebnis des Wehrbeitrages faßlich seien. Mit großem Eifer und voller Einmütigkeit legten sich die Abg. Schiffer (nall.), Gothein (Sp.), Speck und Erzberger (Z.), Graf Westarp (L.) und andere für möglichst wohlwollende Auslegung und schonende Handhabung der Vorschriften über den Generalpardon ins Zeug, damit die zahlreichen Steuerbeiträge vor nachträglicher Beitragsprüfung, die ihnen jetzt vielfach droht, bewahrt bleiben. Auch für die allerärmsten fiel dabei ein Bescheidenes vom Tisch; die Zuwendungen an bedürftige Familien, die mehrere Söhne beim Militär haben, sollen als unpfändbar erklärt werden, um sie nicht, wie dies bereits geschehen, dem Reichsvollzieher in die Hände fallen zu lassen. Selbstverständlich trat die Sozialdemokratie für diese Anregung ein, deren Berücksichtigung die Regierung zusagte.

Auch beim Etat der Reichsschuld gab es wieder eine Wehrbeiträgebedachte. Graf Westarp (L.) glaubte, die Gelegenheit benutzen zu können, um auf dem Wege staatsmäßiger Verrechnungskonten 200 Millionen Mark von der nationalen Opferrende abzugewinnen, doch Staatssekretär Rahn hielt wachsam die Hände über den vollen Betrag gebreitet und Abg. Erzberger leistete ihm dabei Beistand.

Schließlich wurden noch die bis zur Erledigung der Besoldungsnovelle zurückgestellten Staatsitel der Post- und Reichseisenbahnverwaltungen nach den Anträgen der Referenten bewilligt.

Gewerbeordnungscommission des Reichstages.

In der Sitzung vom Mittwoch wurde die Debatte über den vieldiskutierten Zentrumsantrag, die Erstellung eines Wander-gewerbezeichens von der Wehrbeiträgefrage abhängig zu machen, fortgesetzt. Die Regierung hatte durch den Direktor im Reichsamt des Innern, Dr. Caspar, eine Erklärung gegen die Annahme des Zentrumsantrages abgeben lassen. Neben anderen Gründen lagen für die Regierung sachliche Bedenken gegen den Antrag vor. Weiter heißt es in der längeren Erklärung: „Die untere Verwaltungsbehörde kann für die Unterfertigung des Gewerbebetriebs wegen Mangel eines Bedürfnisses nicht in Frage kommen, weil nicht sie, sondern die höhere Verwaltungsbehörde über die Erstellung des Wander-gewerbezeichens zu befinden hat. Ein Unterfertigungsrecht der unteren Verwaltungsbehörde würde dem verteuerten Gewerbebetrieb des rechtmäßigen Inhabers eines Wander-gewerbezeichens unmöglich machen können. Die vorgesehene Ausnahme für Douzieregemeinden würde zur Folge haben, daß die Douziere sich mehr und mehr in diesen Gemeinden niederlassen würden, um der Ausnahme teilhaftig zu werden. Durch Anordnungen des Bundesrats würde sich dies nicht verhindern lassen.“

Der Antrag des Zentrums wurde schließlich abgelehnt. Dafür brachte Abg. Mayer (Z.) eine Resolution ein, die sich in den Bahnen des abgelehnten Antrages bewegte. Auch die National-liberalen und die Konservativen brachten Resolutionen ein, die weitere Maßnahmen gegen den Douzierehandel forderten. Obwohl die Resolution der Konservativen als die des Zentrums wurden abgelehnt, die der National-liberalen angenommen.

Für Kinderschutz.

Zwei Versammlungen, die der Propaganda für die Bekämpfung der Kinderschutzkommission dienten, wurden am Dienstag abgehalten.

Für den

ersten und dritten Wahlkreis

fand eine Versammlung im Coronasaal in der Kommandantenstraße statt. Hier referierte die Genossin Emma Döhl. Sie führte aus, daß der Kinderschutz eine Kulturarbeit im wahren Sinne des Wortes ist, eine Kulturarbeit, deren Wert und Bedeutung leider von vielen, die es nahe angeht, nicht erkannt wird. Hört man doch oft aus dem Munde Erwachsener die gedankenlose Bemerkung: „Uns ist es im Kindesalter nicht besser gegangen, als es heut den Kindern des Proletariats geht; auch wir mühten arbeiten und sind doch groß geworden.“ Wer so spricht, bedenkt nicht, daß es unsere Aufgabe ist, die Verhältnisse zu bessern, Mißstände zu beseitigen und dem heranwachsenden Geschlecht ein besseres Dasein zu bereiten als wir selbst es haben konnten. Besetzt von diesem Gedanken, müssen wir bestrebt sein, die Kinder zu schützen vor den Gefahren, welche die kapitalistische Ausbeutung über sie heraufbeschwört. Es ist ein kulturwidriger Zustand, wenn Kinder in das Reich der Erwerbsarbeit gezwungen werden. Der Kinderschutz, den die Gesetzgebung den Kindern angebeihen läßt, genügt nicht. Er muß erweitert werden. Solange aber noch der ungesunde Zustand besteht, daß Kinder zur Erwerbsarbeit herangezogen werden, oder daß sie, während die Eltern in der Fabrik arbeiten, schulpflos den Gefahren der Straße ausgesetzt sind, ist es unsere Aufgabe, so viel wie möglich helfend und bessernd eingzugreifen. Diese Aufgabe hat sich die Kinderschutzkommission gestellt. Wer zur Erfüllung derselben beitragen will, der möge bei den Arbeiten der Kommission mitwirken.

Die zweite Versammlung für den

fünften Wahlkreis

einberufen, tagte im Kaiserhof in der Kaiser-Wilhelm-Straße. Die Referentin, Genossin Friede Honek, beleuchtete das Elend der Proletariatsjugend und begründete die Notwendigkeit eines wirksamen Kinderschutzes an einer Reihe von Einzelfällen aus der Tätigkeit der Kinderschutzkommission. Die Rednerin verwies unter anderem darauf, wie widerständig es ist, daß aus öffentlichen Mitteln nichts geschieht, um für die Kinder zu sorgen, die sich selbst überlassen sind, während Vater und Mutter außerhalb des Hauses dem Erwerb nachgehen müssen. Erst wenn solche Kinder der Verwahrlosung anheimgefallen sind, dann tritt die sogenannte Fürsorgeerziehung ein. Dann aber ist es meist zu spät, um die Verwahrlosten zu bessern, was um so weniger gelingt, als ja die zwangsweise Fürsorgeerziehung das Gegenteil einer wirklichen Erziehung ist und deshalb keine guten Resultate erzielen kann. Eine Fürsorge, die diesen Namen verdienen will, müßte eingreifen, ehe sich die verderblichen Folgen elender häuslicher Verhältnisse bemerkbar machen. Das zu erreichen bemüht sich die Kinderschutzkommission in den ihr bekannt werdenden Fällen. Es gibt auch Eltern, die sich durch Mißhandlung und sonstiges unverständiges Verhalten ihren Kindern gegenüber verübeln. In solchen Fällen hat die Kinderschutzkommission durch gütliche Einwirkung auf die Eltern große Erfolge erzielt. Die Aufklärungsarbeit über vernünftige Kindererziehung fällt hier meist auf guten Boden. So leistet die Kinderschutzkommission ein bedeutendes Stück Kulturarbeit, indem sie sich bemüht, das schwere Los der Proletariatskinder nach Möglichkeit zu erleichtern. Eine durchgreifende Besserung wird allerdings erst eintreten können, wenn wir bessere Schutzvorschriften, bessere Sozialgesetze und eine bessere Entlohnung der Arbeiter haben, so daß keine Arbeiterfamilie mehr gezwungen ist, ihre Kinder mitleiden zu lassen. Unsere Lösung ist: Fort mit der Kinderausbeutung, vorwärts mit dem Kinderschutz.

Gegen Kapitalismus und Militarismus.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis hatte zum Dienstagabend vier öffentliche politische Versammlungen einberufen, in denen die Genossen Ströbel, Liebknecht, Dr. Rosenfeld und Ledebour sprachen. Die Versammlungen erfreuten sich durchweg eines reichlichen Besuches, ein Zeichen, daß das zur Verhandlung gestellte Thema geeignet war, das Interesse der Massen zu wecken.

Die Versammlung im

Stadttheater Roabit

machte der Roabit Arbeiterklub alle Ehre. Trotz hoher Kälte, trotz Kaiserzeit, die beide gewaltige Anforderungen an die Organisations- und Agitationskraft stellen, sah man eine überaus gutbesuchte Versammlung. Dem Besuch entsprach auch die vorzügliche Stimmung. Besonders erfolgreich war der erhebliche Prozent-satz weiblicher Besucher.

In großartig angelegtem Referat gab hier Heinrich Ströbel ein Bild prinzipiellen Kampfes der Sozialdemokratie gegen Kapitalismus und Militarismus. Einer ganz besonderen Würdigung unterzog Ströbel die preussischen Wahlverhältnisse und die durch sie bedingten Mißlichkeiten. Natürlich ließ er auch die neueren und neuesten politischen Vorgänge keine unberührt. Seine markigen Worte schloß Redner mit dem Appell, daß jeder einzelne seine Pflicht für den Sozialismus tun müsse, um so Krieg und Bedrohungen Prophezeiungen in greifbare Nähe zu rücken. Unter brausendem Hoch auf die Sozialdemokratie fronteten die Besucher auseinander.

Der gewaltige Saal der

Germania-Prachtäle

in der Chausseestraße war bis zum letzten Platz gefüllt. Selbst die gewaltigen Galerien waren gedrängt voll und alle Erschienenen folgten mit regem Interesse den Ausführungen des Genossen Dr. Karl Liebknecht, der hier das Referat übernommen hatte.

Genosse Liebknecht verstand es in außerordentlich populärer Weise, den Rhythmus der Gemeingefährlichkeit des internationalen Kapitalismus vor Augen zu führen. Er wies auf die vielen internationalen Kapitalkongresse hin, widmete den Auswüchsen des internationalen Kapitalismus besondere Beachtung und legte vor aller Oeffentlichkeit die oft recht geheim gehaltenen Pläne bloß. Demgegenüber geistete Liebknecht das heuchlerische Geschrei über die Internationalität der Arbeiterbewegung unter dem lebhafte Beifall der Versammelten. Der Redner schloß in großen Jagen das Wesen unserer Politik und Verantwortlichkeit und besprach dann die Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus. Er ging ausführlich auf die verlogenen Anträge unserer Gegner ein, die wider besseres Wissen den Vorwurf erheben, die Sozialdemokratie wolle das Vaterland verraten machen und schillerte die unseren Lesern bekannte Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus und zur Verwundung des Volkes. Mit einem klaren Appell an die Versammelten, sich den Organisationen der Arbeiterklasse anzuschließen, beschloß der Redner seine feierlich applaudierten Ausführungen.

Der Saal im

Rosaniensaal.

Saalstraße 15/16, war schon ungewöhnlich früh überfüllt. Dunderle von Besuchern mußten stehen. Mit gespanntem Interesse lauschte die Versammlung den Ausführungen des Genossen Dr. Rosenfeld, der an packenden und erschütternden Beispielen die Not der großen Masse des Volkes zeichnete und dem die ungeheure Verschwendung, die Ansammlung fabelhafter Reichtümer auf Kosten der bedürftigen Massen gegenüberstellte. Mit bitterem Sarkasmus

und leidenschaftlicher Wucht zeichnete der Redner die heutigen Zustände auf sozialpolitischen Gebiete, wo der Widerstand der kapitalistischen Kreise sich in besonders zynischer Weise bemerkbar macht. Während die kümmerlichen Rechte der Arbeiter immer noch mehr beschnitten werden sollen, löst man dem Unternehmertum den allerweitesten Spielraum. Der neueste Schlag gegen die freien Gewerkschaften und die treffliche Würdigung desselben durch Genossen Rosenfeld löste bei der Versammlung ein lebhaftes Echo aus. Nicht minder der Hinweis auf die Ausbeutungsgelüste des Kapitalismus, die unweigerlich zum Weltkrieg treiben und den Völkern wahnsinnige Rüstungspläne auferlegen. Den Militarismus selbst bezeichnete Redner als eine der schlimmsten Gefahren und erklärte, angesichts dieser Gefahr sei die Forderung einer Miliz um so dringender zu erheben. Redner schloß mit der Parole: Wieder mit dem Kapitalismus, nieder mit dem Militarismus!

Folgender Versuch lohnte seine Ausführungen. Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen G a s s e war die imposante Versammlung zu Ende. Mit einem brausenenden Hoch auf die Sozialdemokratie gingen die Teilnehmer auseinander.

In dem dichtgedrängten Saale der

Beauverei Königsstadt

sprach Ledebour. Ganz dem Grundgedanken der Veranstaltung entsprechend, die in der „Roten Woche“ gewonnenen zahlreichen neuen Anhänger mit Ursache, Ziel und Zweck der Arbeiterbewegung näher bekannt zu machen, legte der Redner in höchstvoller Weise die wirtschaftlichen Geleise und die daraus entspringenden politischen Strömungen dar. Was aber seinen Ausführungen immer aufs neue eine herzerfrischende Würze verlieh, ist der seine Sartasimus, mit dem sie durchdringt waren. Und so war es eine Lust zu sehen, welchen freudigen Widerhall die trefflichen Worte des Redners fanden, wie sie bald von tosendem Beifall unterfächelten, bald von verständnisvoller Heterkeit begleitet wurden. Der Gesamtindruck, den die über zweitausendköpfige Versammlung machte, war jedenfalls der, daß von der Entmutigung, die im vorigen Jahr an Boden zu gewinnen sahen, keine Spur mehr zurückgeblieben ist, daß sie vielmehr, wenn sie überhaupt vorhanden war, einer zuverlässigen Stimmung gewichen ist. Damit ist aber auch die erste Vorbedingung für das weitere siegreiche Vordringen der Arbeiterbewegung erfüllt und es gewinnen die Schlussfolgerungen des Referenten an Bedeutung, wenn er sagte: „Sollten aber die herrschenden Klassen es wagen, an die Grundkräfte des Volkes zu tasten, dann steht und im politischen Kampffeld ein Kampfmittel von unwiderstehlicher Wucht zur Verfügung.“

Drohender Beifall bezeugte die volle Uebereinstimmung der versammelten proletarischen Männer und Frauen mit diesen Worten.

Jugendbewegung.

Eine Protestbewegung der jüdischen Jugend.

Der Wandervogel E. V. hat auf seinem Frankfurter Bundeszuge vor einigen Wochen einen höchst eigenartigen Beschluß gefaßt. In dem ersten Absatz dieses Beschlusses wird den Ortsgruppen verboten, den Juden allgemein die Aufnahme in den Wandervogel zu verweigern, der zweite Absatz hebt den ersten jedoch wieder auf, indem er den Ortsgruppen das Recht gibt, einzelne Juden „wegen hervorstechender Rassenmerkmale“ auszuschließen oder nicht aufzunehmen. Die jüdische Jugend macht nun nicht etwa schamlos die Türe zu den ungeliebten Stätten des Wandervogels hinter sich zu, sondern entfacht eine große Protestbewegung, um den Juden trotz dieses Beschlusses die Mitgliedschaft im Wandervogel zu erzwingen. So fanden große jüdische Protestversammlungen in Frankfurt a. M. und Köln statt, wo die jüdische Jugend aufgefordert wurde, jede einzelne Ortsgruppe des Wandervogels vor die Wahl zu stellen, ob sie Juden aufnehmen wolle oder nicht, keineswegs aber sich infolge dieses Beschlusses aus dem Wandervogel auszusetzen. In Köln gaben übrigens die Wandervogel die Erklärung ab, daß sie den Antisemitismus ihres Bundeszuges nicht mitmachen wollen.

Es ist schon eigenartig, daß die jüdische Jugend trotz des Austrittes sich weiter an den Wandervogel heranzieht, so muß doch in diesem Falle auch von uns, die wir wahrlich von Antisemitismus frei sind, die Frage aufgeworfen werden, woher die jüdischen Jugendvereine das Recht zu dieser Protestbewegung nehmen. So lange sich die jüdische Jugend selber an der Zerstückelung der Jugendbewegung durch die Gründung jüdischer Sportvereine usw. beteiligt, kann sie sich über den Beschluß des Wandervogels kaum beschweren. Die jüdische Jugendbewegung, „Gabriel Wieser-Verein“ usw., ist schließlich in ihrem Wesen genau so bürgerlich reaktionär wie die arisch-nationale Jugendbewegung. Sie sitzt ja auch gemeinsam mit dieser in den staatlichen Versuchungen, die dem Kampfe gegen die freie Jugendbewegung dienen. Der Zwist zwischen Wandervogel und jüdischer Jugend ist also das große Geschrei wirklich nicht wert.

Proletarische Jugendpflege in Oesterreich.

Der Oesterreichische Arbeiterverein „Die Kinderfreunde“, der unter der Leitung des Wiener Landtagsabgeordneten Genossen Bolker, eines geborenen Württembergers, steht, hat im letzten Jahr seine Mitgliederzahl um 1861 auf 3839 gesteigert. Fast 100000 Kinder nahmen im Jahr 1913 an den Veranstaltungen des Vereins teil, die sich aus Ausflügen, Spielen und Vorträgen und Erörterungen im Freien sowie aus Gelände-, Turn-, Handfertigkeitsunterricht und Vorlesungen zusammenschließen. Die Ortsgruppen des Vereins verließen an Kinder 40 887 Bücher; sie veranstalteten Kurse für Spielleiter und übertrugen die Aufsicht über 60000 Werkstoffblätter an die Arbeiterkinder wurden verbreitet. Auf der jüngst in Wien abgehaltenen Generalversammlung spielte der Kampf um Kinderfreizeitanlagen in der Reichshauptstadt eine große Rolle. Eine gleichzeitig veranstaltete Ausstellung führte die Begehr für Modellunterricht, Klebtisch, Nachtarbeit sowie Ausnahmestellen und dergleichen vor. Diese soziale Bewegung ist von Graz ausgegangen, wo sie auf eine Anregung des Genossen Kretsch, Redakteur am „Arbeiterwillen“, entsand.

Soziales.

Wenn Junker ihre Arbeiter „belohnen“.

Die Landwirtschaftskammer für Ostpreußen versucht sich auch „sozialpolitisch“ zu betätigen. Im Heftalter der Leutenot ist sie bemüht, den Landarbeiternmangel mit Diplomen und Broschen zu „bekämpfen“. Auf Antrag der Arbeitgeber verleiht sie nämlich Aufzeichnungen an Personen, die mindestens — zehn Jahre in einer Familie „treu und zuverlässig“ gedient haben. Sie knüpft aber dabei noch die Bedingung, daß die vorgeschlagenen Personen nicht bereits einen anderen Dienst angenommen haben, und daß der Arbeitgeber, selbst den zur Auszeichnung vorgeschlagenen Leuten eine Belohnung in Geld oder sonstigen Geschenken gewährt.

Nach zehnjähriger Dienstzeit erhalten die Männer ein — Diplom, die Frauen eine — kleine Probe, nach zwanzigjähriger Dienstzeit bekommen die Männer eine — bronzene Medaille und die Frauen — eine große Probe, nach dreißigjähriger Dienstzeit werden die Männer mit einer — silbernen Medaille, die Frauen mit einem — silbernen Kreuz „belohnt“.

Und die „Belohnung“ des Arbeitgebers besteht darin, daß er nach zehnjähriger treuer Dienstzeit die Kosten für die Einrahmung des Diploms übernimmt. Nach zwanzigjähriger Dienstzeit soll er dem Arbeiter — fünf und nach dreißigjähriger Dienstzeit — zehn Mark „Belohnung“ geben, denn die Junker sind nobel und haben ein warmes Herz. Man bedenke! Der Landarbeiter muß in einer Wirtschaft ohne zu müssen dreißig Jahre hindurch „treu und zu-

verlässig dienen“, und dann erhält er dafür als „Belohnung“ zehn Mark. Und der Herr Junker kommt und hält eine selten schöne und zu Herzen gehende Rede und preist die weitgehende soziale Fürsorge der Herren Gutsherrn. Und trotzdem nimmt die Leutenot zu, was die Junker freilich auf die verheerende Tätigkeit der Sozialdemokratie zurückführen.

Frauenarbeit in der Seidenindustrie.

Der soeben erschienene Bericht der Seidenberufsgenossenschaft bringt zum erstenmal eine genaue Statistik über die Zahl der beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeiter sowie deren Löhne. Im Bericht heißt es unter anderem:

Wie die Zahl der männlichen Arbeiter im Verhältnis zu der der weiblichen ist, darüber ist auch in diesem Jahre eine Statistik aufgenommen worden, auf die wir wegen ihrer Bedeutung besonders hinweisen. Sie findet sich auf Seite 8 des Berichts. Danach ist die Zahl der männlichen Arbeiter um 1030 niedriger wie der der weiblichen Arbeiter, 35 000 männlich (Sekt. I 28 145, Sekt. II 6654) und 37 038 weiblich (Sekt. I 22 634, Sekt. II 14 404).

Im Bezirk der Sektion II überwiegen die weiblichen Arbeiterinnen bedeutend. Es kommt hier vorwiegend die Zwirnerei und die Weberei sowie die Seidenbandweberei in Betracht. Der Durchschnittslohn der männlichen Arbeiter betrug in der Sektion I 1290,00 M., Sektion II 1132,00 M., der Durchschnittslohn der weiblichen Arbeiterinnen in der Sektion I 762,00 M., Sektion II 698,00 M.

Die Zahl der Betriebe betrug Ende 1913 3641 gegen 3704 Ende 1912.

Es sind also 37 038 Arbeiterinnen gegen 35 000 männliche Arbeiter beschäftigt gewesen. Mitkin 1930 Frauen mehr als Männer. Bei keiner anderen Berufsgenossenschaft wird die Zahl der weiblichen Beschäftigten die der männlichen überwiegen, so daß also die Seidenindustrie vorwiegend Frauenarbeit kennt. Besonders auffällig ist auch die Zahl der beschäftigten Frauen im Bezirk der Sektion II, die ihren Sitz in Freiburg i. Br. hat und Baden, Württemberg, Baden, Heffen und Elsaß-Lothringen umfaßt. Hier ist die Zahl der beschäftigten Frauen mehr als doppelt so groß als die der Männer (14 404 Frauen gegen 6984 Männer). Der Bericht bezeichnet dies selbst als auffällig.

Ebenso sind auch die Löhne der weiblichen Arbeitsträfte um die Hälfte niedriger als die der Männer. Das ist wohl das ganze Geheimnis der vorwiegenden Beschäftigung der Frauen, die ja im Bezirk Freiburg mit durchschnittlich 698 M. pro Jahr vorlieb nehmen, während man den Männern immerhin noch 1132 M. zahlen mußte.

Berichtszeitung.

Unzulässige Lohninbehaltung.

Nach § 304 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist eine Aufrechnung gegen den Lohn, z. B. durch Aufrechnung von Schadenersatzansprüchen, unzulässig. Trotzdem gibt es Gerichte, die diese Vorrichtung unbeachtet lassen. Das Reichsgericht, und zwar der Strafsenat, mußte am Dienstag gegen diese Beeinträchtigung der klaren Rechte des Arbeiters Stellung nehmen. Und zwar war die Strafkammer so weit gegangen, daß sie den Arbeiter, der mit Recht seinen Lohn verlangt hatte, wegen Erpressung bestrafte.

Ueber die Verhandlung geht uns folgender Bericht zu: Vom Landgericht Offen (Nabr) ist am 30. Oktober v. J. der Werkmeister Heinrich Mühl wegen verlustiger Erpressung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte war bis zu seiner am 1. Juli 1912 erfolgten Entlassung bei der Firma W. angestellt. Er hatte in seiner Stellung mehrere Posten Aluminium verkauft und den Erlös nicht abgeliefert, außerdem verschiedene Sachen mit in seine Wohnung genommen, too sie gefunden worden waren. Der Arbeitgeber machte deshalb gegen ihn eine Forderung von 21425 Mark geltend. Als nun der Angeklagte bei seinem Abgang sein rückständiges Gehalt in Höhe von 210 Mark verlangte, erklärte der Arbeitgeber W., er träme gegen seine Schadenersatzforderung auf und bekomme sogar noch etwas heraus. Der Angeklagte schrieb darauf zunächst an Frau W., dann an diesen selbst einen Brief, in welchem er die Auszahlung seines Gehalts forderte. Darin hat das Gericht den Versuch einer Erpressung erblickt. Es hat also angenommen, daß der Vermögensvorteil, den der Angeklagte erreicht, ein rechtswidriger war, indem es davon ausging, daß W. aufrechnen konnte. Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Zur Begründung wurde ausgeführt: Der Angeklagte hatte durch Drohung mit einer Anzeige wegen einer strafbaren Handlung von seinem früheren Arbeitgeber das rückständige Gehalt gefordert, das der Arbeitgeber demselben behalten hatte, weil er aufgerechnet hatte mit einer Schadenersatzforderung, die er gegen den Angeklagten hatte. Hier hat das Landgericht übersehen, daß die Rechtswidrigkeit des erreichten Vermögensvorteiles nicht festgestellt werden konnte, weil die Aufrechnung nicht zulässig war.

Autounfall.

Ein recht eigenartiger Autounfall, bei dem der Besetzte lediglich durch einen Schreck eine Nervenlähmung davontrug, beschäftigte gestern die 8. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Geh. Justizrats Quast. Wegen fahrlässiger Körperverletzung war der Kraftwagenführer Otto Marks angeklagt.

Der wegen ähnlicher fahrlässiger Handlung schon vorher bestrafte Angeklagte hand in Diensten der Fabrikfirma Almet, die für die Firma Louis Kumpfe mittels eines Kraftautomobils Aufträge ausführte. Am 1. Dezember v. J. hatte der Angeklagte auf dem Hof der Berliner Handelshilfsbank „Erechos“ in der Wustergaßener Straße eine Reparatur an dem Wagen vornehmen lassen. Bei der Ausfahrt bemerkte er irrtümlich einen falschen Tonweg, als er sich mitten in der schmalen Ausfahrt befand, trat ihm der Portier Hillenberg entgegen und gebot Halt. Der Angeklagte hielt auch einen Augenblick, fuhr dann aber mit dem Auto: „Weg da!“ weiter. Der Portier, der hiermit nicht gerechnet hatte, konnte sich nur durch einen schnellen Sprung retten. Trotzdem er mit dem Fahrzeug selbst gar nicht in Berührung gekommen war, hatte der ausgesetzene Schrecken für ihn sehr üble Nachwirkungen. Kurze Zeit darauf wurde er benümmungslos und nach einer etwa zweistündigen Bewußtlosigkeit wurden bei ihm Zeichen einer Nervenlähmung konstatiert, die erst nach längerer Zeit wieder vergingen.

Das Schöffengericht beurteilte den Angeklagten, da es sich um eine an Vorsätzlichkeit grenzende Fahrlässigkeit handelte, zu 6 Monaten Gefängnis. — Die Berufungskammer ermäßigte gestern die Strafe auf 2 Monate Gefängnis.

Die Supplicin als — „Missionarin“.

Die bürgerliche Gesellschaft fault an allen Ecken und Enden; die Skandalprozesse, die davon besonders Zeugnis ablegen, mehren sich. Soeben hat in Ost (Ostpr.) ein Skandalprozeß seinen Abschluß gefunden. Die Witwe Schwiberski war in der Garnisonstadt Ost dem Kuppelgewerbe nachgegangen. Sie hat durch Bestechungszwecke „Schülerinnen“ gesucht, denen sie Handarbeitsunterricht erteilen wollte. In Wirklichkeit suchte sie die jungen Mädchen aber nur, um sie späteren zahlungsfähigen Angehörigen der Bourgeoisie zuzuführen, die in ihrer Wohnung ein- und ausgingen. Das Weib entzog unter anderem die Tochter eines Amtsdieners

dieser Wochen lang der eckerischen Welt, wobei sie Briefe und Telegramme fälschte und sich somit der Urkundenfälschung schuldig machte. Mit ihren „Schülerinnen“, unter denen sich auch ihre Nichte befand, unternahm sie nächtliche Promenaden; ja, selbst die Kasernen wurden aufgesucht, und die Mädchen nahmen teil an den Champagnergelagen der grünen Lebewelt. Ihre Nichte schrieb auf Veranlassung der Supplicin Brieflein an die Herren. Schließlich wurde ihr das saubere Handwerk gelobt. Sie mußte vor dem Strafschreiber erscheinen. Ein dreißig Zungen mußten aufmarschieren, und unter ihnen befanden sich Richter, Offiziere, Affektoren und Kaufleute. In der Verhandlung, die natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, gab die Angeklagte an, daß sie unschuldig sei, und daß die Zeugen die Unwahrheit sagten. Sie erklärte, daß sie sehr fromm sei, und daß sie ihr Treiben im Auftrag der Weislichkeit ausgeübt habe — um die Unfruchtbarkeit der Ander Herrenwelt aufzuheben. Sie habe also gewissermaßen als — Missionarin gehandelt.

Die Strafkammer hatte jedoch kein Verständnis für diese Art von Missionstätigkeit. Sie verurteilte die Angeklagte zu einem Jahr und vier Monaten Gefängnis wegen Kuppelei und Urkundenfälschung unter Jubilation mildernder Umstände. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis beantragt.

Die Supplicin ist wohl bestrast, doch die Herren, die sich die Opfer zuführen ließen, gehen straffrei aus. So will es die bürgerliche Moral!

„Dr. Alexander“.

Die Angelegenheit des falschen Bürgermeisters Thormann. Dr. Alexander wird sich vermutlich noch längere Zeit hinziehen, ehe es zur Verhandlung kommt. Infolge der noch in der Schwere befindlichen Ablehnung sämtlicher hiesiger Richter kann die Voruntersuchung materiell nicht geführt werden. Der Magistrat zu Köln hat jetzt gegen seinen ehemaligen zweiten Bürgermeister einen Zahlungsbeehl in Höhe von 800 Mark beantragt, mit der Behauptung, Thormann habe diesen Betrag in amtlicher Eigenschaft einem Architekten Johansen behufs Zahlung bei der Stadtkasse angewiesen, aber selbst behalten, indem er fälschlich eine Quittung anfertigte. Das Amtsgericht Köln hat den Zahlungsbeehl erlassen. Thormann hat durch Rechtsanwalt Bahn, der mit Rechtsanwalt Benjamin die Verteidigung führt, Widerspruch erhoben und befreit entschieden, den Betrag behalten zu haben. Es soll sich um die Bezahlung eines Projektes für das Kölner Jugendheim handeln, welches im Jubiläumsjahr 1918 fertiggestellt werden sollte. Inzwischen hat die Ehefrau Thormann die Anfechtungsklage gegenüber der Ehefrau Johansen angestrengt und die Zivilkammer des Landgerichts Köln hat jetzt einen Beschluß erlassen, daß dem Thormann die Verfügung über das Vermögen der Ehefrau untersagt und ihm die Nutznießung entzogen.

Aus aller Welt.

Brand eines Dampfers auf hoher See.

Während einer Reise von Antwerpen nach New York ist am Sonntag an Bord des englischen Transportdampfers „Columbian“ Feuer ausgebrochen, das trotz der verzweifelten Versuche der Mannschaften, es zu erlöchen, immer weiter um sich fraß. Während des Feuers wurden durch mehrere Explosionen die funktentelegraphischen Apparate des Schiffes zerstört, so daß schließlich die Mannschaft den Dampfer in den noch unbeschädigten Booten verlassen mußte. Der Cunard-Dampfer „Franconia“ traf auf seiner Reise auf eines der Boote mit 18 Ueberlebenden und nahm sie an Bord. Bald darauf wurde durch den Dampfer „Manhattan“ ein zweites Boot des brennenden Dampfers gesichtet. Die Insassen, der Kapitän und 13 Mann der Besatzung, wurden gerettet. Jetzt wird nach einem dritten Boot gesucht, das mit dem ersten und zweiten Offizier und 17 Mann des „Columbian“ noch auf dem Meere umhertreibt. Die Insassen der beiden übergenommenen Boote waren völlig erschöpft; 40 Stunden hatten sie nach Verlassen des brennenden Schiffes auf offenem Meere zubringen müssen.

Ein Offizier als Brudermörder.

Aus Leoben in Steiermark wird gemeldet: Der dem hiesigen Landwehrregiment zugeteilte Regimentsarzt Dr. Felix von Wenz wurde am Mittwoch, bald nach Mitternacht, von seinem Bruder, dem Artillerieoberleutnant Friedrich von Wenz, durch mehrere Schüsse aus einem Armeerevolver lebensgefährlich verletzt. Dr. von Wenz schoß sich nach dem Attentat aus seinem eigenen Revolver, wahrscheinlich in vollem Bewußtsein seiner tödlichen Verletzung, noch eine Kugel ins Herz und starb nach wenigen Minuten. Oberleutnant von Wenz stellte sich sofort der Polizei, verteidigte jedoch Angaben über die Ursache der Tat.

Schwerer Eisenbahnunfall in Währen.

In der Nacht zum Mittwoch sind auf der Station Sokolniz durch einen dreifachen Zugzusammenstoß zahlreiche Personen mehr oder minder schwer verletzt worden. Ein in die Station Sokolniz einfahrender Güterzug streifte einen auf einem Nachbargleise mit der Lokomotive bis über die Verklebung stehenden Güterzug von der Seite so, daß die zwei ersten Waggons dieses Zuges gegen das erste Gleis umgeworfen wurden. Im selben Augenblick fuhr auf diesem Gleis ein aus der Gegenrichtung von Prezan kommender Personenzug ein und stieß auf die umgestürzten Wagen. Die Lokomotive, der Dienstwagen und die zwei nachfolgenden Personenzüge entgleisten und wurden beschädigt. Hierbei wurden zwei Reisende schwer und vierzehn leicht verletzt.

Unter den Verletzten befindet sich auch ein Deutscher, der auf einer Geschäftsreise befindliche Chefingenieur der Firma Baum in Dorne in Westfalen.

Sinter Irenhandmanern.

Ein furchtbarer Mordfall, begangen an einem Geisteskranken, wird aus Paris gemeldet. Vor drei Tagen wurde ein 21jähriger junger Mann namens Guelleite wegen eines kleinen Vergehens verhaftet und zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die Irrenanstalt des Untersuchungsgefängnisses gebracht. Er erlitt plötzlich einen Tobsuchtsanfall, stürzte sich auf einen der Wärter und biß ihn ins Ohr. Darauf warf sich der Wärter mit einer Anzahl seiner Kollegen über den Tobsüchtigen her und mißhandelte ihn so schwer, daß er Dienstag an den Folgen der erlittenen Verletzungen starb. Eine strenge Untersuchung über die Angelegenheit ist eingeleitet worden.

Ein netter Ordnungshüter.

Im Stadtwald zu Dortmund wurde von einem Förster ein Mann angehalten, der eine Menge Kupferdraht in einem Koffer bei sich hatte. Schließlich stellte sich heraus, daß der Dieb, der einen solchen Namen angegeben hatte, schon seit längerer Zeit die Telefondrähte in der ganzen Umgebung durchschnitten und gestohlen hat. Er amtierte bis vor kurzem im benachbarten Dorfe — als Schuymann.

Meine Notizen.

Fliegerabteilung in Marokko. Die aus Rabat gemeldet wird, ist der französische Fliegerleutnant Sainte Lague auf einem Erkundungsflug mit seinem Flugzeuge abgestürzt und war sofort tot. Ein ihn begleitender Pionier erlitt leichte Verletzungen.

Russische Wirtschaft. In Achabai beginnt heute, Donnerstag ein militärischer Sensationsprozess. Angeklagt sind ein russischer General, zwei Offiziere, zwei Beamte und ein Mann wegen Verlaufs der in dem Arsenal lagernden Munition und Waffen an Perser.

Die Arbeiter verächtet. In einer Kergelgrube bei Priesterath im Rheinlande wurden vier Arbeiter verächtet. Während es dreien gelang, sich zu retten, konnte man den vierten, den Aechst Caspar Schide, nur als Leiche bergen.

Familientragödie. Eine von ihrem Manne getrennt lebende Frau in Düsseldorf traf am Mittwoch auf der Verkeulstraße mit ihrem Mann zusammen. Ohne ein Wort zu sagen, stieß der Mann der Frau ein Brotmesser mehrere Male in die Brust. Verletzte sie jedoch nur leicht. Hierauf schnitt sich der Mann die Kehle durch. Er wurde sterbend ins Krankenhaus gebracht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Besprechung findet in den Räumen 69, von vier Treppen - Fahrstuhl - nachmittags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Fragebogen und eine Liste als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abkürzungskennung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Besprechung vor.

R. A. 2. 1. 276 R. jährlich. 2. Ja. 3. Bei dem Versicherungsamt. 4. 4 bis 6 R. - C. A. 3. 1. u. 2. Inveres Erachtens nein. 3. Der

Allgemeine Orts-Krankenkasse Berlin-Weißensee. Einladung zur Sitzung des Ausschusses am Montag, den 18. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in den Borussia-Sälen, hier, Berliner Allee 211.

Tagesordnung: 1. Wahl eines Stellvertreters des Vorsitzenden des Ausschusses. 2. Bericht der Jahresrechnungsprüfer und Annahme der Jahresrechnung. 3. Jahresbericht des Vorstandes. 4. Beschlussfassung über einen Antrag zum Arzthonorar. 5. Beschlussfassung über den Gesamtsatz pro 1914. 6. Verschiedenes. Etwaige Beschwerden müssen schriftlich erfolgen und können in der Sitzung nur beantwortet werden, wenn dieselben mindestens 3 Tage vorher erhoben worden sind. Zum Eintritt sind nur die mit Einladung versehenen Ausschussmitglieder berechtigt. 274/1 Berlin-Weißensee, 4. Mai 1914. Der Vorstand. K. Fuhrmann, Vorsitzender. Abhefterpumpen 6,50, Sauger 2,50, Rohr, Hülzpumpen, Gartenströmer, Gebrauchte Gummischläuche, Reiter 0,50, Schroeder, Hochstr. 43.

Pfefferminz-Lysoform advertisement featuring an image of a bottle and text describing its effectiveness as a mouthwash.

Pfefferminz-Lysoform advertisement text detailing its scientific basis and availability in pharmacies.

Kaol advertisement for car cleaning, highlighting its effectiveness on metal and its safety for use on automobiles.

Teppich-Lefevre advertisement for Persian carpets, mentioning a large sale and the store's location in Berlin.

Theater und Vergnügungen

Metropol-Theater advertisement for 'Die Reise um die Erde in 40 Tagen' and other theatrical works.

Schiller-Theater O. advertisement for 'Das große Licht' and other plays, including the 'Heiligenwald' production.

Theater des Westens advertisement for 'Polenblut' and 'Die Förster-Christl', along with other local theater listings.

URANIA advertisement for 'Imperator' and 'Reichshallen-Theater' featuring Stettiner Sängers.

ZOOLOGISCHER GARTEN advertisement for 'Militär-Konzert' and 'Aquarium'.

Metropol-Theater advertisement for 'Die Reise um die Erde in 40 Tagen' and 'Folies Caprice'.

Sollen die Berliner Elektrizitätswerke verstadlicht werden?

Die Frage, ob die Versorgung der Stadt mit elektrischer Kraft und mit elektrischem Licht Monopol einer privaten Erwerbsgesellschaft sein soll, oder ob die Gemeinde die Pflicht hat, diese Aufgabe zu erfüllen, ist bereits nach verschiedenen Richtungen im „Vorwärts“ behandelt worden; insbesondere haben wir uns in Nr. 121 und 122 mit einigen Einwänden des Herrn Dr. von Tschäpke im „Berliner Tageblatt“ beschäftigt. Die Frage ist aber — weit über den lokalen Rahmen hinaus — so wichtig, daß eine weitere Erörterung erwünscht ist. Heute möchten wir, bescheiden wie wir nun einmal sind, statt unserer Fachleute sprechen lassen, denen auch das „Berliner Tageblatt“ gewisse Sach- und Fachkenntnis wird zuerkennen müssen. Zu diesem Zweck und zum besseren Verständnis müssen wir die Gedankengänge des „Tageblatt“-Artikels noch einmal kurz recapitulieren.

Nachdem in dem betreffenden Artikel zunächst „die Schwierigkeit des Problems in der Vermeidung rein kommunalpolitischer mit rein technischen Fragen greifen“ wird (als ob das nicht auch bei zahlreichen anderen städtischen Anlagen und Betrieben in ähnlicher oder gleicher Weise der Fall wäre!) wird des Weiteren ausgeführt, daß der Schwerpunkt jedes elektrischen Werkes in der Krafterzeugung liege. „Die Krafterzeugung ist die große Verdienstsquelle.“ Um diese Verdienstsquelle möglichst reichlich fließen zu lassen, sei eine umfassende Akquisitionstätigkeit vonnöten. „Eine solche Akquisitionstätigkeit kann aber nur eine private Gesellschaft entfalten.“ Diese Akquisition und die Tarifpolitik, das seien überhaupt „die beiden Punkte von ausschlaggebender Bedeutung, und in diesen zwei Punkten ist der städtische Betrieb dem privaten nicht gewachsen.“ Eine gemischt-wirtschaftliche Unternehmung dagegen könne sowohl in der Akquisition, wie in der Anpassung der Tarife an die Wünsche und Bedürfnisse der einzelnen Interessenten gut arbeiten, und das „Berliner Tageblatt“ könne denn auch mitteilen, „daß maßgebende Kreise in der Stadtverwaltung wie auch in der Verwaltung der V. E. W. dem Gedanken der Errichtung einer solchen gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung nähergetreten sind“.

Die Behauptung, die Stadt könne allein schon aus dem Grunde die Werke nicht übernehmen, weil sie keine genügende „Akquisitionstätigkeit“ entfalten könne, ist allerdings geistiges Eigentum des Herrn Dr. von Tschäpke. Mindestens hat eine solche Behauptung u. A. bisher weder in Berlin, noch in Groß-Berlin, noch irgendwo anders eine Rolle gespielt. Sie ist von uns bereits gewürdigt worden.

Auf den Kapitulat: „die Krafterzeugung sei die große Verdienstsquelle“, lassen wir Herrn Kommerzienrat Kamroth, Mitglied des Vorstandes der V. E. G. und V. E. W., antworten. Am gleichen Tage, an dem die Auslosung des Herrn Dr. von Tschäpke erschien, wurde in der „Vossischen Zeitung“ und im „Berliner Tageblatt“ der Bericht über die Generalversammlung der Elektrizitäts-Versorgungs-Gesellschaft in Berlin veröffentlicht. Dieses bedeutende und verzweigte Unternehmen ist bekanntlich eine Tochtergesellschaft der V. E. G. und hängt wirtschaftlich und verwaltungsmäßig von ihr ab. Seine Aktien sind zum größten Teil im Besitz der V. E. W., gewissermaßen als Vorbereitung für den Fortbestand dieser Werke bei eventuellem Wegfall des Berliner Betriebs. In diesem Bericht heißt es nun unter anderem:

„Auf eine Bemerkung eines Aktionärs, daß die Steigerung der Gewinne nicht im Verhältnis zur Steigerung der Stromlieferung zu stehen scheint, erklärte Herr Direktor Kamroth, daß der Zuwachs an Strom im wesentlichen ein Zuwachs an Kraftstrom sei; der würde zwar mit gutem Nutzen verkauft, aber trotz doch nicht so zur Steigerung des Gewinnes bei wie der Lichtstrom. Die Einnahmen aus Stromlieferung seien im übrigen in einem Posten summarisch ausgewiesen worden, um nicht den kommunalen Einblick in diese Verhältnisse zu gewähren.“

Die Auskunft ist an sich wie mit Bezug auf den Schlusssatz besonders interessant und wertvoll.

Bezüglich aller anderen Gegenstände wollen wir den bekannten Sachverständigen und Gutachter Emil Schiff sprechen lassen, der in seiner von uns bereits erwähnten Schrift: „Sollen die Berliner Elektrizitätswerke verstadlicht werden?“ ein in seiner Fülle geradezu erdrückendes und daher vom „Berliner Tageblatt“ und der Mehrzahl aller Berliner Zeitungen trotz geschwiegenes Beweismaterial für die städtische Regie beibringt. Wir müssen uns dabei wegen Mangel an Raum die größten Beschränkungen auferlegen und führen daher unter Bezugnahme auf unsere geistigen Darlegungen nur kurz an, daß auch Schiff sich gegen die Ueberschätzung wendet, die in Lateinzeilen bezüglich der Errichtung einer Fernkraftzentrale im Braunkohlenrevier herrscht. Seine Auffassung stimmt überein mit der aller anderen Sachverständigen, und noch neuerdings hat einer unserer ersten Techniker errechnet, daß unter den denkbar günstigsten Umständen eine Verbilligung von 0,7 Pf. pro Kilowattstunde das Maximum der Ersparnis durch eine Zentrale im Braunkohlenrevier darstellt. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß, sofern es sich als notwendig erweist, die Stadt eine solche Zentrale nicht zu errichten hat und errichten kann.

Eine Ersparnis an Betriebskosten von 0,7 Pf. pro Kilowattstunde wäre nun keineswegs ausreichend, um die bisherige Tarifpolitik der V. E. W., die allgemein verurteilt und auch von Schiff als „unvertretbar und unsozial“ bezeichnet wird, zu einer guten und sozialen zu machen. Wir stimmen mit dem „Berliner Tageblatt“ darin vollkommen überein, daß, soll die ganze Entwicklung Berlins nicht schwer leiden, die Tarifpolitik der V. E. W. von Grund auf geändert werden muß. Gerade darum fordern wir die Verstadlichtung, denn nur dann wird die Stadt wirklich Herrin auch in dieser Frage sein. Eine Berliner Gemeindeverwaltung wird sich aber den wirtschaftlichen Bedürfnissen und gerechten Ansprüchen ihrer Bevölkerung nicht in gleicher Weise entziehen können, wie es einem Konzeßionär oft möglich ist, und wie es die Pflicht der Verwaltung einer Erwerbsgesellschaft gegenüber deren Aktionären erheischen kann. Es liegt doch auch klar auf der Hand, daß die Stadt in der Herabsetzung und Anpassung der Tarife an die Wünsche und Bedürfnisse der Industrie viel weiter gehen kann, wenn sie allein die Ueberschüsse aus den Werken bezieht, als wenn sie vertraglich den Gewinn mit einem anderen Kontrahenten zu teilen hat!

Auch gegen die gemischt-wirtschaftliche Unternehmung spricht sich Schiff mit Entschiedenheit aus. Diese neue Unternehmungsform ist die Zuspätschiebung aller derer, nachdem das Ganze nicht mehr zu haben ist, im Interesse der V. E. G. und der Aktionäre wenigstens einen Teil noch retten wollen. Aus diesem Grunde glauben wir dem „Berliner Tageblatt“ auch gern,

daß „maßgebende Kreise in der Verwaltung der V. E. W. dem Gedanken der Errichtung eines solchen Unternehmens bereits nähergetreten sind“. Dagegen sagt Schiff:

„Die Anschauung, daß die geistliche Beteiligung öffentlicher Körperschaften und selbst die Stimmenmehrheit in der Generalversammlung ein genügendes Gegengewicht gegen das Erwerb- und Machtstreben des eigentlichen Unternehmers bilde, wird der Wirklichkeit gegenüber nicht standhalten. Mächtige und erfahrene Unternehmer, die hier in Frage kommen, werden es als tatsächliche, wenn auch nicht formale Leiter der behandelten Unternehmungen stets verstehen, deren Geschäftspolitik nach dem eigenen Willen einzurichten.“ ... Nach allen diesen Umständen wird auch bei den gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen im allgemeinen das Interesse der Allgemeinheit nur so weit Befriedigung finden, wie es mit dem zweifellosen Interesse des Unternehmers übereinstimmt.“

Mit fast den gleichen Worten wie vor einiger Zeit der sozialdemokratische Fraktionsredner wendet sich jener Schiff gegen diejenigen, die der Stadtgemeinde zwar energisch die Fähigkeit beistehen, die Werke mit Erfolg selbst zu führen, aber sich zu frauen, mit mächtigen und gerissenen Unternehmergruppen langfristige Verträge abzuschließen.

Diese wie zahlreiche andere Notwendigkeiten sind freilich in den meisten Konzeßionsverträgen nur sehr mangelhaft berücksichtigt, wie es überhaupt nach vielfacher Erfahrung für öffentliche Körperschaften weit schwieriger ist, einen sachlich und formal-rechtlich guten Konzeßionsvertrag abzuschließen, als ein Elektrizitätswerk oder Gaswerk technisch und kaufmännisch mit gutem Erfolg zu betreiben.“

Bekanntlich sollte auch die preussische Staatsregierung zuerst leabsichtigt, die elektrische Energie für die Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen auf Grund eines 10jährigen Stromlieferungsvertrages von Privatunternehmern zu beziehen. Dagegen erhob sich im Abgeordnetenhaus Widerstand, und nunmehr teilt die Regierung mit, sie sei jetzt nach genauerer Prüfung zu der Ansicht gekommen, daß die Anlage staatlicher Kraftwerke sogar mit Ersparnissen an den Kosten der Stromgewinnung verbunden sein würde. Mehr als 700 Städte, darunter die größten Städte Deutschlands, betreiben bereits eigene Elektrizitätswerke, und zwar mit dem denkbar besten Erfolge. Das alles aber besagt für gewisse Leute nichts. Berlin kann und darf zwar alle solche Unternehmungen in eigener Regie führen, seien sie auch noch so schwierig, bei denen wenig oder gar kein Gewinn herauszubekommen ist, aber bei den Elektrizitätswerken muß wenigstens ein Teil der Gewinne der V. E. G. und den Aktionären vorbehalten bleiben!

Des Weiteren ist für Schiff die Ausbeutung der V. E. W. durch die V. E. G. ein schwerwiegender Grund, die städtische Regie zu verlangen. Wie wir in unseren früheren Darlegungen, so kommt auch Schiff in seiner Untersuchung dieser verwickelten wechselseitigen Beziehungen zu dem Ergebnis, daß nur die reine städtische Regie die V. E. W. von dem Schwergewicht der V. E. G. befreien könne.

Die V. E. W. sind nach ihrem ganzen wirtschaftlichen Aufbau nicht ein übliches privatwirtschaftliches Erwerbunternehmen, auch nicht ein gewöhnliches Konzeßionsunternehmen, sondern sie sind, vom eigenen Erwerbsgewinn abgesehen, jederzeit eine Goldmine der V. E. G. gewesen.“

Eine Vereinfachung dieses Einflusses wäre nur durch Verstadlichtung der Anlagen wie der Betriebsführung zu erreichen; jede Zwischenform müßte, selbst wenn eine vertragliche Bevorzugung möglich, schon auf Grund der geschichtlichen Entwicklung zu einer tatsächlichen Erhaltung der Sonderstellung der V. E. G. zu Lasten des Gewinnes der V. E. W. führen.“

Die Sonderrechte, welche der V. E. G. aus den V. E. W. zufließen, sind nur zu einem kleinen Teil ausgeübt, zum größten Teil aber verüßelt und verschleiert. In sehr sorgfältiger und ausführlicher Untersuchung geht Schiff diesen verschlungenen Wegen nach und kommt bei vorsichtiger Berechnung zu dem Ergebnis, daß diese Sonderrechte im Laufe der Jahre etwa 70 Millionen Mark betragen haben dürften. Im weiteren Verlauf der Untersuchung ergibt sich das Resultat, daß die Stadt bei eigenem Betriebe, natürlich unter Fortfall aller Sonderbelastungen der V. E. W. durch die V. E. G. gegenüber den Leistungen der V. E. W. auf jeglicher Vertragsgrundlage an Mehrgewinn erzielen würde:

im ersten städtischen Betriebsjahre . . .	7,3 Millionen,
im dritten städtischen Betriebsjahre . . .	7,84 Millionen,
im fünften städtischen Betriebsjahre . . .	8,88 Millionen,
und so weiter.	

Auf den Einwand, daß städtische Betriebe unwirtschaftlicher arbeiten als private und daß deshalb ein Rückgang im Vergleich mit dem Wirtschaftserfolg der V. E. W. zu befürchten sei“, antwortet Schiff:

„Eine solche Anschauungsweise ist so sehr zum Glaubenssatz geworden, daß sie unbedenklich um alle tatsächlichen Widerlegungen und ohne Untercheidung, ob es sich um Betriebe handelt, die sich für die behördliche Verwaltung eignen oder nicht eignen, immer wieder gedankenlos nachgehakt oder aus eigenmächtigen Beweggründen ins Feld geführt werden kann. Kein im geringsten Sachkundiger kann aber übersehen, daß reine Betriebsunternehmen mit mehr oder minder monopolistischer Grundlage in bezug auf die Verwaltungsfrage ganz anders zu beurteilen sind als gewöhnliche Fabrikationsunternehmen oder Handelsbetriebe. Die Frage wird durch nichts schlagender beleuchtet als durch die Tatsache, daß fast alle Großstädte den Eigenbetrieb vorziehen.“

Im Verfolg dieser Ausführungen veröffentlicht Schiff eine Tabelle, in der die Erfolge der privaten und städtischen Wirtschaft bei den anfangs privat betriebenen, später verstadlichteten Werken größerer Städte verglichen werden. Zum Vergleich werden herangezogen die Städte Aachen, Charlottenburg, Chemnitz, Leipzig, Magdeburg, Plauen, Stuttgart, Wiesbaden, Würzburg. Dieser Vergleich zeigt fast ausnahmslos eine Steigerung des verhältnismäßigen (nicht nur des tatsächlichen) Rohüberschusses nach der Verstadlichtung. Aus Mangel an Raum können wir diese Tabelle nicht veröffentlichen und müssen überhaupt auf den Abdruck des interessanten Tabellenmaterials verzichten, aus dem klar hervorgeht, wie außerordentlich überlegen zahlreiche bedeutende städtische Werke in bezug auf die Anlagelosten, allgemeinen Kosten, Verwaltungslosten und Rohüberschüsse den V. E. W. gewesen sind. Wir verweisen bezüglich dieses Tabellenmaterials auf das Werk selbst.

Eine letzte Verbreitung des Buches wäre um so mehr zu wünschen, als der Magistrat von Berlin sich noch immer nicht be-

anlaßt gesehen hat, aus seiner Reserve herauszutreten. Es verlaute, daß der Magistrat mit dem Gegenkontrahenten vereinbart habe, bis zum Abschluß aller Verhandlungen Gang und Ergebnis derselben geheim zu halten. Ist der Magistrat eine solche Verpflichtung wirklich eingegangen, so hat er damit recht unglücklich und unüberlegt gehandelt. Die Leidtragenden sind neben der breiten Öffentlichkeit vor allem diejenigen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, die es ablehnen, auf Schlechtwegen ihnen offiziell vorenthaltene Informationen zu ergattern. Sind die V. E. W. bisher noch direkt nicht hervorgetreten, so findet im Geheimen doch eine Verarbeitung aller unentchiedenen Elemente statt, die von Woche zu Woche intensiver wird, und der die Gegner der V. E. W. vollkommen machtlos gegenüberstehen. Sollten dem Magistrat solche Folgen seines Versprechens auf Geheimhaltung ganz entgangen sein?

Es kommt hinzu, daß mit jeder Woche, die der Magistrat ungenügend verstreichen läßt, die Herren Rathenau und ihre einflussreichen Freunde im Magistrat und in der Versammlung an Terrain gewinnen. Sollen die Werke übernommen werden, so muß die Stadt natürlich zahlreiche Vorbereitungen von langer Hand treffen, während die V. E. W. nur weiter zu führen brauchen. Schon werden vereinzelt Stimmen laut, daß, abgesehen von allem anderen, die Zeit für die Vorbereitungen behufs Uebernahme zu knapp sei! Wir fragen auch hier, hat der Magistrat solche Wirkung seiner Zauderpolitik wirklich gar nicht bedacht?

Wie die Entscheidung auch schließlich ausfallen möge, offenes und ehrliches Spiel ist doch das mindeste, was man dem Magistrat verlangen muß. Im Interesse einer sachgemäßen, nicht überhasteten Beratung fordern wir daher vom Magistrat schleunigste Einbringung einer mit allem Material versehenen Vorlage, die der Berliner Bürgerschaft endlich die lang erwartete Antwort gibt auf die Frage: Sollen die Berliner Elektrizitätswerke verstadlicht werden?

Parteiangelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Hierdurch machen wir bekannt, daß die Kreis-Generalversammlung am Dienstag, den 26. Mai, abends 8 Uhr, in den Konzerts- und Festsaal, Köpenicker Str. 29, stattfindet; sie setzt sich zusammen aus Delegierten, die im Jahrlaubend zu wählen sind. Anträge, die zur Kreis-Generalversammlung gestellt werden, müssen dem Vorstand zwei Wochen vor Stattfinden derselben gestellt werden.

Die Jugendversammlung für den Stadteil Südost fällt umständehalber am Donnerstag aus. Der Vorstand.

Zehnter Wahlkreis.

Die jugendlichen Mitglieder des Wedding und der Traniensburger Vorstadt versammeln am Sonntag, den 10. Mai, eine Wanderung nach Rahnsdorf-Bollersdorf-Kramersberge-Berlitz und Erlen.

Zeitpunkt 5 1/2 Uhr Bahndorf Wedding, Reinisdorfer Straße. Fahrgehalt 90 Pfennig. Zahlreiche Beteiligung erwarten. Die Veranstalter.

Marienthal. Freitag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Gerold, Chausseestr. 283: Öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: Die bevorstehende Gemeindevwahl. Diskussion. Aufstellung der Kandidaten.

Für die arbeitende Jugend

von Roabit, Wedding und Gesundbrunnen findet morgen Freitag, abends 8 Uhr, in den Pharusälen, Müllerstr. 142, eine große unpolitische Jugendversammlung statt.

Tagesordnung:

„Der Kampf um die Jugend.“

Referent Herr Dr. Dreifisch.

Die arbeitende Jugend wird zu zahlreichem Besuch dieser Versammlung eingeladen.

Aktion, westliche Vororte. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in den „Prachtälen des Westens“ (Großer Saal, Epidem. Str. 3, eine große öffentliche unpolitische Jugendversammlung statt, und zwar für die Vororte Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf. Tagesordnung: „Jugend heraus!“ Referenten: Reichstagsabgeordneter Dr. Erdmann und Frau Sally Hepler. 2 freie Reden, zu der auch die Gegner eingeladen sind. Jugentliche Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie Männer und Frauen werden ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Durch Neukölln.

Eine große Entwicklung hat unsere Nachbargemeinde Neukölln im Laufe der Jahre erfahren. Die Bevölkerungszahl ist rapide gewachsen und die städtische Verwaltung wurde vor immer neue Aufgaben gestellt, um den an sie heran tretenden Bedürfnissen gerecht zu werden. Das ist nicht immer leicht, wenn die reichen Steuerzahler in der Gemeinde ausbleiben. Und das trifft für das ehemalige Niddorf zu. Die finanziellen Verhältnisse Neuköllns sind, wie die der meisten Vorortgemeinden, ungünstig. Dank des Umstandes, daß die Kommunalverwaltung in Neukölln so vernünftig war, beigeiten Gas- und Elektrizitätserzeugung in städtische Regie zu nehmen, ist die Finanzlage von Neukölln günstiger als sie sonst wäre. Denn diese Zweige der Verwaltung bilden das finanzielle Rückgrat dieser Gemeinde.

Trotzdem konnte Neukölln nur mit großen Schwierigkeiten den Bedürfnissen nachkommen. Insbesondere sind die Verhältnisse in den Volksschulen durchaus unzulängliche und die Frequenzziffer ist eine exorbitant hohe. Armen- und Waisenspflege liegen auch im argen. Auch nach verschiedenen anderen Richtungen hin gibt es in Neukölln noch sehr viel zu tun.

Um weiteren Kreisen zu zeigen, daß Neukölln doch trotzdem vorwärts gegangen ist, hatte der Magistrat zu Dienstag Vertreter der Presse Groß-Berlins eingeladen zu einer Veranstaltung kommunaler Einrichtungen. Im Auto ging es durch Neukölln. Auf unserer Fahrt sahen wir manches, was unserer Vorortgemeinde nicht zur Unehre gereicht. Die Gemeindegemeinden, Realschulen und andere städtische Gebäude zeugen von einem guten Geschmack des Baukünstlers, des leider so früh verstorbenen Baurats Riehl. Mit seinem Gas- und Elektrizitätswerk kann Neukölln sich sehen lassen, alle technischen Errungenschaften sind zum Zuge gemacht. Einen Part, den Körnerpark, anzulegen ist die Gemeinde im Begriff. Um die Anwohner in der Nähe des Tempelhofer Feldes vor der sich hier entwickelnden Staub-

Reichstag.

250. Sitzung, Mittwoch, den 6. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Falkenhahn.

Militär-Etat.

Abg. Rogalla v. Sibirsk (l.):

In seiner langen, aber wenig inhaltsreichen Rede hat der sozialdemokratische Redner behauptet, der General v. Schenk habe in Frankfurt als Redner der sozialdemokratischen Bevölkerung gesprochen. Das ist eine Annahme sondergleichen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten. Präf. Kämpf erklärt diesen Ausdruck für unzulässig.) — Von der raschen und guten Art der Durchführung der Wehrvorlage sind wir in hohem Maße befriedigt. In diesem Zusammenhang muß ich einen besonderen Dank abstatten dem Vertreter des Kriegsministeriums im Pressereferat, das jetzt leider verschwinden soll. In Bezug auf die Soldatenmishandlungen sind wir überzeugt, daß sämtliche Vorgesetzte ihre Kraft daran setzen werden, sie zu beseitigen. Freilich wird das niemals ganz geschehen können, so lange die Soldaten Menschen sind. — Die Politik wünschen auch wir vom Heere ferngehalten. Aber Politizieren im nationalen Sinne darf man nicht verbieten. Gewiß werden vom Wehrverein vielfach übertriebene Forderungen erhoben; aber man darf doch auch nicht vergessen, wach hohen Wert eine solche Vereinnahmung für den nationalen Gedanken hat. — Zum Schluß begründete der Redner eine Resolution, die verlangt, daß in Verbindung mit den amtlichen Vertretungen der Landwirtschaft durchschnittliche Gebührensätze für die Militäremonten festgesetzt werden, damit eine entsprechende Summe in den nächsten Etat eingesezt wird.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.):

Durch die Tatsache, daß die Wehrvorlage so gut und leicht durchgeführt worden ist, zeigt, daß bisher im Rüstungsgeschäft große Mißstände vorhanden waren, und daß die Wehrarten von der Degenerierung der Fabrikbevölkerung unzutreffend sind. — Daß man bei uns zu besonderen katholischen Regimenter kommen könnte, wurde hier namentlich vom Zentrum bestritten. Ich habe aber den Beweis dafür, daß bei der Musterung nach Konfessionen geschieden wird. (Hört! hört! b. d. Sp.) Wie denkt sich der Kriegsminister die Dedung des Mantels an Sanitäts-offizieren? Das wird nur möglich sein durch Hebung ihrer sozialen und gesellschaftlichen Stellung. — Die glatte Durchführung der Wehrvorlage hat man besonders dem deutschen Volke zu danken, das so bereitwillig die schweren Lasten auf sich genommen hat. Das sollten sich namentlich die neuen Herren im Kriegsministerium vor Augen halten. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Der Weltfriede scheint bedroht nicht durch die Völker, Fürsten und Diplomaten, sondern durch gewisse Generale und das Rüstungs-kapital, das sie noch anpackt. Das Schlimme ist, daß diese Generale sich offiziös gebärden können, und das Kriegsministerium, dem diese Agitation auch oft genug unangenehm sein mag, waagt es nicht, dagegen vorzugehen. (Sehr richtig! links.) Manchmal könnte man glauben, der

General Reim leide an Verfolgungswahn.

(Sehr gut! bei der Volkspartei.) Die Behauptung, die militärpolitische Lage sei anders geworden, ist auch ganz unzutreffend. Der Wehrverein behauptet sogar, unsere militärpolitische Lage sei schlechter geworden. Was für ein Wahnsinn! In der Armee dürfen nur die Offiziere schreiben, die im Sinne einer Verklärung der Präsenz schreiben, den anderen ist die Wehrfreiheit in verfassungswidriger Weise beschränkt. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Die Herabsetzung der Anforderungen an die Tauglichkeit hat in Frankreich die Gesundheitsverhältnisse in der Armee sehr verschlechtert. Das sollten sich die Chauvinisten, die eine immer stärkere Einstellung wünschen, sich zur Warnung dienen lassen.

Wir verlangen die Unterlassung der politischen und religiösen Netherwachung der Reserveoffiziersaspiranten. Das Vorgehen der Militärverwaltung im Falle Stöcker ist die größte politische Torheit. (Sehr wahr! links.) Damit treiben Sie die Agitation für die Sozialdemokratie. Wir bitten die Militärverwaltung dringend, in dieser Richtung nicht weiter vorzugehen. Sie erreichen damit nur das Gegenteil von dem, was Sie erreichen wollen. (Sehr richtig! links.) — Was Herr Rogalla v. Sibirsk unter „nationaler“ Politik versteht, ist einseitigste konervative Parteipolitik. Rechtswidrig war, daß trotz der behaupteten Kriegsgefahr alle alten Wehrkämpfer mit einmal aus der Militärverwaltung verschwand. Der neue Kriegsminister war in der günstigsten Lage, einfach zu ernten, was seine Vorgänger gesät hatten. (Sehr richtig! links.) Angefichts der Bewilligung der Wehrvorlage durch diesen Reichstag waren die Angriffe des Grafen von Nord um so ungeheurer. Er hat überall Eingriffe in die Kommandogewalt, zum Teil auch bei Anträgen, bei denen uns die Militärverwaltung entgegengekommen ist. Dies ganze Vorgehen der Feudalisten gegen den Reichstag wäre lächerlich, wenn es nicht so gefährlich wäre. Die Herren treiben es offenbar absichtlich auf einen

großen Verfassungskonflikt in der Zukunft

hin. (Sehr richtig! links.) Wegen die Versuche dieser Leute auf Einschränkung der parlamentarischen Rechte müssen wir auf das schärfste protestieren. (Bravo! links.) In der Verantwortung unserer Resolutionen hat die Militärverwaltung eine an Grobheit grenzende Hartnäckigkeit bewiesen. (Weiterkeit und Sehr richtig! links.) Auf unsere Forderung, dem Luxus in der Armee entgegen zu treten, erwidert man im Jagow-Ton: Es gibt keinen Luxus in der Armee. (Hört! hört!) Dabei waren bei den letzten Wucherprozessen über hundert Offiziere beteiligt. Und wenn will man im Ernst weh machen, daß, wie es in einer Antwort heißt, wegen seiner religiösen Ueberzeugung beim Heer niemand zurückgesetzt wird. Das klingt beinahe wie eine Verhöhnung des Reichstags. (Sehr wahr! links.) Jurist bei den Sozialdemokraten: Das soll es auch sein! Ein milderes Moment für die neuen Herren in der Militärverwaltung ist allein, daß sie offenbar all die Parlamentarisch-verhandlungen über diese Dinge nicht kennen. Ich verweise auch auf die Ausführungen eines aktiven Kavallerieoffiziers mit altadeligen Namen in der doch gewiß militärfreundlichen Rheinisch-Westfälischen Zeitung, wo es heißt: Heute unterscheiden wir ganz deutlich im Offizierskorps erstens die altadeligen Regimenter und dann die Regimenter, die seit 1870 mehr oder weniger rein adelig geworden sind. In dem Moment, wo Regimenter an die Grenze kommen, gehen die adeligen Herren sofort aus diesen Regimenten heraus. (Hört! hört! links.) — Das jetzige Ehrengerichtsverfahren ist der reine Hohn auf ein modernes Rechtsverfahren und bedarf dringend der Reform. (Sehr richtig! links.) Die grausamen Militärmishandlungen sind eher häufiger als seltener geworden. Die Militärverwaltung bietet nicht die nötige Energie auf, um hier wirklich Wandel zu schaffen. Sie sollte sich die bayerische Militärverwaltung in diesem Falle zum Muster nehmen. Der Erlaß des bayerischen Kriegsministers gegen die Soldatenmishandlungen ist ganz vorzüglich. (Sehr richtig! links.) Mit unmaßgeblicher Strenge soll nach ihm gegen Vorgesetzte aller Grade vorgegangen werden, in deren Bereich es zu Soldatenmishandlungen kommt. — Zur Falle Bayern hat der Reichstag nichts getan als das Recht des Staatsbürgers zu schenken. Die neue Militärverwaltung ist ein, wenn auch geringer, unzweifelhafter Fortschritt gegen den bisherigen Zustand. Die Hauptsache ist, daß die alte Kabinettsbörde nun endgültig beseitigt ist. Wichtig ist, daß in Zukunft allein die Zivilverwaltung die Entscheidung darüber hat,

ob die Exekutivkräfte der Lage gewachsen sind oder ob sie militärischer Hilfe benötigen. Im übrigen kann diese ganze Materie nur auf dem Wege der Gesetzgebung geregelt werden. Den Kriegsminister frage ich, ob außerdem noch, wie mir mitgeteilt worden ist,

ein anderer Geheimlaß

befehlt mit Bestimmungen über die Unterdrückung innerer Unruhen. Der Kriegsminister verneint das. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Jurist: Er ist ja geheim!) Ich werde abwarten, ob er noch eine Erklärung dazu abgeben wird. — Die Stellung des preussischen Kriegsministers ist die staatsrechtlich unklarste, die es gibt. Er ist zugleich Reichskriegsminister, aber nur Preußen verantwortlich. Dem Reich verantwortlich ist nur der Reichszentraler; dessen Verantwortlichkeit in militärischen Dingen ist aber nur eine Fiktion. Aus diesem Lohwobobu folgt die ungeheure Macht des Militärskabinetts, die mit der Verfassung absolut nicht in Einklang steht. (Sehr richtig! links.) Unter ganzes Dichten und Trachten muß dahin gehen, die geistige und gesellschaftliche Kluft zwischen Armee und Volk zu beseitigen und die Armee in Einklang zu bringen mit der neuen Kultur. (Bravo! links.)

Abg. Hegensteldt (Rp.):

Auch wir danken dem Kriegsminister für die großartige Leistung der glatten Durchführung der Wehrvorlage. Erfreulich ist, daß die neuen Lasten ohne besondere Schädigung unseres Wirtschaftslebens ertragen werden. Wir haben uns als finanziell starker erwiesen, als das Ausland wohl angenommen hat. — Die Forderungen, die Herr Müller-Reinigen aus den Gesundheitsverhältnissen der französischen Armee gezogen hat, sind nicht ohne weiteres stichhaltig. Ueberhaupt sind solche Vergleiche bedenklich und wegen der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse besser zu unterlassen. Vom Wehrverein könnte Herr Müller-Reinigen noch manches lernen, statt daß er über Dinge spricht, die er nicht gründlich genug kennt. — Die Bedeutung der Wehrvorlage liegt darin, daß sie uns dem Zustand der allgemeinen Wehrpflicht näher gebracht hat. In der Verkümmern der allgemeinen Wehrpflicht liegt ein schweres Unrecht.

Die Ausgaben für die Rüstungen sind keineswegs unproduktiv. Ueberausend ist es, daß das republikanische Frankreich sich durch Verlängerung der Dienstzeit von der Annäherung an das Milizsystem immer mehr abwendet. Wir wollen festhalten an der bewährten Einrichtung des Heeres, an der Kommandogewalt, an der bewährten kaiserlichen Gewalt. (Bravo! rechts.) — Besonders wichtig ist die Jugendfürsorge; ganz energisch und systematisch muß die Jugend zur Vaterlandsliebe und zur Wehrhaftigkeit erzogen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Werner-Hersfeld (deutschböll.):

Die Anerkennung, die Oberst v. Reuter gefunden hat, erklärt sich daraus, daß er als echter deutscher Mann gehandelt hat. Die Abkiesworte des Kronprinzen an sein Regiment, die so vielfach kritisiert worden sind, zeugen von existierender Männlichkeit. — Das Mitglied unserer Armee ist ein gutes Unteroffizierskorps. Deshalb müßte das Kriegsministerium sich die bessere Zivilversorgung der Unteroffiziere angelegen sein lassen. Den Militäranwärtern müßte die Militärdienstzeit überall auf das Befoldungsdiensalter voll angerechnet werden.

Kriegsminister v. Falkenhahn:

Von den verschiedensten Seiten ist mir die Notwendigkeit ans Herz gelegt worden, die leider immer noch im Heere vorkommenden Mißhandlungen einzudämmen. Der Redner der Sozialdemokratie hat gefragt, welche Stellung ich zu der von ihm angeführten Erklärung des Generals v. Einsom, in der dieser seinem Abscheu gegenüber den systematischen Soldatenmishandlungen zum Ausdruck brachte, einnehmen würde. Ich könnte diese Frage als schwere Verleumdung betrachten, da in ihr die Unterstellung liegt, ich könnte mich zu der Sache anders stellen, als der damalige Kriegsminister und jeder Kriegsminister überhaupt. Jeder in der Armee, der an irgendeiner verantwortlichen Stelle steht, hat einen

Abscheu gegen diese Vergehen

(Bravo!) und wir alle, vom Höchsten bis zum Geringsten, sind bemüht, sie einzudämmen. Herr Müller-Reinigen hat in diesem Zusammenhang auf eine Verfügung meines bahrischen Kollegen hingewiesen. Es gibt doch wohl niemanden hier im Hause, der glaubt, daß es bei den preussischen oder sonstigen Generalkommandos an ähnlichen Erlassen fehlt. Der Kampf gegen die systematischen Mißhandlungen wird in der Armee unaufhörlich fortgeführt, erst am Neujahrstage hat Se. Majestät den kommandierenden Generalen vor Augen geführt, wie notwendig es sei, in diesem Kampfe nicht nachzulassen. Wenn noch kein voller Erfolg erzielt ist, so liegt das daran, daß wir hierbei nicht gegen eine spezifisch militärische Eigenschaft, sondern gegen allgemein menschliche Fehler und Schwächen kämpfen. (Sehr richtig! rechts.) Das wird durch die interessante Tatsache beleuchtet, daß in der Armee im Jahre 1912 auf 1000 Fälle eine Mißhandlung und Körperverletzung kam, daß die Zahl der Körperverletzungen allein dagegen in der gesamten männlichen Bevölkerung das Doppelte betrug. (Hört! hört! rechts.) Herr Erzberger meinte, er hätte aus der Presse den Eindruck bekommen, als hätten sich in letzter Zeit die Fälle schwererer Mißhandlungen gehäuft. Ich muß zugeben, daß einige besonders trasse Fälle vorgekommen sind, die jeden empören müssen. Der Eindruck der Häufung beruht aber sicher nicht auf der Zahl der Fälle, sondern auf der Agitation (Wah! bei den Sozialdemokraten) die mit jedem einzelnen Falle getrieben wird. Der „Vorwärts“ hat aus den letzten fünf Vierteljahre 7 Fälle von Mißhandlungen durch Offiziere angeführt. Diese Zahl hat mich schon trübe gestimmt, sie erschöpft auch noch nicht alle Fälle. Aber einen gewissen Trost habe ich darin gefunden, daß in dem ersten Vierteljahr dieses Jahres in 9 Fällen an Offiziere wegen Lebensrettungen Auszeichnungen verliehen wurden. Diese Fälle habe ich im „Vorwärts“ nicht gefunden (Jurist bei den Sozialdemokraten: Doch!), obwohl sie in der Lokalpresse ebenso gut veröffentlicht worden sind, wie die der Offiziere, die sich leider vergewissen haben, ihre Untergebenen vorschriftswidrig zu behandeln. Das zeigt doch, daß es denjenigen, die solche Veröffentlichungen betreiben, auf nichts anderes ankommt,

als auf die Verheugung.

(Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Würden Sie auch diese Taten veröffentlichen, so würden Ihre Leser ja dahinter kommen, daß im Heer und im Volk in gleicher Weise Licht und Schatten besteht. (Jurist bei den Sozialdemokraten: Wir werden Ihre Rede bringen!) Ich würde Ihnen dankbar sein. Aber Sie tun es nicht (Jurist bei den Sozialdemokraten: Doch!), weil Sie Ihren Lesern nicht zeigen wollen, daß, wie im Volk, so auch im Heer, Licht und Schatten besteht. Daß wir bestrebt sind, den Schatten im Heere in Licht zu verwandeln, daß wir in dem Bestreben, die systematischen Mißhandlungen einzudämmen, nicht nachzulassen werden, das bitte ich mir zu glauben. (Bravo! rechts.) Ich spreche von systematischen Mißhandlungen, denn zwischen einer solchen und einem gelegentlichen Knuff oder Stoß besteht doch ein ungeheurer Unterschied. (Sehr richtig! rechts.) Dann würden die neuen Vorschriften über den Waffengebrauch im Heere beseitigt. Die bisherige Vorschrift gründete sich auf eine Kabinettsbörde, die fast ein Jahrhundert in Kraft gewesen ist, ohne daß ein einziges Beispiel mißbräuchlicher Anwendung vorgekommen ist. Diese Feststellung sollte schon genügen, um die gegen sie erhobenen Bedenken als Ueberzeugung zu kennzeichnen. Daß Sie im Geiste staatlicher Gesetzgebung und Ordnung

gehandhabt worden ist, ist neben den militärischen Befehlshabern auch den Zivilbehörden und der Bevölkerung zu danken, an denen Ordnungssinn und Staatsgefühl alle antinationalen und antimilitaristischen Wählerereien noch für lange Zeit nichts ändern werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Man kann daher im Zweifel sein, ob ein wichtiger Grund zur Aenderung der Dienststruktur bestand. Aber heute genügt der Welt nicht mehr, daß eine Bestimmung sich bewährt, sie soll auch allen theoretisch konstruierten Fällen angemessen sein. Dieser Forderung genügt die Vorschrift nicht, sie enthielt einige selbstverständliche Befugnisse des Militärs überhaupt nicht, wahrscheinlich deshalb nicht, weil man sich in der guten alten Zeit scheute, solche Selbstverständlichkeiten drucken zu lassen. (Weiterkeit rechts.) Ausgab sie die Befugnis zum Eingreifen des Militärs in eiger Form, die allerdings zu unerwünschten Auslegungen führen konnte. Deshalb hat der Kaiser in Anwendung seines ausschließlichen Rechtes, Dienstvorschriften zu erlassen, eine neue Bearbeitung der Bestimmungen angeordnet, deren Ergebnis jetzt vorliegt. Sie gilt für Preußen sowie für die unter preussischem Kommando stehenden Kontingente und für alle in den Reichslanden stehenden Truppen. Sachen gedenkt die neuen Vorschriften, so viel mir bekannt ist, zu übernehmen. Wie Bayern und Württemberg sich dazu stellen werden, ist mir noch nicht bekannt. Ein Eingreifen des Militärs darf nur infolge eines Ereignisses der Zivilbehörde erfolgen oder wenn bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Zivilbehörde infolge äußerer Umstände außerstande ist, die Aufforderung ergehen zu lassen. Dabei ist natürlich Voraussetzung, daß nicht etwa Belagerungszustand oder Krieg besteht. Dies bedeutet eine völlig klare Abgrenzung der Befugnisse der Militär- und Zivilgewalt. Es liegt hier nicht die Absicht zugrunde, die

Wirkung des Militärs bei Unterdrückung von inneren Unruhen

auch da auszuschließen, wo sie leider, um Schlimmeres zu verhüten, nötig werden sollte. Wohl aber war die Absicht maßgebend, das Recht und die Pflicht der Zivilbehörden selbständig und unabhängig für Ordnung zu sorgen, so lange sie überhaupt verfügungsfähig sind, nicht zu beeinträchtigen. Im übrigen ist es ausschließlich Sache der einzelnen Militärbefehlshaber, im gegebenen Falle zu beurteilen, ob die Bedingungen, die die Vorschrift, sich streng an die Befehle binden, aufgestellt hat, vorliegen oder nicht. Sie werden ihre Entscheidung vor dem König und vor dem Gesetz zu verantworten haben, niemand kann ihnen dabei helfen, als ihr eigenes Gewissen und ihr Pflichtgefühl. Ich zweifle aber keinen Augenblick, daß jeder deutsche Militärbefehlshaber, getragen von dem Bewußtsein, daß die ihm anvertraute Macht die ultima ratio des Heeres und zugleich des Vaterlandes ist, sich auf Grund der neuen Vorschriften zu benehmen wissen wird, wie es zum Heile der Ordnung und des inneren Friedens nötig sein wird. (Bravo! rechts.)

Mit dem Wehrverein steht die Heeresverwaltung in keinerlei Beziehung. Sie lehnt es entschieden ab, irgendetwas für ihn verantwortlich gemacht zu werden oder dazu gebraucht zu werden, einen Einfluß auf ihn auszuüben. Wahrscheinlich würde übrigens ein solcher Versuch kläglich ablaufen, denn so weit ich unterrichtet bin, sind die Herren vom Wehrverein auf ihre Unabhängigkeit ganz außerordentlich stolz. (Weiterkeit.) Das allgemeine Ziel des Wehrvereins, Hebung der Wehrkraft des Reiches, deckt sich allerdings mit den vornehmsten Aufgaben der Heeresverwaltung. Daher wäre es geradezu unnatürlich, wenn die Heeresverwaltung, anstatt sich dem Wehrverein gegenüber völlig neutral zu verhalten, ihm feindlich gegenüber stellen wollte. Die Tatsache, daß die Heeresverwaltung und Wehrverein nichts miteinander zu tun haben, ändert natürlich auch daran nichts, daß die führenden Mitglieder des Wehrvereins kameradschaftlich noch jetzt zur Armee gehören. So lange sie nicht Ungehöriges tun, und daß ihre Tätigkeit im Wehrverein etwas Ungehöriges ist, wird selbst Herr Müller-Reinigen nicht behaupten wollen. (Weiterkeit.) Es ist mir deshalb unverständlich, wie man von uns verlangen kann, daß die Armee jene alten Offiziere von sich abschüttelt, also kameradschaftlich oder gesellschaftlich boykottiert. Wer das fordert, weiß nicht, wie stark die Bande sind, die sich um die Armee und ihre alten Kameraden schließen. (Hört! hört! bei den Sozial.) Ich meine die Treue und Kameradschaftlichkeit und die Dankbarkeit für das, was die Alten für uns geleistet haben. (Bravo! rechts.) Im übrigen wird jeder Verlust, Verlust in die Armee zu tragen, von uns abgelehrt. Sollte in der Verammlung des Wehrvereins in Straßburg von politischen Fragen gesprochen worden sein, so wird keiner mehr seine Anwesenheit dort bedauert haben, als General Deimling und die anwesenden Offiziere. (Ja! na! bei den Sozialdemokraten.)

Die Forderung nach eigenen Studien für Unteroffiziere wird nach Möglichkeit durchgeführt. Ueber die Besserstellung der Sanitäts-offiziere schweben Erwägungen. Eine soziale Hebung haben sie nicht nötig, ihre Aufnahme in Kameradenkreise ist genau dieselbe wie bei anderen Offizieren. (Ja! na! links.) Die Forderung, die Herr Erzberger verlangt, daß das Presse-referat nicht zu parteipolitischen Zwecken ausgenutzt werden soll, ist hiermit gegeben. (Weiterkeit.) Solange ich Kriegsminister bin, wird das nicht geschehen. (Jurist bei den Sozialdemokraten: Wie lange denn! — Weiterkeit.) Unangenehm hat es mich berührt, daß der Abg. Schulz mit Hohn sprach darüber, daß wir versuchen, unseren alten Offizieren, die im Dienst des Vaterlandes ihre Gesundheit geopfert haben, ein besseres Auskommen oder Beschäftigung zu verschaffen. (Abg. Schulz: Ist mir nicht eingefallen!) Die Behauptungen des Abg. Dombel, daß das Verbot der politischen Sprache in der Armee Angehörige eines politischen Soldaten verhindere, im Kazerett mit ihm polnisch zu sprechen, brauche ich nicht zu erwägen. Abg. Dr. Müller-Reinigen sprach von einer Kabinettsbörde, die früher schon Herr Bedebour angeführt hat, wo es heißen soll: Sie sind es, die die Bürger, nicht ich, die die Armee unterhalten! Es ist schon 1895 festgestellt worden, daß diese Kabinettsbörde eine Fälschung ist. (Jurist bei den Sozialdemokraten: Schade!) Sie war nicht nötig, was da drin steht, weiß jeder Offizier. Abg. Müller-Reinigen sprach von

Wäuerungen nach Konfession.

Diese Nachricht klingt mir so abenteuerlich, daß ich kaum wage, sie zu glauben. Ich bitte ihn um das Material, jedenfalls wird die Heeresverwaltung solche Vorgänge abstellen. Die Absicht, die parlamentarischen Rechte einzuschränken, liegt uns vollkommen fern. Ich wünschte nur, daß auf der anderen Seite für wohlbegründete Rechte dieselbe Achtung bestünde, die in der Heeresverwaltung für die Rechte des Parlamentes lebendig ist. (Unruhe links.)

Es wurde wieder getadelt, daß bei den Einberufungen zur Kriegsakademie die Garde vor der Linie bevorzugt werde. Diese Klage hat den Generalstab im vorigen Jahre zu einem ganz verzeihlichen Versuch bewegt. Es wurden nämlich Vorkehrungen getroffen, daß alle Arbeiten ohne Namen und ohne jedes Zeichen den Examinatoren zugehen. Das Resultat war leider, was viele vorausgesehen hatten, daß von der Garde wieder mehr hereinkam. Das ist auch nicht überraschend, es ist eben seit alter Zeit in diesen Regimentern der Zug nach wissenschaftlicher Ausbildung besonders stark. (Stürmische anhaltende Weiterkeit links.) Abg. Müller-Reinigen hat die ehrengerichtlichen Verordnungen eines Hohn auf die Gerechtigkeit genannt. Ich bitte ihn (mit erhobener Stimme), sich zu erinnern, daß diese Verordnungen augenblicklich zu Recht bestehen, und daß es nicht angemessen ist, zu Recht bestehende dienstliche Vorschriften mit bezwingenden Androhung zu belegen. (Erneutes schallendes Gelächter links.) Der

Redner vertritt das Gesicht der Überkreisen.) Ich kann doch meine Stellung verteidigen. (Abg. Ledebour: Nur immer feste druff! Stürmische Heiterkeit.) Ueber den Gehemera, von dem Herr Müller sprach, muß er mir Hinweise geben, dann werde ich darauf antworten. Ich habe keinen erlassen.

Abg. Schulz hat bestritten, daß die Sozialdemokratie Haß gegen das Heer nährt. In dem Protokoll für die sozialistische Jugendorganisation, Stuttgart 1907, heißt es: „Vor allem soll der militärische Geist des deutschen Volkes zermürdet und zerstört werden (Hört! hört! rechts), wozu die Jugendvereine ganz besonders geeignet sind. In diesen haben wir die jungen Leute gegen jeden Dienst mit der Waffe mit Ekel und Abscheu zu erfüllen. (Hört! hört! rechts.) Rufen sie sich dann zum Militärdienst stellen, so werden sie zur Desorganisation der Armee schon das Nötige beitragen. (Hört! hört! rechts.) Sorgen wir dafür, daß die internationale Jugendbewegung im antimilitaristischen Kampf eine ehrenvolle Rolle spielt.“ Wenn aus diesen Worten kein Haß spricht, weiß ich nicht, was Haß ist. Ich gebrauche diese Worte, um auf den Fall Söder zu kommen. (Aha! bei den Sozialdemokraten.) Entsprechend dieser Vorschrift hat der junge Mann vom 17. bis 20. Lebensjahre seine Agitation betrieben. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Was hat er begangen? Tatsachen!) Wir können in der Armee nicht Leute brauchen — nicht Leute als Einjährige brauchen (Aha! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), die eine solche

Unterwühlung der Grundlagen der Armee

im Auge haben. Das Einjährig-Freiwilligen-Institut ist geschaffen, um der Armee im Kriege die Führer zu liefern. Wir müssen sie entweder zu Offizieren oder Unteroffizieren ausbilden. Wenn wir derartige Agitatoren in führende Stellen der Armee bringen, würden wir uns selbst lächerlich machen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Deshalb drückt man das Gesetz!) Dagegen muß ich mich verwahren. In unserem Gesetz steht drin, daß diejenigen, die nicht die nötige moralische Qualifikation besitzen, nicht zum Einjährigendienst zugelassen werden sollen. Da handelt es sich nicht um Sittlichkeit oder Unfähigkeit. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Moral heißt Sittlichkeit!) Die Bestimmung kann nur ausgelegt werden im Sinne unserer Verfassung. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Es ist gesprochen worden von der sehr üblen Verhöhnung aus Anlaß der Übungen in Thuringen. In der neulichen Anfrage im Reichstage, ob bei einem Infanterieregiment in Strahburg laubstolze Leute sich das Leben genommen hätten, glaubte ich, einen Teil dieses Geistes zu sehen, der in den Prekerzeugnissen vom Herbst hervorgetreten ist. Deshalb habe ich meinen Herrn Kommissar instruiert, so zu antworten. (Bravo! rechts.) Herr Schulz sagt, die Sozialdemokraten wollten nichts Schlimmes. Aber in demselben Atemzug belohnt er sich als Sozialdemokrat zur Republik. Unser Heer aber ist auf monarchischer Grundlage aufgebaut (Lebhafte Chorufe bei den Sozialdem.) und da wundern Sie sich, wenn ich gegen Ihre Agitation und Hege hier aufstehe. (Lebhafte Chorufe und Rufe: Hege?! bei den Sozialdemokraten.) Ich meine, Hege außerhalb des Hauses. (Heiterkeit.) Herr Schulz zitierte auch die Geister von Gneisenau, Scharnhorst und Boyen. Diese Männer bauten auf, Sie aber vergrößern unsere Fehler und

verheizen das Volk.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Verzeigung, der Ausdruck ist mir entfallen; aber ich muß doch meinen Standpunkt vertreten. Schließlich meinte Herr Schulz, wir könnten in Zukunft nicht mehr mit demselben Heere in den Krieg ziehen wie früher. Wenn das heißen soll, wir könnten zufolge der Fortschritte der Kultur nicht mehr mit demselben Vertrauen in den Krieg ziehen wie unsere Väter 1870 und 1871, so kann mir die ganze Kultur gestohlen bleiben. (Große Heiterkeit.) Aber es ist nicht wahr, unsere Soldaten sind Deutsche, gleichgültig, ob sie aus sozialdemokratischen oder anderen Familien stammen, und sie werden mit deutscher Mannhaftigkeit kämpfen. (Lebhafte Bravo! rechts.) Herr Müller: Meinungen sprach von der Stellung des Zivilkabinetts und des Kriegsministeriums. Jeder hat sein besonderes Arbeitsgebiet. Der Kriegsminister und der Chef des Zivilkabinetts sind ja auch nicht allein in der Welt, wie die beiden Löwen in der Wüste, die sich aufraffen bis auf die Schwänze (Große Heiterkeit), sondern über ihnen steht der König von Preußen. (Bravo! rechts.) Würde übrigens das Zivilkabinet dem Kriegsministerium angegliedert, so würde der Kriegsminister, soweit es sich um die Weisungen des Zivilkabinetts handelt, doch nur dem König verantwortlich sein und nicht dem Reichstage. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Redner verliest eine längere Darlegung über das innere Verhältnis der beiden Behörden und schließt: Allein dadurch, daß das preussische Heer dem Parteigetriebe, der Einwirkung ebrgehriger Parteiführer entrückt wurde, und allein dem König untersteht, ist es geworden, was es ist, der sichere Hort des Friedens nach außen und innen. (Lebhafte Beifall rechts.) Es wäre eine Verblendung, wenn man daran denken wollte, an diesem Grundpfeiler unseres Heeres zu rütteln. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Haegy (Elf.)

bezeichnet es als eine Verleumdung, daß im Elsaß das Volk gegen das Heer aufgehetzt werde; der Bevölkerung sei in Zabern schweres Unrecht geschehen.

Es folgen

persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Der Kriegsminister zitierte eine Rede von mir auf der internationalen Jugendkonferenz in Stuttgart 1907, wenn er mich auch nicht genannt hat. Aber eine andere Rede über unsere Stellung zum Militarismus ist doch nicht gehalten worden. Ich stelle fest, daß ich die zitierten Wendungen nicht gebraucht habe. Ich habe gesprochen von einer Zermürbung und Zersetzung des militärischen Geistes, nicht des militärischen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe weder die Worte „Abscheu“ oder „Ekel“, noch irgendeinen der Kraftausdrücke gebraucht, mit denen er paradiert hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich um eine ganz überlegte Täuschung von Seiten, denen daran gelegen ist, meine antimilitaristische Propaganda zu diskreditieren. Ich habe stets klar unterschieden zwischen militärisch und militaristisch. Es kann sich nur um Spiegelnachrichten handeln, um Notizen von bewußten Fälschungen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Falkenhayn:

Meine Angaben über das Protokoll der sozialistischen Jugendorganisation in Stuttgart 1907 habe ich so vorgelesen, wie sie mir zugegangen sind. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das hat niemand bezweifelt!) Das Material ist leider schon weg. Ich hätte es nicht weggeschickt, wenn Herr Liebknecht mir vorher mitgeteilt hätte, daß er darauf zurückkommen würde.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Dieser Vorwurf ist unberechtigt. Vielmehr könnte ich dem Kriegsminister vorwerfen, daß er mir nicht vorher mitgeteilt hat, daß er die Sache zur Sprache bringen will. Sein Verfahren kann um so weniger gebilligt werden, als über diese internationale Jugendkonferenz ein offizielles Protokoll erschienen ist (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und auch in den Tageszeitungen veröffentlicht ist. Ich konstatiere also, daß der Kriegsminister aus unehren Spiegelnachrichten geschöpft hat. (Zuruf rechts: Das weiß man noch nicht!) Das kennzeichnet die ganze Art seiner Polemik. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.):

Ich habe keineswegs die Bestrebungen der Heeresverwaltung, für alte Offiziere zu sorgen, verhöhnt. Allerdings habe ich darüber geäußert, daß der Kriegsminister Offiziere, die er für seinen Dienst nicht mehr für brauchbar hält, für die Arbeit in Handel und Industrie noch für gut genug hält, und ich habe darüber geäußert, daß Sie (nach rechts) wohl Mitleid empfinden für alte Offiziere, aber nicht für arbeitslose Arbeiter.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr (Besetzungsnovelle, Fortsetzung des Militäretats).
Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

73. Sitzung. Mittwoch, den 6. Mai 1914,
vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz.

Die

zweite Beratung des Kultusetats

wird bei der Erörterung des Privatschulwesens fortgesetzt.

Abg. Pippmann (Rp.):

Wir fordern für die Privatschüler nicht Wohlthaten, sondern ein Recht, ein Gesetz. Die große Bedeutung der Privatschulen hat der Minister im vorigen Jahre selbst anerkannt. Heroen der Pädagogik wie Pestalozzi u. a. entstammen Privatschulen. Neu auf diesem Gebiete sind die Landerziehungsheime, die einer großen Entwicklung und Ausbreitung fähig und wert sind. Große Fortschritte wie die Kurzstunde sind eine Schöpfung der Privatschulen. Die nähere Fühlungnahme zwischen Lehrern und Schülern sowie auch Lehrern und Eltern ist bei den Privatschulen weit besser möglich als in den großen Staats- und Gemeindefschulen. Früher hielt es der Staat für nötig, fest die Faust auf die Privatschulen zu legen. Das wurde erst anders in der Zeit von 1806 bis 1818. Damals wurden die Privatschulen befreit und diese Freiheit der Privatschulen wurde auch proklamiert in der preussischen Verfassungsurkunde. Die damals in Aussicht gestellte Regelung des gesamten Schulwesens ist aber noch immer nicht erfolgt; insbesondere hat nicht stattgefunden eine Regelung des Privatschulwesens. Diese Schulen werden heute behandelt nach einem Ministerialreskript von 1839. Dadurch wird der in der Verfassung ausgesprochene Grundtatbestand verlegt. (Hört! hört! links.) Es muß die politische und religiöse „Zuverlässigkeit“ des Privatlehrers nachgewiesen werden. (Hört! hört! links.) Bestehen gegen die Zuverlässigkeit Bedenken, so steht die Privatschule unter Polizeiaufsicht. (Hört! hört! links.) Junggelesen darf nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Ministeriums die Erlaubnis zur Haltung einer Privatschule erteilt werden. All das beweist, wie unhaltbar dies Ministerialreskript ist. (Bravo! links.)

Kultusminister Trott zu Solz:

In der Verfassung steht ausdrücklich, daß es im Schulwesen bis zur gesetzlichen Regelung bei dem geltenden Recht bleibt. Der jetzige Rechtszustand im Privatschulwesen stützt sich nicht auf ein Ministerialreskript, sondern auf eine Allerhöchste Order. Im übrigen muß das gewerbliche Interesse der Leiter von Privatschulen zurücktreten hinter der Wahrung der Interessen der Jugend, die in diesen Schulen unterrichtet wird, denn gerade in das Privatschulwesen drängen sich Elemente hinein, die am allerwenigsten zu Jugenderziehung berufen sind.

Abg. Dr. Wagner (Fl.):

Wir halten eine gesetzliche Regelung des Privatschulwesens nicht für erforderlich; einer Kommissionsberatung des Antrages der Volkspartei würden wir nicht widersprechen. Antiquiert ist allerdings der Zustand, daß die Genehmigung zur Erteilung von Privatunterricht immer nur auf ein Jahr erteilt wird.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Antrag an die Unterrichtscommission überwiegen.

Es folgt das Kapitel

Elementarunterrichtswesen.

Vizepräsident Dr. Porjäh

schlägt vor, den Antrag über den Religionsunterricht der Dissidentenkinder von dieser Beratung abzutrennen und später bei Gelegenheit eines anderen Initiativantrages zur Debatte zu stellen.

Abg. Hirsch (Soz.)

widerspricht diesem Vorschlage. Es ist dringend notwendig, daß diese äußerst wichtige Materie endlich zur Beratung kommt.

Abg. v. Campe (natl.)

bittet, es beim Vorschlage des Präsidenten zu belassen. Die Sozialdemokraten hätten früher einem Vorschlag, diesen Antrag von der Tagesordnung abzuhängen, nicht widersprochen.

Abg. Freiherr v. Jeditz (Fl.):

Der Antrag ist so wichtig, daß man ihn nicht in der Hast einer hitzigen Etatsdebatte erledigen kann.

Abg. Hirsch (Soz.):

Wir haben feinerzeit lediglich dem zugestimmt, daß der Antrag der Kommission überwiesen wurde. Damals wurde aber ausdrücklich zugesagt, daß der Antrag noch vor der dritten Lesung des Etats zur Debatte gestellt werden solle. Das ist nicht geschehen. Von einer überhasteten Beratung kann keine Rede sein. Der Antrag ist eingehend in der Kommission beraten worden.

Das Haus stimmt dem Vorschlage des Präsidenten zu.

Zur Beratung gestellt wird zunächst die Frage der Verteilung der Volksschullasten.

Abg. Graf v. d. Groeben (L)

spricht sich für die Resolution der Budgetkommission aus, die eine Vorlage zur Beseitigung des unerträglichen Druckes der hohen Schullasten und ihrer Ungleichmäßigkeit fordert, wobei auf die Befreiung der Schulverbände von der Aufbringung der persönlichen Schullasten und Beseitigung der Ungleichheiten in der Lehrerbefoldung Bedacht genommen werden soll. Noch im Laufe dieses Jahres soll dem Landtag eine Denkschrift über die Höhe der Schul- und sonstigen Kommunallasten und über die Möglichkeiten der Abhilfe zugehen.

Abg. Glatzfelder (Z.)

weist auf die zahlreichen Petitionen hin, in denen vom Landtag Abhilfe auf diesem Gebiet verlangt wird. Der Redner empfiehlt die Errichtung von Befoldungsklassen zum Ausgleich zwischen den Wohn- und Arbeitsgemeinden.

Abg. Dr. v. Campe (natl.):

Es ist die stete rapide Steigerung der Schullasten ins Unermessliche, die so starke Unruhe hervorruft. Seit 1880 ist die Zahl der Volksschüler von 4 Millionen auf 6 1/2 Millionen gestiegen, die kommunalen Schullasten stiegen um 400, die des Staates um 1000 Proz. Auch die Kosten pro Schüler sind sehr gestiegen. Die Erhöhung der Gemeindefinanzsteuer und der Gemeindefinanzlasten ist die Folge. Die Ungleichheit der Schullasten wird als schwere Unbilligkeit empfunden, namentlich daß die armen Gemeinden durch diese eigentlich dem Staat zufallende Aufgabe noch stärker belastet sind als die reichen.

Stadt und Land, Ost und West dürfen hier nicht gegeneinander ausgespielt werden, auch Industrie und Landwirtschaft nicht. Nur nach Gerechtigkeit und Billigkeit darf hier gegangen werden. Wenn der Staat den Gemeinden Aufgaben überträgt, so folgt daraus nicht, daß er dafür nichts zu bezahlen hätte, ohne daß er daraus weitere Rechte erheile und etwa den kommunalen Charakter der Schule beeinträchtigen dürfte. Wir wollen den kommunalen Charakter der Schule erhalten. Es ist auch sehr fraglich, ob es richtig wäre, die 100 000 Lehrer zu Staatsbeamten zu machen. (Sehr wahr! links.) Die Übernahme der persönlichen Schullasten durch den Staat würde wieder die Gemeinden bevorzugen, die auf die gleiche Schülerzahl mehr Lehrer haben. — Hier bei diesem Problem muß unsere Zeit zeigen, ob sie den Beruf zu einer Gesetzgebung hat, die eine solche Frage dem Parteistreit entzieht und Ruhe und Frieden einkehren läßt. (Beifall links.)

Abg. Fehr. v. Jeditz (Fl.):

Die Verquickung dieser Frage mit der der Armen- und Polizeikosten kann ihrer Lösung nicht dienen. Die hohen Schullasten hindern die innere Kolonisation, machen die Beseitigung der überfüllten Schulklassen und die Gleichmachung der Lehrerbefoldungen unmöglich. Dazu gehört ein voller Ausgleich der Volksschullasten. Der Redner begründet den Antrag, bei dem Schullastenausgleich Bedacht zu nehmen auf die Übertragung der persönlichen Volksschullasten oder ihres größeren Teiles auf breitere Schultern. Der 1909 eingeschlagene Weg der Ergänzungszuschüsse des Staates an die bedürftigen Gemeinden hat nicht zum Ziel geführt. Die Heranziehung der reicheren Gemeinden zu den Kosten der armeren kann nicht allen Schulverbänden helfen. Übernimmt der Staat die persönlichen Schullasten, so müßten die Einkommens- und Ergänzungsteuer um 40 Proz. erhöht werden! Rabe liegt aber der Gedanke der Aufbringung der persönlichen Schullasten durch die Gemeinden nach Maßgabe der Einkommens- und Ergänzungsteuer, etwa kombiniert mit staatlicher Beihilfe. Als Ausgleich hierfür müßten die Städte darauf verzichten, die Lehrer vom Lande heranzuziehen. Der Staat hätte dann die Lehrer an die richtige Stelle zu setzen, wodurch auch ein verderblicher Bildungsunterschied zwischen Stadt und Land vermieden würde. Um einem so großen Ziel zu dienen, werden die Gemeinden wohl so opferwillig sein, auf ihr Lehrerwahlrecht zu verzichten. Aus unserer Zustimmung zur Resolution der Budgetkommission wird die Regierung hoffentlich die Veranlassung entnehmen, uns eine Vorlage zu unterbreiten, die uns den Frieden auf der ganzen Linie bringt. (Lebhafte Beifall rechts.)

Minister von Trott zu Solz:

Ueber die Berechtigung auf der Klagen über die Schullasten sind Haus und Regierung einig. In der Hauptsache kommt es auf einen Ausgleich der Schullasten an. Die großen Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg beweisen die Schwierigkeit, eine Lösung zu finden. Wenn die Verhandlungen des Landtags auch keineswegs die Lösung zeigen, so sind sie der Staatsregierung doch wertvoll als Beweise Ihrer Stimmung. Bis zu einer bestimmten Stellungnahme sind die Erörterungen der Staatsregierung noch nicht geübt. Ich kann auch noch nicht sagen, wenn die Regierung zu einer festen Stellungnahme kommen wird; sie wird Ihre Meinungen berücksichtigen, ist auch bereit, die Führung zu übernehmen, muß aber Zeit dazu haben.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf morgen Donnerstag 11 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Marktpreise von Berlin am 5. Mai 1914. nach Ermittelungen des Königl. Polizeipräsidiums. Weiz (mixt), Ratal 00,00—00,00, Donau 0,00—0,00, Weiz (runder), gute Sorte 15,10—15,30, Rasthof 4,30, Gen 7,50—9,00.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00, Speisebohnen, weiße 35,00—36,00, Linen 40,00—50,00, Kartoffeln (klein) 4,00—7,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Reule 0,00—0,00, Rindfleisch, Bandfleisch 0,00—0,00, Schweinefleisch 0,00—0,00, Kalbfleisch 0,00—0,00, Hammelfleisch 0,00—0,00, Butter 2,40—3,00, 80 Stück Eier 3,20—4,80, 1 Kilogramm Karpen 1,20—2,20, Halm 1,60—3,20, Fander 1,00—3,40, Geste 1,40—2,50, Warike 1,00—2,20, Schote 1,40—3,20, Weiz 0,80—1,60, 60 Stück Weiz 3,50—24,00.

Kreuzstern



MAGGI'S Suppen

sind die besten!

Allein echt mit dem Namen MAGGI und der Schutzmarke Kreuzstern.

„MAGGI'S gute, sparsame Küche“

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich am Dienstagabend in der Großmannstraße. Dort wollte der 12-jährige Schüler Ernst Heimann, dessen Eltern in dem Hause Kantstraße 37 wohnen, den Fahrdrum überschreiten, ohne auf die Warnungssignale eines herannahenden Kraftwagens zu hören. Der Anstoß wurde von den Vorberrädern des Automobils erfährt und so heftig zu Boden geworfen, daß er eine Gehirnerschütterung und innere Verletzungen erlitt. Der Schüler wurde in schwerverletztem Zustande in das Kranenhaus des Besend geschafft.

Ein anderer Straßenunfall ereignete sich an der Ecke der Bismarck- und der Großmannstraße. Dort wollte der Führer einer Autodroschke um die Ecke biegen und stieß mit einem ihm entgegenkommenden Straßenbahnwagen zusammen. Der Insasse der Droschke, der Kaufmann Bernhard Schuster, erlitt eine heftige Kopfverletzung und Gehirnerschütterung und wurde, nachdem er einen Rotverband erhalten hatte, in seine Wohnung gebracht.

Neufölln.

Aus der Magistratsitzung. Dem Bebauungsplanentwurf der Gemeinde Berlin-Treptow für das Gelände längs des Heidekampgrabens vom 27. März 1914 stimmte der Magistrat gemäß § 9 des Fluchtliniengesetzes zu. — Abgemittelt wurde der Antrag der Hochbahngesellschaft auf Benutzung der Straßenlandelaber zur Anbringung von Galtesschildern genehmigt. — Zur Besprechung und Bedienung der umfangreichen Wasserläufe im Körnerpark soll der erboberte Brunnen mit Enteisungsanlage ausgebaut werden. — Dem Provinzialschulkollegium soll als endgültiger Bauplatz für die staatliche höhere Lehranstalt das bereits innerhalb des Bebauungsplanes V ausgewählte städtische Grundstück angeboten werden. — Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts auf eine neue Wahlperiode wurde Justizrat Abraham hier selbst gewählt.

Treptow-Baumschulweg.

Die Gemeindevertretung befahte sich in ihrer Sitzung vom 6. Mai in der Hauptsache mit kleineren baulichen Veränderungen im Gemeindebezirk, wobei die Vorlagen der Kommission fast debattelos zur Annahme gelangten. Die Kiehlholzstraße soll bei der Unterführung der Ringbahn reguliert werden. Dann ist ein weiterer Ausbau der Regenwasserkanalisation vorgesehen, der sich auf die Treptower Chaussee und die Straße Am Treptower Park, zwischen Eichen- und Eichenstraße, und die Eichenstraße zwischen Gracy- und Heideberger Straße erstrecken soll. Die Gesamtkosten sind auf 70 000 M. veranschlagt. Hierfür trägt die Stadt Berlin 12 000 M., der verbleibende Betrag wird aus Anleihen gedeckt. Damit dürfte nun endlich die unangenehme Ansammlung von Regenwasser in diesen Straßen vermieden werden. Das Friedhofsgelände an der Kiehlholzstraße soll dadurch eine Erweiterung erfahren, daß die ganze Waldfläche bis zur Kammer Chaussee in die Umzäunung einbezogen wird. Der jetzt vorhandene Verbindungsweg, der durch die Laubentkolonien nach der Königsheide führt, wird in seinem Ausgang entsprechend verlegt. Der in der Nähe liegende Gemeindefriedhof zwischen Kiehlholzstraße und Eisenbahn erfährt eine Verbesserung durch Errichtung einer geschlossenen Unterlandtschule nebst großem offenen Schuldach, nebst Planierung der Anlage. Der Feuerwehrturm kommt vom Rathaus fort nach Kiehlholzstr. 46. Das schon oft erörterte Ortsstatut für eine gemeindliche Hypothekenanstalt wurde nach den Anforderungen der Regierung in einigen Punkten abgeändert, wodurch allerdings die Geldentnahme etwas erschwert wird. Die Väter der Vorlage erklärten jetzt selbst, daß ihre Schöpfung den geldbedürftigen Hausbesitzern kaum viel nützen würde. In Verbindung mit dieser Hypothekenanstalt soll nun die Gründung einer Gemeindeparkasse angestrebt werden; mit den Vorarbeiten wurde eine Kommission betraut. Die Reuwahl einer Anzahl sonstiger Kommissionen brachte für diese wenig Veränderungen; in die für das Fortbildungsschulwesen tritt für den ausgeschiedenen Gemeindebeordneten Ridel Genosse Hartmann neu ein.

Beeskow.

In einer Versammlung unter freiem Himmel referierte am Sonntag Genosse Karl Wüde über das Thema: „Wied der Reichstag aufgelöst? Ein fragwürdiger Versuch der Konservativen.“ Der Referent kritisierte in scharfen Worten die Ausfälle des Rittersgutsbesizers v. Osterroth, die derselbe sich in einer unangenehm abgehaltenen konservativen Versammlung erlaubte. In lebendiger Weise schilderte Wüde das Treiben der Konservativen im Reichstage sowohl als auf dem Lande. Am Schluß der Versammlung wies der Einberufer Genosse Polikow noch besonders auf die Vorteile der Mitgliedschaft im Landarbeiterverband hin und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Vichtenberg.

Die Leiche einer lebensmüden Ehefrau wurde gestern nachmittag durch den Wellenschlag einer Vaggonmaschine im Rummelsburger See ans Ufer getrieben. In der Nacht zum gestrigen Mittwoch verließ die Hausfrau 4 wohnhafte 23-jährige Ehefrau Emma Weidler die eheliche Wohnung und lehrte nicht wieder zurück. Noch in der Nacht war die Lebensmüde nach dem See geeilt und hatte sich in die Fluten gestürzt.

Ober-Schöneweide.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern vormittag in der Deutschen Riles Maschinenfabrik. Dort waren mehrere Arbeiter damit beschäftigt, eine große Scheibe an einer Lauffuge hochzuwinden. Als die Scheibe oben war, riß plötzlich das Tau. Die Scheibe fiel herunter und rollte den in der Nähe stehenden Lehrling Krause aus Ober-Schöneweide von hinten an. Der Bedauernswerte wurde umgerissen und erlitt an beiden Beinen fürchterliche Quetschungen. Im schwerverletzten Zustande wurde er nach dem Ober-Schöneweider Krankenhaus gebracht, wo ihm wahrscheinlich die Beine amputiert werden müssen.

Spandau.

Soldaten als Arbeiter und Lohnbrüder. Uns wird geschrieben: In dieser Zeit der wirtschaftlichen Krise und großen Arbeitslosigkeit sind schon seit einigen Wochen eine größere Anzahl Soldaten vom 5. Garderegiment bei dem umfangreichen Erweiterungsbau der Militärbadeanstalt beschäftigt. Unter Leitung eines Pionierfeldwebels und mehrerer Unteroffiziere räumen zwei Kolonnen von je 15 Mann etwa 100 Pfähle an der Zitadelle in die Erde. Diese Arbeit wird sonst von einem Zimmermann und 14 Arbeitern (zu je einer Zugramme) gemacht, wobei die Arbeiter einschließlich 10 Pf. Lohnzuschlag 66 Pf. die Stunde erhalten. 8 Mann sind dabei beschäftigt, den Oberbau herzustellen, die Pfähle zu verbinden und den Bohlenbelag zu machen, eine Arbeit, die sonst nur von Zimmerleuten bei 82 Pf. Stundenlohn ausgeführt wird. Auch ein langer neuer Zaun ist von den Soldaten schon errichtet worden. Alle diese Arbeiten, die von einem Unternehmer nicht unter 18- bis 20 000 M. hergestellt werden können, müssen die Proletarier im Waffenrock für die Löhnung von 90 Pf. pro Tag von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr machen. Während der 1/2-stündigen Mittagspause werden die Soldaten zum Essen nach der Kaserne geführt. Die Frühstück- und Vesperpausen verbringen die Soldaten auf der Arbeitsstelle. Da sie nun trotz der schweren Arbeit keinen Pfennig Zulage erhalten, so kann man öfter beobachten, wie einzelne Soldaten ihr trodenes Kommissbrot verzehren und dann aus einem Krug Wasser trinken, während sich die Unteroffiziere mit einer Flasche Bier danebenstellen. Bei einer Anzahl von Arbeitern und Zimmerleuten, die den ganzen Winter ohne Beschäftigung waren und infolge des ungünstigen Baumarktes auch jetzt noch ohne Arbeit sind, hat das Verhalten der Militärbehörde, Soldaten als Arbeiter zu beschäftigen, große Empörung hervorgerufen. Die hiesigen arbeitslosen Bauarbeiter können sich übrigens einer besonderen Fürsorge überhaupt nicht erfreuen. Auf den Staatswerkstätten werden nur polizeifremde

Arbeiter eingestellt, während die Stadt ihre Arbeiter mit Vorliebe aus rückständigen Gegenden holt. Selbst der städtische Arbeitsnachweis wird von den Staatsbetrieben und den Siemenswerken, teilweise auch von der Stadt selbst, boykottiert. Nur im Winter bei plötzlichem großem Schneefall erinnert man sich der arbeitslosen Bauarbeiter und wenn diese dann nicht gleich unaufgefordert in ihrer leichten Kleidung und mit ihrem unbedachten Schutzwert Mann für Mann zu dieser Ausbittarbeit erscheinen, dann ertönt großes Geschrei über Mangel an Arbeitsloft.

Pankow.

Die Generalversammlung wählte, wie uns nachträglich noch berichtet wird, als Abteilungsleiter für Nord Genosse Kretschmar, für Süd Anische. Der Kreis-Generalversammlung sollen folgende Vor schläge unterbreitet werden: Schindler als 2. Kreisvorsitzender, Wilschke für den Kreis-Bildungsausschuß; für die Landtagatation Gehner, Junge, Benisch, Bartels und Peppernau. Als Revisoren fungieren Jüttner, Frede und Steinmann.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Steglitz, Freitag, 8. Mai, abends 6 Uhr, im Rathaus.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.

Neufölln. Sonntag, den 10. Mai: Wanderung nach Potsdam - Dientwitzer - Kaputh - Potsdam. Abfahrt Bahnhof Neufölln 5:58 Uhr. Fahrpreis 1 M. — Die Spiele auf dem Platz an der Gemarkung haben Sonntag, Mittwoch und Donnerstag statt. Beginn 7 Uhr. Außerdem wird abwechselnd an den Sonntagen vor- oder nachmittags gespielt. — Zu Pfingsten finden außer einer einjährigen zwei größere Wanderfahrten statt. 1. Zwei bis drei Tage nach Schwedt a. O. — 2. Hal der Heide - Pankow - See - Oberberg - Blagewann - Uhorinchen. Unkosten 5-6 M. 2. Drei Tage nach Steglitz - Rügen - Scharitz - Binz - Lohme. Durch besondere Vergünstigungen ist es ermöglicht, diese Tour für rund 15 M. zu veranstalten. Rechtzeitige Einzeichnung in die Teilnehmerlisten, welche in den Zeiten ausliegen, ist erwünscht.

Eingegangene Druckschriften.

Jahresbericht 1913 des Verbandes der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten. 99 Seiten. Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Hamburg.
Die Bekämpfung der Lutharkeiten in Preußen. Bearbeitet von H. Müller. 4 M. U. Heymann, Berlin W. 8.
Die Anebelung der Kriegsgedächtnis. Denkschrift von G. Koch. 2 Pf. Selbstverlag, Salzburg-Itzing.

Witterungsübericht vom 6. Mai 1914.

Stationen	Barometrischer Luftdruck mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft °C	Stationen	Barometrischer Luftdruck mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft °C
Stettin	752	SW	3	bedeckt	12	Sabaranda	743	SW	4	halb bed.	12
Hamburg	751	SW	4	bedeckt	11	Petersburg	748	SW	2	bedeckt	11
Berlin	753	SW	3	wolfig	11	Selk	758	SW	2	bedeckt	10
Frankf. a. M.	756	SW	2	bedeckt	10	Aberdeen	750	SW	3	wolfig	10
München	759	SW	3	wolfig	10	Paris	759	SW	3	bedeckt	11
Wien	757	SW	4	wolfig	13						

Wetterprognose für Donnerstag, den 7. Mai 1914.
Ein wenig kühler, veränderlich, vorherrschend wolfig mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.
Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag: Zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig, mit öfter wiederholten, längs der Küste und im Westen des Binnenlandes ziemlich ergiebigen Regenfällen. Temperatur im Durchschnitt wenig verändert.

Da staunt der Sachmann und der Saie wundern sich!

Für 12.75

Für 15.75

ein entzückendes Kostüm wie das nebenstehende (links) erstehen zu können, ist in der Tat etwas Neues. Der Stoff, aus dem es gefertigt wurde, ist ein Whipped-cord-artiges, vorzüglich haltbares Gewebe. Sein hübscher farbiger Kragen und die aparte Knopfgarnierung geben ihm ein besonders fröhliches Gepräge, während Blusenfasen und Halbkimono-Aermel das Moderne dieses Kostüms dokumentieren.

ein Cotoldé-Kostüm? In der Tat! Und zwar reinwollene sauber verarbeitete Ware, in marine, grün oder blau. Eine typische Tunika-Fasson, wie sie jetzt so beliebt und so sehr klodsam ist. Der Reiz, der in dem Schnitt des Kostüms selbst liegt, wird noch wesentlich erhöht durch den schönen dezent abgetönten Seidenkragen und durch passende Seidengürtel und Seidenkrawatte Jackett auf Seide.

Und doch nichts extra für die Annonce Angefertiges, sondern nur 2 Sachen von den Tausenden ähnlichen, die Sie jederzeit finden können, wenn Sie zu uns kommen.

Sonntags geschlossen!

Königstr. 33
am Bahnh. Alexanderplatz

Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bahnhof

